

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 07.12.2023, 14:00 Uhr

Ort, Raum: Rathaus Sitzungssaal groß RL023, Belforter Platz 1, 71229 Leonberg

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Bekanntgaben
- 2 Haushalt 2024
 - 2.1 Haushaltsplan 2024 - Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2024
 - 2.2 Haushaltsplan 2024 - Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2024
 - 2.3 Haushaltsplan 2024 - Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen
 - 2.4 Haushaltsplan 2024 - Ergänzungsanträge aus dem Ortschaftsrat Warmbronn
 - 2.5 Haushaltsplan 2024 - Zusammenstellung der für den Stadtteil Höfingen relevanten Haushaltsplandaten - Ergänzungsanträge aus dem Ortschaftsrat Höfingen vom 25.10.2023
 - 2.6 Haushaltsplan 2024 - Zusammenstellung der für den Teilort Gebersheim relevanten Haushaltsplandaten - Ergänzungsanträge aus dem Ortschaftsrat Gebersheim vom 24.10.2023
- 3 Straßenrechtliche Teileinziehung von Teilflächen der Mühlstraße (Höfinger Täle)
- 4 Regionale Mobilitätsplattform (RMP) - Sachstand der Umsetzungsphase **(Nachtrag)**
- 5 Instandsetzung der Fahrbahn in der Bahnhofstraße im Jahresbau, Abrechnung der Baumaßnahme
- 6 Umgestaltung Poststraße - Zustimmung der Ausführungsplanung, Veranschlagung der Finanzmittel
- 7 Anfragen
- 8 Verschiedenes

2023/192-01

öffentlich

Dezernat II
Kämmereiamt

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortschaftsrat Warmbronn (Vorberatung)	27.11.2023	Ö
Ortschaftsrat Gebersheim (Vorberatung)	28.11.2023	Ö
Ortschaftsrat Höfingen (Vorberatung)	29.11.2023	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	06.12.2023	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	13.12.2023	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

Haushaltsplan 2024 - Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2024

Beschlussvorschlag

Die in den Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2024 dargestellten Veränderungen werden beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA NEIN

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus den Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2024.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

In der Sitzung des Gemeinderats vom 17.10.2023 wurde der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2024 und die Finanzplanungsjahre 2025 bis 2027 dem Gemeinderat vorgelegt. Die sich nach der Erstellung des Entwurfs ergebenden Änderungen der Planansätze werden in zwei Änderungslisten dargestellt. Diese Listen werden während den Haushaltsberatungen fortgeschrieben und dem Gemeinderat aktualisiert vorgelegt.

Die Änderungsliste Gemeinderat enthält Änderungen durch Beschlüsse der Ausschüsse und des Gemeinderats.

Die Änderungsliste Verwaltung enthält im Wesentlichen Änderungen auf Grund der Oktober-Steuerschätzung 2023 und der Anpassung des Kreisumlagehebesatzes im Haushaltsplanentwurf 2024 des Landkreises Böblingen für die Jahre 2024 bis 2027.

Anlage/n

- 1 Änderungsliste Gemeinderat stand 14.11.2023 (öffentlich)

2 Änderungsliste Verwaltung stand 14.11.2023 (öffentlich)

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2024

Hinweise zur Änderungsliste:

Die Änderungsliste Gemeinderat enthält Änderungen durch Beschlüsse der Ausschüsse und des Gemeinderats (GR).

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2024

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2024				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2024			+0	

Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2024				
PG 4240 Bäder Zeile 17 - Transferaufwendungen	1.700.000	2.300.000	+600.000	Anpassung an aktuellen Wirtschaftsplan der Stadtwerke Leonberg (laut Wirtschaftsplan vom 06.11.2023, muss noch beschlossen werden).
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2024			+600.000	

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2024

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2024				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2024			+0	

Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2024				
711250046005 BBG-Service Fahrzeuge	190.000	190.000	+0	Beschluss GR vom 17.10.2023 zu Vorlage 2023/231-1. Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 EUR für die Beschaffung eines LKW's mit Kranaufbau in 2025.
711250056003 BBH-Landschaftspflege Ausstattung	10.000	95.000	+85.000	Beschluss GR vom 17.10.2023 zu Vorlage 2023/231-1. Beschaffung eines neuen Aufsitzrasenmähers. Neuveranschlagung in Höhe von 45.000 EUR aus dem Investitionsauftrag 711250056005.
711250056005 BBH-Landschaftspflege Fahrzeuge	80.000	125.000	+45.000	Beschluss GR vom 17.10.2023 zu Vorlage 2023/231-1. Beschaffung einer LKW-Pritsche. Neuveranschlagung in Höhe von 45.000 EUR.
742100018005 Förderung Reit- und Fahrverein	150.000	151.000	+1.000	Beschluss GR vom 17.10.2023 zu Vorlage 2023/189. Zahlung eines Zuschusses an den Reit- und Fahrverein für die Renovierung des Hauptgebäudes.
742400088001 Eigenbetrieb Stadtwerke Invest.Zuwendung	0	285.000	+285.000	Investitionszuwendung an den Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg zur Finanzierung der erforderlichen Sanierungen der Bäder (laut Wirtschaftsplan vom 06.11.2023, muss noch beschlossen werden).
751100017013 Leonberg Mitte Ordnungsmaßnahmen Grünanlage	2.660.000	2.600.000	-60.000	Beschluss GR vom 13.06.2023 zu Vorlage 2022/358. Neuveranschlagung des Finanzbedarfs zur Herstellung des Stadtgarten unter der Prämisse der Kostendeckelung auf 2.8 Mio. EUR.
751100017018 Leonberg Mitte Brückenbauwerk	0	300.000	+300.000	Beschluss GR vom 13.06.2023 zu Vorlage 2023/061. Planungskosten für die Herstellung eines Brückenbauwerks für den Rad- und Fußgängerverkehr zwischen dem Knoten Grabenstraße/Bahnhofstraße in Richtung Postareal.
751100017019 Leonberg Mitte Radweg	0	70.000	+70.000	Beschluss GR vom 13.06.2023 zu Vorlage 2023/061. Planungskosten für die Herstellung eines Radwegs als Verbindung zwischen des neu hergestellten Brückenbauwerks und der Eltinger Straße.
Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2024			+726.000	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			-600.000
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			-1.326.000

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2025

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2025				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2025			+0	

Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2025	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
PG 4240 Bäder Zeile 17 - Transferaufwendungen	1.700.000	2.300.000	+600.000	Anpassung an aktuellen Wirtschaftsplan der Stadtwerke Leonberg (laut Wirtschaftsplan vom 06.11.2023, muss noch beschlossen werden).
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2025			+600.000	

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2025

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2025				
751100013002 Leonberg Mitte Kostenbeteiligung Dritter	115.000	1.365.000	+1.250.000	Beschluss GR vom 13.06.2023 zu Vorlage 2023/061. Kostenbeteiligung STRABAG an der Herstellung des Brückenbauwerks für den Rad- und Fußgängerverkehr zwischen dem Knoten Grabenstraße/Bahnhofstraße in Richtung Postareal.
751100013005 Leonberg Mitte Zuschuss Land GVFG	0	1.296.000	+1.296.000	Beschluss GR vom 13.06.2023 zu Vorlage 2023/061. Förderung vom Land in Höhe von 60 % für die Herstellung des Brückenbauwerks und des Radwegs, sowie der Verlegung der Trafostation im Rahmen Stadumbau Leonberg Mitte.
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2025			+2.546.000	

Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2025				
711250046005 BBG-Service Fahrzeuge	0	500.000	+500.000	Beschluss GR vom 17.10.2023 zu Vorlage 2023/231-1. Beschaffung eines LKW's mit Kranaufbau. Neuveranschlagung in Höhe von 400.000 EUR.
753800036005 Entwässerung Spülwagen	221.000	235.549	+14.549	Beschluss GR vom 17.10.2023 zu Vorlage 2023/226. Beschaffung eines Fahrgestells für einen Kanalspülwagen.
751100017018 Leonberg Mitte Brückenbauwerk	0	2.600.000	+2.600.000	Beschluss GR vom 13.06.2023 zu Vorlage 2023/061. Herstellung eines Brückenbauwerks für den Rad- und Fußgängerverkehr zwischen dem Knoten Grabenstraße/Bahnhofstraße in Richtung Postareal.
751100017019 Leonberg Mitte Radweg	0	440.000	+440.000	Beschluss GR vom 13.06.2023 zu Vorlage 2023/061. Herstellung eines Radwegs als Verbindung zwischen der neu hergestellten Brücke und der Eltinger Straße.
751100017020 Leonberg Mitte Verlegung Trafostation	0	370.000	+370.000	Beschluss GR vom 13.06.2023 zu Vorlage 2023/061. Verlegung der auf dem Flurstück 3094/2 bestehenden Netzstation am Eltinger Fußweg.
Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2025			+3.924.549	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			-600.000
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			-1.978.549

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2026

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2026				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2026			+0	

Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2026				
PG 4240 Bäder Zeile 17 - Transferaufwendungen	1.700.000	2.300.000	+600.000	Anpassung an aktuellen Wirtschaftsplan der Stadtwerke Leonberg (laut Wirtschaftsplan vom 06.11.2023, muss noch beschlossen werden).
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2026			+600.000	

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2026

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2026				
keine Änderungen			+0	
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2026			+0	

Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2026				
753800036005 Entwässerung Spülwagen	550.000	609.875	+59.875	Beschluss GR vom 17.10.2023 zu Vorlage 2023/226. Beschaffung des Aufbaus für einen Kanalspülwagen.
Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2026			+59.875	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			-600.000
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			-659.875

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2027

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2027				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2027			+0	

Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2027				
PG 4240 Bäder Zeile 17 - Transferaufwendungen	1.700.000	2.300.000	+600.000	Anpassung an aktuellen Wirtschaftsplan der Stadtwerke Leonberg (laut Wirtschaftsplan vom 06.11.2023, muss noch beschlossen werden).
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2027			+600.000	

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2027

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2027				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2027			+0	

Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2027				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2027			+0	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			-600.000
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			-600.000

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2024

Hinweise zur Änderungsliste:

Die Änderungsliste Verwaltung enthält Änderungen aufgrund veränderter Prognosen und dem sich aus der laufenden Verwaltung ergebenden Änderungsbedarf.

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2024

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2024				
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	41.663.000	41.403.000	-260.000	Gemeindeanteil Einkommensteuer - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	4.594.000	4.460.000	-134.000	Gemeindeanteil Umsatzsteuer - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	3.342.000	3.407.000	+65.000	Familienleistungsausgleich - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 2 - Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	31.534.000	32.791.000	+1.257.000	Schlüsselzuweisungen vom Land - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 2 - Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	565.000	572.000	+7.000	Zuweisungen große Kreistadt - Änderung Einwohnerzahlen.
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2024			+935.000	

Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2024				
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 17 - Transferaufwendungen	21.285.000	21.388.000	+103.000	Finanzausgleichsumlage - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 17 - Transferaufwendungen - Kreisumlage	30.407.100	30.554.000	+146.900	Kreisumlage - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2024			+249.900	

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2024

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2024				
keine Änderungen	0	0	+0	
711330011001 Grundstücksumsatzfonds Grundstückserlöse	4.950.000	12.970.000	+8.020.000	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken im Stadtumbaugebiet. Der Kaufpreis ist gemäß Entwurf des städtebaulichen Vertrags erst drei Monate nach Mitteilung des Notars fällig. Zahlungen werden damit nicht mehr in 2023 eingehen.
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2024			+8.020.000	

Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2024				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2024			+0	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			+685.100
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			+8.705.100

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2025

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2025				
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	44.537.000	44.505.000	-32.000	Gemeindeanteil Einkommensteuer - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	4.730.000	4.607.000	-123.000	Gemeindeanteil Umsatzsteuer - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	3.467.000	3.553.000	+86.000	Familienleistungsausgleich - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 2 - Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	30.285.000	30.511.000	+226.000	Schlüsselzuweisungen vom Land - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 2 - Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	568.000	574.000	+6.000	Zuweisungen große Kreistadt - Änderung Einwohnerzahlen.
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2025			+163.000	

Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2025				
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 17 - Transferaufwendungen	21.909.000	22.277.000	+368.000	Finanzausgleichsumlage - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 17 - Transferaufwendungen - Kreisumlage	34.051.000	35.221.000	+1.170.000	Kreisumlage - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung, durch Anpassung der Orientierungsdaten und der Anhebung des Kreisumlagehebesatzes im Entwurf des Kreishaushalts für das Jahr 2025 von 35,0 Prozent auf 35,7 Prozent.
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2025			+1.538.000	

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2025

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2025				
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2025			+0	

Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2025				
Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2025			+0	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			-1.375.000
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			-1.375.000

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2026

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2026				
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	46.990.000	46.863.000	-127.000	Gemeindeanteil Einkommensteuer - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	4.819.000	4.701.000	-118.000	Gemeindeanteil Umsatzsteuer - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	3.551.000	3.643.000	+92.000	Familienleistungsausgleich - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 2 - Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	30.586.000	31.992.000	+1.406.000	Schlüsselzuweisungen vom Land - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 2 - Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	570.000	576.000	+6.000	Zuweisungen große Kreistadt - Änderung Einwohnerzahlen.
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2026			+1.259.000	

Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2026				
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 17 - Transferaufwendungen	22.771.000	22.815.000	+44.000	Finanzausgleichsumlage - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 17 - Transferaufwendungen - Kreisumlage	35.800.000	36.061.000	+261.000	Kreisumlage - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2026			+305.000	

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2026

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2026				
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2026			+0	

Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2026				
Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2026			+0	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			+954.000
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			+954.000

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2027

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2027				
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	49.076.000	49.205.000	+129.000	Gemeindeanteil Einkommensteuer - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	4.912.000	4.795.000	-117.000	Gemeindeanteil Umsatzsteuer - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	3.640.000	3.733.000	+93.000	Familienleistungsausgleich - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 2 - Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	30.958.000	32.194.000	+1.236.000	Schlüsselzuweisungen vom Land - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 2 - Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	572.000	579.000	+7.000	Zuweisungen große Kreistadt - Änderung Einwohnerzahlen.
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2027			+1.348.000	

Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2027				
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 17 - Transferaufwendungen	22.729.000	22.660.000	-69.000	Finanzausgleichsumlage - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung und durch Anpassung der Orientierungsdaten.
PG: 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen Zeile 17 - Transferaufwendungen - Kreisumlage	35.734.000	35.419.000	-315.000	Kreisumlage - Änderung auf Grund Oktober-Steuerschätzung, durch Anpassung der Orientierungsdaten und der Senkung des Kreisumlagehebesatzes im Entwurf des Kreishaushalts für das Jahr 2027 von 35,5 Prozent auf 35,2 Prozent.
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2027			-384.000	

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2024 - Planjahr 2027

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs- betrag	Hinweise der Verwaltung
Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2027				
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2027			+0	

Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2027				
Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2027			+0	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			+1.732.000
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			+1.732.000

2023/192-02

öffentlich



Dezernat II
Kämmereiamt

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortschaftsrat Warmbronn (Kenntnisnahme)	27.11.2023	Ö
Ortschaftsrat Gebersheim (Kenntnisnahme)	28.11.2023	Ö
Ortschaftsrat Höfingen (Kenntnisnahme)	29.11.2023	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Kenntnisnahme)	06.12.2023	Ö
Planungsausschuss (Kenntnisnahme)	07.12.2023	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Kenntnisnahme)	13.12.2023	Ö
Gemeinderat (Kenntnisnahme)	19.12.2023	Ö

Haushaltsplan 2024 - Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2024

Beschlussvorschlag

Der Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2024 wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Die Sitzungsvorlage beinhaltet die schriftlichen Haushaltsreden und Anträge der Fraktionen vom 07.11.2023 zum Haushaltsplanentwurf 2024.

Die Beratung und Beschlussfassung über die einzelnen Anträge mit finanziellen Auswirkungen erfolgt mit der Sitzungsvorlage 2023/192-03.

Anlage/n

- 1 Haushaltsrede 2024 Grüne mit Anträgen (öffentlich)
- 2 Haushaltsrede 2024 Freie Wähler mit Anträgen (öffentlich)
- 3 Haushaltsrede 2024 CDU mit Anträgen (öffentlich)
- 4 Haushaltsrede 2024 SPD mit Anträgen (öffentlich)
- 5 Haushaltsrede 2024 FDP mit Anträgen (öffentlich)
- 6 Haushaltsrede 2024 SALZ mit Anträgen (öffentlich)



Fraktion BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN im Gemeinderat Leonberg

Kommunalpolitische Erklärung zum Haushaltsplanentwurf für 2024

Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Fraktion

„Unser Wachstumsziel heißt mehr Lebensqualität in der Stadt“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Dieser Haushalt steht bei uns unter dem Motto der **3 L – nämlich Lebensqualität, Leitbild, Leonberg**. Die finanzielle Situation im Haushaltsentwurf für 2024 sieht auf den ersten Blick gut aus, auf den zweiten Blick ist zu erkennen, dass wir zwar eine sehr gute Ertragslage durch hohe Steuereinnahmen haben, aber trotzdem keinen Überschuss im Ergebnishaushalt erwirtschaften. Und damit auch keine Nettoinvestitionsrate erwirtschaften können. Den Haushalts-Ausgleich schaffen wir im Jahr 2024 nur, indem zum einen eine 10%ige Kürzung der Ansätze bei den Sach- und Dienstleistungen vorgenommen wurde und wir auf Rücklagen zurückgreifen. Der Schuldenstand hat sich auf 57 Mio reduziert, steigt aber in den Folgejahren erheblich an, auf 134 Mio im Jahr 2027.

In den letzten zwei Jahren gab es mehrere Klausurtagungen zu den Themen Finanzen und zur Stadtentwicklung.

Es gibt daraus so gut wie keine Ergebnisse, lediglich die Begrenzung auf ein realistisches Investitionsvolumen von 25 Mio im Jahr 2023 wurde beschlossen. Mehr kann derzeit von der Verwaltung sowieso nicht umgesetzt werden und mit höherem Volumen wären die Haushalte wohl kaum genehmigungsfähig.

Aber grundlegende Fragen wie:

- soll die Stadt noch wachsen und wenn ja: Wie viel Wachstum wollen wir oder können wir verkraften?
- Wie schaffen wir die Rahmenbedingungen und die notwendige Infrastruktur?

- Ist das finanziell leistbar?
- Welche positiven und negativen Effekte sind zu erwarten?
- Wie setzen wir den Klimaschutz vor Ort um?

wurden in den Klausur- und Strategietagungen nicht beantwortet. Die Ergebnisse verschwinden in der Schublade, obwohl Gegenteiliges vereinbart wurde.

Es fehlt also nach wie vor ein Leitbild. Es gibt dazu keine Diskussionen und deshalb auch keinen Konsens darüber, wohin sich Leonberg entwickeln soll, welche Prioritäten gesetzt werden sollen auch im Hinblick auf die finanzielle Situation. Dies muss endlich angegangen werden. Die Lähmung in vielen Bereichen muss überwunden werden.

Ziel muss eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt sein, in der Umwelt- und Klimaschutz berücksichtigt werden, in der die Menschen gerne leben und arbeiten, eine gute Aufenthalts- und Lebensqualität herrscht, die notwendige Infrastruktur zur Verfügung steht und auch für Firmen ein gutes und attraktives Umfeld vorhanden ist.

Auch dieses Jahr hat auf erschreckende Weise gezeigt, dass die Klimaveränderung keine Erfindung ist, sondern längst real angekommen. Die menschengemachte Klimakatastrophe ist eine der größten Bedrohungen, der Temperaturanstieg (auch bei uns) längst wissenschaftlich belegt. Auf kommunaler Ebene können und müssen wir die uns zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, wir sind nicht machtlos! Wir können und müssen unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten, z.B. durch Energieeinsparungen, durch Gebäudesanierungen, der Förderung des Umstiegs auf nachhaltige Verkehrsmittel, Berücksichtigung des Klimaschutzes bei der Stadtentwicklung. Die Bürger*innen und auch die Firmen brauchen Unterstützung beim Umstieg auf erneuerbare Energien – übrigens haben sich dies etliche Firmen in der Unternehmensbefragung unserer Wirtschaftsförderung gewünscht. Dies sind nur einige Beispiele, es wurde in den letzten Jahren davon viel zu wenig umgesetzt. Aber: Wir sind hier als Gemeinderat und Stadtverwaltung gemeinsam in der Verantwortung, viele Städte sind hier schon weiter als wir. Wir müssen endlich den Klimaschutz in allen Entscheidungen mitdenken.

Wir könnten viele Teile der Haushaltsrede vom letzten Jahr wiederholen, zum Beispiel beim Klimaschutzkonzept, da ist trotz Beschlusses des Gemeinderates und

trotz ständigem Nachhaken von uns Grünen und Versprechungen der Stadtverwaltung in 2023 nichts passiert. Wir stellen dazu erneut einen Antrag, dazu später mehr.

Weitere Anträge stellen wir zu folgenden Themen:

- die Einrichtung von E-Ladestationen
- die Erstellung eines Hitzeaktionsplans
- die Gestaltung des Straßenraums Poststraße / Bosch
- die erneute Veranschlagung der Planungskosten für den Parkplatz Bruckenhofstraße – Geesgarten
- die Prüfung eines On-Demand Angebots VVS – Rider

Ein herausforderndes Thema für die Kommunen ist die Flüchtlingsunterbringung. Geschlossen und einstimmig hat sich der Gemeinderat aufgrund der (bekannten) Historie des Gebäudes Ostertagstraße 44 – ehemaliges Senior*innenheim - gegen die Pläne des Landkreises ausgesprochen, dieses für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen.

Gemeinderat und Stadtverwaltung haben signalisiert, den Landkreis bei der Suche nach anderen Unterbringungsmöglichkeiten zu unterstützen. Eine Überlegung ist die Nutzung des Teils des Bosch-Geländes, bei dem die Bauarbeiten leider eingestellt wurden. Wir finden dies natürlich v.a. für die Belegschaft sehr bedauerlich. Aber nachdem dies unumkehrbar scheint, könnte die Fa. Bosch zusammen mit dem Landkreis das Gelände einer sinnvollen Nutzung zur Unterbringung von Flüchtlingen zuführen, bevor es weiter eine Baugrube bleibt oder brach liegt.

Eine weitere kurzfristig verfügbare Alternative ist die Nutzung des Hotel Amber. Hier laufen derzeit die Absprachen mit dem Landkreis.

Ich möchte nun zum Thema Personal kommen.

Die Stadtverwaltung hat in etlichen Bereichen Stellenerhöhungen vorgeschlagen, um die zunehmenden Aufgaben zu bewältigen. Wir teilen nicht die Ansicht anderer Fraktionen, dass zunächst die freien Stellen besetzt werden müssen, bevor neue geschaffen werden. Natürlich müssen diese freien Stellen besetzt werden. Aber wenn es der Arbeitsaufwand erfordert, müssen auch neue Stellen geschaffen werden. In vielen Bereichen merken die Bürger*innen, dass die Serviceleistungen der Stadt für sie nicht mehr oder nur mit hohen Wartezeiten abgerufen werden können. Dies ist

kein akzeptabler Zustand und wir alle haben die Verantwortung die Erfüllung der Aufgaben zu gewährleisten. Die Stellen sind am Arbeitsaufwand zu messen und nicht an den Wünschen einzelner Fraktionen. Die Arbeitsfähigkeit der Stadt als Dienstleister muss aufrechterhalten werden.

Stadtentwicklung

Reihenweise werden landauf und landab begonnene oder in Planung befindliche Projekte eingestampft oder doch zumindest deutlich reduziert. Während noch 2020 die langfristigen Zinssätze für Immobilienkäufe bei rund 1 Prozent lagen, so sind sie aktuell schon bei 4 Prozent, also einer Vervierfachung. Dabei hat Bundeskanzler Olaf Scholz durchaus Recht, wenn er betont, die momentane Situation auf dem Immobilienmarkt sei nicht nur durch das Zinsniveau geprägt, das war in der Vergangenheit auch schon deutlich höher. Mit dem Unterschied, wie es die Stuttgarter Zeitung neu-lich trefflich formulierte, „...die Lage in den 70er und 80er Jahren war in vieler Hinsicht eine andere. Zurzeit herrschen Konjunkturfaute und Trübsal. Die Menschen stehen unter dem Eindruck von Kriegen, Krisen und Kaufkraftverlusten.“ Also eine Lage, die wenig motiviert, auf den Immobilienmarkt zu setzen, weder für den klassischen Häus-lesbauer noch für die Investoren, zumal Energie- und Baupreise nur die Richtung nach oben kennen.

Und wie betrifft dies Leonberg? Und wie kann die Kommunalpolitik darauf reagieren? Zunächst muss die Leitplanke gelten, dass in jedem Neubaugebiet 25% bezahlbarer Wohnraum realisiert wird. Das hört sich erstmal trivial an, ist aber angesichts der aktuellen Tendenz, kleinere Wohnungen mit gemeinsamen Funktionsflächen als sogenannte Clusterwohnen anzubieten, schon eine Herausforderung. Das Ziel bezahlbarer Wohnraum sollte ja nicht durch Abstriche an der Wohn- und Lebensraumqualität erreicht werden.

Zweitens, und dies ist mindestens genauso wichtig. Der Ausverkauf der Stadt an private Investoren muss beendet werden. Die vorgesehenen Baugebiete auf dem alten Postareal oder in abgeschwächter Form auch am Stadtpark an der Berliner Straße sind dabei aktuelle Beispiele. Nicht die Stadt und der Gemeinderat sind Herr des Verfahrens, sondern die Investoren drücken ihre Interessen rücksichtslos durch. Vereinbarungen werden nicht unterschrieben, Aufgaben der Investoren wie den Abriss der alten Gebäude der Stadt auferlegt, Planungsgrundsätze werden über Bord geworfen,

indem man nachbarrechtliche Abstände ignorieren kann und „Sondergebiete“ definiert.

Kurz: Wir müssen zurück in eine städtische Planungskultur, die mehr Eigeninitiative im Blick hat. Durchaus mit Fokus auch auf eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft. Beispiele in unseren Nachbarstädten gibt es genügend.

Unsere bekannte Kritik an den beiden Entwicklungsflächen „Unterer Schützenrain“ und „Hinter den Gärten“ in Warmbronn wollen wir hier nur noch zu Protokoll geben.

Ein fehlendes Leitbild für die Stadtentwicklung als Grundlage für eine qualifizierte und tragfähige Priorisierung der Maßnahmen im Haushalt wurde schon angesprochen. Die Fortschreibung des Flächennutzungsplans wurde zwar angekündigt, ist bisher aber noch nicht angegangen worden. Dabei wäre es dringend notwendig, den jahrzehntealten Plan in die Neuzeit zu überführen. Aus unserer Sicht der Fraktion Grüne ganz klar unter der Maßgabe: „unser Wachstumsziel heißt mehr Lebensqualität für die Stadt.“

Wo stehen wir im Klimaschutz und in der Energieversorgung

Wir fordern schon seit Jahren einen Klimavorbehalt, also einen Check bei jeder Maßnahme, ob es nicht klimaverträglichere Alternativen gibt. Dann hat dieser Gemeinderat auf Vorschlag der Verwaltung im Juni 2021 eine weltweite **KLIMANOT-LAGE** ausgerufen. Es ist gekommen, was kommen musste, wenn man solch große Erwartungshaltungen weckt. Es ist schlicht nichts passiert. Selbst die neu beschlossenen Stellen des Klima- und Energiemanagers werden zum Neujahr vakant, da die Stelleninhaber wohl hier keine Zukunft sehen.

Das lange im Raum stehende Klimaschutzkonzept soll nun an ein externes Büro vergeben werden. Wir möchten hier einen zusätzlichen Sachverstand durch einen Bürgerrat einbringen und hoffen auch auf die Unterstützung der CDU-Fraktion, die diesen Gedanken auch schon aufgegriffen hatte.

Im Umweltbereich wollen wir den schon im letzten Jahr beschlossenen Hitzeaktionsplan erneut aufgreifen. Stichwort „Schwammstadt“, die Fortsetzung unseres Programms „500 städtische Bäume“. Keinesfalls im Leobad die prägenden Lindenbäume aus Arbeitserleichterungsgründen fällen.

Die Verstetigung des Ausbaus der Photovoltaikanlagen halten wir für den richtigen Weg. Nur das große PV-Projekt auf der Sammelkläranlage Mittleres Glemstal kommt nicht voran. Warum, fragen wir uns.

Den Suchraum für mögliche Windkraftanlagen haben wir schon seit längerer Zeit definiert. Ich halte eine interkommunale Zusammenarbeit mit Bürgerbeteiligungsformen für sinnvoll.

Mobilität und die Stadt für morgen

Leonberg ist städtebaulich dem Autoverkehr untergeordnet. Es braucht dringend eine Neuverteilung des Straßenraums zugunsten von Fußgängern und Radfahrern.

Unsere Nachbarkommunen Renningen und Rutesheim haben zusammen mit dem Landkreis den Einstieg in ein On-Demand-Fahrzeug für den ÖPNV beschlossen. Diese flexiblen Fahrzeuge sind als Ergänzung mit Vorausbuchung eine sinnvolle Erweiterung auch für Leonberg.

Erinnert sich noch jemand an den Verkehrsversuch in der Eltinger- und Brennerstraße? Ja lange ist es her, dass man hier einen Feldversuch für eine getrennte Fahrspur für Rad und Bus durchgeführt hat. Mit dem Ergebnis: Es funktioniert auch mit weniger Raum für Autos und LKWs. Was wir brauchen, sind aber schnellere Umsetzungen solcher Erkenntnisse, sonst bleiben diese einfach in der Schublade liegen, wie so vieles.

Der fehlende Radweg an der ehemaligen B295 Richtung Ditzingen birgt nicht nur ein erhebliches Unfallrisiko. Es ist auch unseren Nachbarstädten nicht vermittelbar, warum dieser Lückenschluss in Leonberg nicht umgesetzt wird. Wir möchten eine schnellstmögliche Realisierung und, wo von Seiten der Grundstückseigentümer die Mitwirkungsbereitschaft fehlt, auch eine reduzierte Fahrbahnbreite.

Mit Sorge sehen wir die Entwicklung des Leo-Centers. Der gravierende Wandel im Einzelhandel bedroht die Existenz des Ankermieters Galeria-Kaufhof. Bisher fehlt ein Konzept, wie wir mit diesem städtischen Innenraum umgehen wollen. Nach 50 Jahren Leo-Center wird es Zeit, in eine Planung einzusteigen.

Wir befürworten einen **autofreien Marktplatz**, der die Qualität des historischen Marktplatzes enorm aufwertet.

Zum Krankenhaus Leonberg und zum Rettungshubschrauber Christoph 41 bleibt unsere Position, wie sie schon war. Geburtshilfe und tragfähige Einrichtungen müssen den langfristigen Bestand des Krankenhauses garantieren. Zu diesen Eckpfeilern zählt auch der Rettungshubschrauber.

Was bleibt als Fazit für den Haushalt 2024. Eine sehr gute Einnahmesituation, eine deutliche Handschrift unserer Noch-Kämmerin Frau Gräter und die träge Investitionsumsetzung geplanter Projekte im Baubereich machen diesen Haushalt genehmigungsfähig. Allerdings verbunden mit einer mittelfristigen Aussicht, die alles andere als rosig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Dank für die Aufstellung dieses umfangreichen Haushaltsentwurfes gilt der Verwaltung allgemein, insbesondere aber der Kämmerei.

Wir freuen uns auf konstruktive und gute Gespräche in den Haushaltsberatungen.

Leonberg, den 6. November 2023

Birgit Widmaier, Bernd Murschel für die Fraktion Grüne

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Sebastian Werbke
Antrag/Betreff	Bürgerrat Klimaschutz
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input checked="" type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input checked="" type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>20.000</u> _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Dieser Betrag wird aus dem Posten „Beauftragung eines Ingenieurbüros zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes“ (72.000 €; TH06-PB56-5610, S. 273) gedeckt.
Laufzeit des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Mit der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes begibt sich die Stadt nun auf den Weg, der schon lange mit der „Anerkennung einer weltweiten Klimanotlage“, dem Bekenntnis zu einem Klimavorbehalt in städtischen Drucksachen und der Schaffung der Position eines städtischen Klimaschutzmanagers vorbereitet wurde.</p> <p>Um für ein externes Fachbüro eine qualitativ gute, örtlich erarbeitete Grundlage zu erstellen ist ein Bürgerrat Klimaschutz ein geeignetes Gremium, wie sich aus vergleichbaren Projekten in anderen Kommunen aber auch Ländern in der Vergangenheit gezeigt hat.</p> <p>Zufällig ausgewählte Teilnehmende bilden das Spektrum der Bevölkerung ab. Durch die Einbeziehung der Bevölkerung ist zu erwarten, dass resultierende Maßnahmen auf eine größere Akzeptanz der Einwohner:innen treffen.</p> <p>Alternativen: Ein externes Ingenieurbüro muss sich zu Beginn seiner Arbeit mit großem Aufwand in die örtlichen Gegebenheiten einarbeiten. Hierdurch entsteht ein Zeitverlust und höherer und höherer Kostenaufwand.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Fraktion

**Stadt
Leonberg**



November 23

Bürgerrat Klimaschutz

Dieser Betrag vom 20.000,00 € wird aus dem Posten „Beauftragung eines Ingenieurbüros zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes“ (72.000 €; TH06-PB56-5610, S. 273) gedeckt.

Mit der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes begibt sich die Stadt nun auf den Weg, der schon lange mit der „Anerkennung einer weltweiten Klimanotlage“, dem Bekenntnis zu einem Klimavorbehalt in städtischen Drucksachen und der Schaffung der Position eines städtischen Klimaschutzmanagers vorbereitet wurde.

Um für ein externes Fachbüro eine qualitativ gute, örtlich erarbeitete Grundlage zu erstellen ist ein Bürgerrat Klimaschutz ein geeignetes Gremium, wie sich aus vergleichbaren Projekten in anderen Kommunen aber auch Ländern in der Vergangenheit gezeigt hat.

Zufällig ausgewählte Teilnehmende bilden das Spektrum der Bevölkerung ab. Durch die Einbeziehung der Bevölkerung ist zu erwarten, dass resultierende Maßnahmen auf eine größere Akzeptanz der Einwohner:innen treffen.

Alternativen:

Ein externes Ingenieurbüro muss sich zu Beginn seiner Arbeit mit großem Aufwand in die örtlichen Gegebenheiten einarbeiten. Hierdurch entsteht ein Zeitverlust und höherer Kostenaufwand.

Sebastian Werkbe

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Gudrun Sach
Antrag/Betreff	Planung „Geesgarten“ an der Bruckenbachstraße wird in Abstimmung mit dem BV Eltingen und den Vorschlägen des Büros Gänsl+Hehr konkretisiert und weitergeführt
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input checked="" type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>50.000,00</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Reduzierung der Kosten für den „shared space“/Bosch-Campus (s. Antrag der Grünen) (evtl. Zuschüsse durch Biotop-Verbund-Konzept)
Laufzeit des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/Begründung	<p>Bereits seit Jahrzehnten ist die ansprechende Gestaltung des Schotterplatzes westlich der Sporthalle eine Forderung aus der Bürgerschaft; dieser zentrale Platz soll vielfältig nutzbar sein und die Nähe zur Glems aufwerten. Diese Gestaltung muss so erfolgen, dass die Hochwassergefahr eher vermindert als erhöht wird.</p> <p>Elemente sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neugestaltung des Parkplatzes, Uferausweitung der Glems • mit Sitzmöglichkeiten und Spielplatz zum Thema Auenwald • die Altglascontainer sind an den(künftig nahen) Wertstoffhof zu verlegen

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Fraktion

Stadt
Leonberg



November 23

Planung „Geesgarten“ an der Bruckenbachstraße wird in Abstimmung mit dem BV Eltingen und den Vorschlägen des Büros Gänsle+Hehr konkretisiert und weitergeführt.

Reduzierung der Kosten um 500.000,00 € für den „shared space“/Bosch-Campus (s. Antrag der Grünen) (evtl. Zuschüsse durch Biotop-Verbund-Konzept)

Bereits seit Jahrzehnten ist die ansprechende Gestaltung des Schotterplatzes westlich der Sporthalle eine Forderung aus der Bürgerschaft; dieser zentrale Platz soll vielfältig nutzbar sein und die Nähe zur Glems aufwerten. Diese Gestaltung muss so erfolgen, dass die Hochwassergefahr eher vermindert als erhöht wird.

Elemente sind:

- Neugestaltung des Parkplatzes, Uferausweitung der Glems
- mit Sitzmöglichkeiten und Spielplatz zum Thema Auenwald
- die Altglascontainer sind an den (künftig nahen) Wertstoffhof zu verlegen

Gudrun Sach

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Sebastian Werbke
Antrag/Betreff	Hitzeaktionsplan ; Fokus auf die Gesundheit der Bevölkerung
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input checked="" type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Dieser Betrag wird aus dem Posten „Bedarfvorhaltung im Katastrophenfall...“ (270.000 €; TH02-PB12-1280, S. 160) gedeckt
Laufzeit des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen wurde bereits beantragt, einen Hitzeaktionsplan zu erstellen. (Antrag Grüne 06, 2022/23)</p> <p>Hierzu gab es Stellungnahmen vom Referat für Klimaschutz und dem Referat Feuerwehr und Bevölkerungsschutz. Auf Nachfrage im Sommer wurde auf einzelne kleinteilige Aktionen verwiesen. Für einen übergreifenden Aktionsplan müsste aber bspw. die Stadtplanung mit einbezogen werden. Außerdem wäre kein Budget für einen Hitzeaktionsplan beantragt worden.</p> <p>Da sich der Klimawandel nicht mit Budgetfragen beschäftigt ist es von Jahr zu Jahr dringender, ein kommunales Konzept zur Prävention der Hitzefolgen in der Stadt zu haben.</p> <p>Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, dass mit externer Moderation die relevanten örtlichen Expert:innen im Bereich Gesundheit, Pflege und Versorgung an einem runden Tisch ein Konzept zum Schutz besonders der gegenüber Hitze besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen auf den Weg bringen.</p> <p>Mögliche Teilnehmer:innen an einem solchen runden Tisch könnten sein: Ortsärzteschaft, Krankenhaus Leonberg, Anbieter stat. Pflege (z.B. Samariterstiftung) und amb. Pflege (z.B. Sozialstation), Apotheker:innen, geschäftsführende Schulleitung, Stadt seniorenrat, zuständige städt. Referate (s.o.) ...</p> <p>Alternativen:</p>

	Keine, wenn man den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung ernst nimmt.
--	--

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Fraktion

**Stadt
Leonberg**



November 23

Hitzeaktionsplan ; Fokus auf die Gesundheit der Bevölkerung

Dieser Betrag wird aus dem Posten „Bedarfvorhaltung im Katastrophenfall...“ (270.000 €; TH02-PB12-1280, S. 160) gedeckt.

Im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen wurde bereits beantragt, einen Hitzeaktionsplan zu erstellen. (Antrag Grüne 06, 2022/23)

Hierzu gab es Stellungnahmen vom Referat für Klimaschutz und dem Referat Feuerwehr und Bevölkerungsschutz. Auf Nachfrage im Sommer wurde auf einzelne kleinteilige Aktionen verwiesen. Für einen übergreifenden Aktionsplan müsste aber bspw. die Stadtplanung mit einbezogen werden. Außerdem wäre kein Budget für einen Hitzeaktionsplan beantragt worden.

Da sich der Klimawandel nicht mit Budgetfragen beschäftigt ist es von Jahr zu Jahr dringender, ein kommunales Konzept zur Prävention der Hitzefolgen in der Stadt zu haben.

Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, dass mit externer Moderation die relevanten örtlichen Expert:innen im Bereich Gesundheit, Pflege und Versorgung an einem runden Tisch ein Konzept zum Schutz besonders der gegenüber Hitze besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen auf den Weg bringen.

Mögliche Teilnehmer:innen an einem solchen runden Tisch könnten sein: Ortsärzteschaft, Krankenhaus Leonberg, Anbieter stat. Pflege (z.B. Samariterstiftung) und amb. Pflege (z.B. Sozialstation), Apotheker:innen, geschäftsführende Schulleitung, Stadtseniorenrat, zuständige städt. Referate (s.o.) ...

Alternativen:

Keine, wenn man den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung ernst nimmt.

Sebastian Werbke

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Prof. Ronald Ziegler
Antrag/Betreff	Einrichtung einer angemessenen Anzahl von Schnellladesäulen durch Drittanbieter
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input checked="" type="checkbox"/> Reduzierung im <input checked="" type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input checked="" type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>10.000,00</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input checked="" type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis <u>2035</u>)
Hintergründe/Begründung	<p>Der Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur im urbanen Raum ist für die Akzeptanz der Elektromobilität ein wesentlicher Beitrag. Die Stadt Leonberg hat bisher lediglich an fünf Standorten Ladesäulen mit je zweimal 22 kW im öffentlichen Raum. Eine weitere Ladesäule soll im Jahr 2024 nach dem Beschluss des Gemeinderats vom 13.6.2023, Drucksache 2023/192, hinzukommen.</p> <p>Die in dieser Drucksache genannten Prognosen können nicht nachvollzogen werden, z. B. hat die EnBW mobility+ für Städte eine Prognose von 30 Schnellladeeinrichtungen pro 100.000 Einwohnern vorgestellt; damit ergäbe sich für Leonberg ein Bedarf von 15 Schnellladeeinrichtungen. In Leonberg sind solche Anlagen bisher nur für Tesla verfügbar.</p> <p>Ebenfalls ist aus dieser Drucksache zu entnehmen, dass die Verwaltung beabsichtigt, in den kommenden Jahren die Ladeinfrastruktur auszubauen, ohne den städtischen Haushalt zu belasten.</p> <p>Anlässlich des Kommunalen-Energietags der EnBW, zu der alle kommunalen Vertreter eingeladen waren, wurde von der EnBW mobility+ solch ein Konzept vorgestellt. Es wäre nur ein potenzieller Anbieter, die Verwaltung könnte sich auch um weitere bemühen.</p>

	<p>Das Modell erfordert keinerlei Mittel der Stadt, es werden sogar finanzielle Rückflüsse erwartet.</p> <p>Die Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen beantragt, dass die Stadtverwaltung baldmöglichst mit den Anbietern, vorzugsweise mit der EnBW mobility+, die Stadtwerke Leonberg sind zu 51% im Besitz der EnBW, Gespräche zur Verbesserung der urbanen Ladeinfrastruktur in Leonberg aufnimmt.</p>
--	--

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Fraktion

**Stadt
Leonberg**



November 23

Einrichtung einer angemessenen Zahl von Schnellladesäulen durch Drittanbieter

Der Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur im urbanen Raum ist für die Akzeptanz der Elektromobilität ein wesentlicher Beitrag.

Die Stadt Leonberg hat bisher lediglich an fünf Standorten Ladesäulen mit je zweimal 22 kW im öffentlichen Raum. Als Vergleich sind in Ludwigsburg bereits 60 Ladepunkte realisiert. Eine weitere Ladesäule soll im Jahr 2024 nach dem Beschluss des Gemeinderats vom 13.6.2023, Drucksache 2023/192, hinzukommen.

Die in dieser Drucksache genannten Prognosen können nicht nachvollzogen werden, z. B. hat die EnBW mobility+ für Städte eine Prognose von 30 Schnellladeeinrichtungen pro 100.000 Einwohnern vorgestellt; damit ergäbe sich für Leonberg ein Bedarf von 15 Schnellladeeinrichtungen. In Leonberg sind solche Anlagen bisher nur für Tesla verfügbar.

Ebenfalls ist aus dieser Drucksache zu entnehmen, dass die Verwaltung beabsichtigt, in den kommenden Jahren die Ladeinfrastruktur auszubauen, ohne den städtischen Haushalt zu belasten.

Anlässlich des Kommunalen-Energietags der EnBW, zu der alle kommunalen Vertreter eingeladen waren, wurde von der EnBW mobility+ solch ein Konzept vorgestellt. Es wäre nur ein potenzieller Anbieter, die Verwaltung könnte sich auch um weitere bemühen.

Das Modell erfordert keinerlei Mittel der Stadt, es werden sogar finanzielle Rückflüsse erwartet.

Die Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen beantragt, dass die Stadtverwaltung baldmöglichst mit den Anbietern, vorzugsweise mit der EnBW mobility+, die Stadtwerke Leonberg sind zu 51% im Besitz der EnBW, Gespräche zur Verbesserung der urbanen Ladeinfrastruktur in Leonberg aufnimmt.

Prof. Ronald Ziegler

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Gudrun Sach
Antrag/Betreff	Reduzierung shared space in der Poststraße
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input checked="" type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input checked="" type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>500.000,00</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Reduzierung vorhergesehener Mittel um 500.000,00 € allerdings auch Reduzierung von Zuschüssen
Laufzeit des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Die Straßenraumgestaltung Bosch-Campus/ Shared space wird deutlich reduziert, da es keine Voraussetzungen für einen lebhaften Fußgängerverkehr über die Straße mehr gibt.</p> <p>Begründung: Die Straßenraumplanung für den Bosch-Campus, die einen Shared space vorsieht, muss grundlegend neu überdacht werden, da Bosch auf absehbare Zeit nicht westlich der Poststraße bauen wird und damit auch kein nennenswerter Fußgängerverkehr über die Straße zu erwarten ist. Der bereits bestehende LKW-Verkehr dagegen wird weiter fahren. Deshalb ist es sinnvoll, lediglich einen beidseitigen Radfahrstreifen anzulegen, von den Fußgängern getrennt. Obwohl damit auch Fördermittel gestrichen werden könnten, ergibt sich für den Etat eine deutliche Einsparung.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Fraktion

**Stadt
Leonberg**



November 23

Reduzierung shared space in der Poststraße

Reduzierung vorhergesehener Mittel um 500.000,00 € allerdings auch Reduzierung von Zuschüssen

Die Straßenraumgestaltung Bosch-Campus/ Shared space wird deutlich reduziert, da es keine Voraussetzungen für einen lebhaften Fußgängerverkehr über die Straße mehr gibt.

Begründung:

Die Straßenraumplanung für den Bosch-Campus, die einen Shared space vorsieht, muss grundlegend neu überdacht werden, da Bosch auf absehbare Zeit nicht westlich der Post-Straße bauen wird und damit auch kein nennenswerter Fußgängerverkehr über die Straße zu erwarten ist. Der bereits bestehende LKW-Verkehr dagegen wird weiter fahren. Deshalb ist es sinnvoll, lediglich einen beidseitigen Radfahrstreifen anzulegen, von den Fußgängern getrennt. Obwohl damit auch Fördermittel gestrichen werden könnten, ergibt sich für den Etat eine deutliche Einsparung.

Gudrun Sach

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Prof. Ronald Ziegler
Antrag/Betreff	Einrichtung eines OnDemand-Pilotprojekts VVS Rider für Leonberg“
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input checked="" type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>20.000,00</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>"Mit dem Ziel landesweite Standards sowie einen verlässlichen Nah- und Regionalverkehr zu schaffen, unterstützt das Zukunftsnetzwerk ÖPNV des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg mit Beratungs- und Informationsangeboten, beim Wissenstransfer, der Fördermittelsuche sowie der Erarbeitung einheitlicher Standards."</p> <p>"Nachdem dieses Jahr der erste VVS-Rider (Bus auf Abruf) in Leinfelden-Echterdingen an den Start gegangen ist, folgen zum Ende des Jahres 2023 zwei weitere: Einer im Mittelbereich Geislingen und einer in Rutesheim und Renningen. Ohne festen Fahrplan bringt er Fahrgäste auf Abruf an ihr Ziel. Als innovatives On-Demand-Angebot ergänzt der VVS-Rider den bestehenden klassischen ÖPNV im VVS. Der VVS-Rider ermöglicht es, ohne festgelegten Fahrplan und ohne lange Wege zur Haltestelle bequem und sicher von A nach B zu kommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der VVS-Rider wird über die kostenlose VVS-Rider-App oder alternativ telefonisch angefordert. • Der Kleinbus sammelt alle Fahrgäste ein, die eine ähnliche Fahrtroute haben. Das vermeidet Verkehr, spart Ressourcen und ist somit gut für das Klima. • In allen VVS-Rider gelten VVS-Tickets. Der Preis richtet sich nach den befahrenen Tarifzonen." <p>Beim sogenannten „VVS-Rider“ übernimmt der Landkreis Böblingen 50%, Rutesheim und Renningen je 25% der Kosten.</p>

	<p>Das Pilotprojekt ist zunächst bis Ende 2025 angelegt. In diesem Zeitraum sollen die Fahrgastzahlen regelmäßig evaluiert werden. Dieses Projekt läuft bisher ohne Leonberger Beteiligung, obwohl das IMAX in Leonberg als „Point of Interest“ in die Haltestellen aufgenommen wurde.</p> <p>Der VVS-Rider fährt ohne „Komfortzuschlag“, weil er nicht buchbar ist wenn es zeitnah ein anderes Angebot im ÖPNV gibt.</p> <p>Der SSB Flex fährt mit „Komfortzuschlag“, weil das Angebot zusätzlich zum ÖPNV existiert.</p> <p>Die Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen beantragt zu prüfen, ob eine Beteiligung am Pilotprojekt von Rutesheim/Renningen für 2024 und 2025 noch möglich ist.</p> <p>Hier wäre eine Erweiterung der virtuellen Haltepunkte für Gebersheim, Höfingen, das Haldengebiet und die Altstadt erstrebenswert.</p> <p>Falls eine Beteiligung nicht möglich ist, wird beantragt ein eigenes OnDemand-Pilotprojekt zu starten.</p> <p>Texte in"" aus: https://www.zukunftsnetzwerk-oepnv.de/kontakt, Zugriff am 05.11.2023 19:26 https://www.vvs.de/vvsrider Zugriff am 05.11.2023 19:28</p>
--	---

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Fraktion

Stadt
Leonberg



November 23

Antrag auf Einrichtung eines OnDemand-Pilotprojekts „VVS Rider für Leonberg“

„Mit dem Ziel landesweite Standards sowie einen verlässlichen Nah- und Regionalverkehr zu schaffen, unterstützt das Zukunftsnetzwerk ÖPNV des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg mit Beratungs- und Informationsangeboten, beim Wissenstransfer, der Fördermittelsuche sowie der Erarbeitung einheitlicher Standards.“¹

„Nachdem dieses Jahr der erste VVS-Rider (Bus auf Abruf) in Leinfelden-Echterdingen an den Start gegangen ist, folgen zum Ende des Jahres 2023 zwei weitere: Einer im Mittelbereich Geislingen und einer in Rutesheim und Renningen. Ohne festen Fahrplan bringt er Fahrgäste auf Abruf an ihr Ziel. Als innovatives On-Demand-Angebot ergänzt der VVS-Rider den bestehenden klassischen ÖPNV im VVS. Der VVS-Rider ermöglicht es, ohne festgelegten Fahrplan und ohne lange Wege zur Haltestelle bequem und sicher von A nach B zu kommen.

- Der VVS-Rider wird über die kostenlose VVS-Rider-App oder alternativ telefonisch angefordert.
- Der Kleinbus sammelt alle Fahrgäste ein, die eine ähnliche Fahrtroute haben. Das vermeidet Verkehr, spart Ressourcen und ist somit gut für das Klima.
- In allen VVS-Rider gelten VVS-Tickets. Der Preis richtet sich nach den befahrenen Tarifzonen.“²

Beim sogenannten „VVS-Rider“ übernimmt der Landkreis Böblingen 50%, Rutesheim und Renningen je 25% der Kosten.

Das Pilotprojekt ist zunächst bis Ende 2025 angelegt. In diesem Zeitraum sollen die Fahrgastzahlen regelmäßig evaluiert werden.

Dieses Projekt läuft bisher ohne Leonberger Beteiligung, obwohl das IMAX in Leonberg als „Point of Interest“ in die Haltestellen aufgenommen wurde.

Der VVS-Rider fährt **ohne** „Komfortzuschlag“, weil er nicht buchbar ist wenn es zeitnah ein anderes Angebot im ÖPNV gibt.

Der SSB Flex fährt **mit** „Komfortzuschlag“, weil das Angebot zusätzlich zum ÖPNV existiert.

¹ <https://www.zukunftsnetzwerk-oepnv.de/kontakt>, Zugriff am 06.11.2023 08:42

² <https://www.vvs.de/vvsrider> Zugriff am 06.11.2023 08:42

Die Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen beantragt zu prüfen, ob eine Beteiligung am Pilotprojekt von Rutesheim/Renningen für 2024 und 2025 noch möglich ist.

Hier wäre eine Erweiterung der virtuellen Haltepunkte für Gebersheim, Höfingen, das Haldengebiet und die Altstadt erstrebenswert.

Falls eine Beteiligung nicht möglich ist, wird beantragt ein eigenes OnDemand-Pilotprojekt zu starten.

Prof. Ronald Ziegler

-1-

**Kommunalpolitische Erklärung der Fraktion der Freien Wähler im
Gemeinderat Leonberg für das Jahr 2024**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister
Brenner,

meine Damen und Herren,

eigentlich könnte ich an dieser Stelle ca. 95 % meiner haushaltspolitischen
Erklärung vom letzten Jahr wiederholen. Aber ich möchte Sie nicht allzu sehr
langweilen.

Der vorgelegte Planentwurf ist zwar genehmigungsfähig, wird jedoch
maßgeblich davon beeinflusst, dass geplante Investitionen in der
Vergangenheit nicht umgesetzt wurden und viele in der Verwaltung
vorhandene Stellen nicht besetzt sind. Gerade diese Aspekte haben in der
Vergangenheit dazu geführt, dass die Genehmigungsfähigkeit unserer
Haushalte hergestellt werden konnte. Auch wenn im kommenden Jahr
Neuwahlen stattfinden, sollten wir der Versuchung widerstehen, durch
Wahlgeschenke, beispielsweise in Form von Schaffung zusätzlicher Stellen,
das zukünftige Ehrenamt zu schwächen.

Die Planung macht deutlich, dass wir kein Einnahmeproblem, sondern ein
Ausgabenproblem haben. Würden sämtliche geplante Investitionen im

kommenden Jahr umgesetzt, so würde die Verschuldung um ca. 21 Millionen € steigen, im Finanzplanungszeitraum bis 2027 sich sogar mehr als verdoppeln. Bereits ab dem Jahr 2026 sieht die mittelfristige Finanzplanung die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes als gefährdet.

Bevor jedoch Kritik geübt und schmerzhaftes Einsparungen vorgeschlagen werden: zunächst vorneweg ein Lob: Die Steuern werden nicht erhöht - das ist eine faire Unterstützung für alle Leonberger. Ob Mieter oder Vermieter: eine Grundsteuererhöhung würde alle belasten.

Um es klarzustellen: Wir Freien Wähler werden uns dafür einsetzen, dass die anstehende Grundsteuerreform nicht zu einer versteckten Erhöhung des Grundsteueraufkommens führt, sondern die Hebesätze nach Vorliegen der bislang noch ausstehenden Informationen so angepasst werden, dass sich die Steuerrechtsreform aufkommensneutral gestaltet.

Es gilt den Hinweis des Regierungspräsidiums zu berücksichtigen, wonach „die Aufstellung des künftigen Investitionsprogramms an den vorhandenen Kapazitäten auszurichten und dabei die Pflichtaufgaben unter Berücksichtigung der Folgekosten klar zu priorisieren“ sind.

Immerhin sind die meisten geplanten Investitionen kreditfinanziert, und das bei derzeit steigenden Zinsen.

Personal

Allein im Bereich der Kernverwaltung sieht der Haushaltsplan eine weitere Stellenmehrung um ca. 20 Vollzeitstellen vor.

Für uns ist nachvollziehbar, dass in einigen Bereichen ein erheblicher zusätzlicher Aufgabenkreis erwachsen ist, z.B. im Bereich der Zuwanderung, so dass an dieser Stelle für uns ein tatsächlicher Bedarf gegeben ist.

Zu bedenken gilt aber, zusätzliche Stellen, sofern sie besetzt werden könnten, wären kostenintensiv, was die künftige Genehmigungsfähigkeit von Haushalten zusätzlich erschweren würde. Zudem wäre es nicht nur mit der Schaffung der Planstellen getan. Es müssten vielmehr auch die räumlichen Ressourcen geschaffen werden, was ebenfalls mit zusätzlichen Kosten verbunden wäre.

In Bereichen, wo beispielsweise in der Vergangenheit Umorganisationen stattgefunden haben, erscheint eine Stellenmehrung für uns weniger nachvollziehbar. Dies betrifft den Bereich des Kulturamtes. Die vakante Stelle des Stadthallenmanagers soll ja wieder besetzt werden. Das Kulturamt muss sich überdies nicht mehr um die ausgegliederten Bäder kümmern, so dass eine Stellenausweitung im Bereich des Kulturamtes von uns nicht mitgetragen wird.

Insbesondere beim Bürgeramt würde eine Stellenmehrung keine Entlastung bringen, da dort unserer Information zufolge aktuell 3 bereits vorhandene Stellen nicht besetzt sind. Hier muss die Devise lauten: Erst die

offenen Stellen besetzen.

Überdies hat auch der Bundesrechnungshof es als "wenig zielführend" bezeichnet, zusätzliche Stellen zu schaffen, wenn viele bestehende Posten unbesetzt sind.

Nachdem sowohl in der freien Wirtschaft, wie auch in den öffentlichen Verwaltungen, beklagt wird, dass offene Stellen nicht besetzt werden können, sollte, um für die Bürger weiterhin eine angemessene Dienstleistung bieten zu können, hier über Umorganisation und den Einsatz von Datenverarbeitung nachgedacht werden. Dies ist zwar kurzfristig mit Mehraufwand verbunden, kann aber bereits mittelfristig zu einer Entspannung beitragen, während der Ausweis von zusätzlichen Stellen im Stellenplan, welche dann möglicherweise nicht besetzt werden, keine Verbesserung, weder für die Mitarbeiter, noch für die Bürgerschaft, bedeutet.

Wie sagte schon der deutsche Unternehmensberater Klaus Höfner:

„Organisationen ab 1000 Leuten können sich sehr gut mit sich selbst beschäftigen. Da stört der Kunde nur.“

Und gerade diesen Effekt gilt es zu vermeiden.

Ein konkretes Beispiel hierzu: Baustelle Berliner Straße betreffend der Erneuerung der Gasleitung.

Frage an einen Mitarbeiter der Verwaltung: „Weswegen wird bei einer Vollsperrung einer Haupteinfahrstraße nicht darauf gedrängt, dass der Bauablauf beschleunigt wird?“

Antwort: „Dies fällt nicht in unsere Zuständigkeit; das ist eine Baustelle der EnBW.“

Die ursprüngliche Koordination von Baustellen im städtischen Straßenbereich wurde vor einigen Jahren noch von 2 Mitarbeitern übernommen. Mittlerweile wurde im Bereich des Oberbürgermeisters mit erheblicher Stellenmehrung das Referat für innovative Mobilität als Querschnittsamt geschaffen, mit der Folge, dass sich niemand in der Verwaltung für die Baustellenkoordination bei Straßensperrungen zuständig fühlt. Das darf so nicht sein!

Die einzelnen Anträge der Fraktion zum Personalwesen entnehmen Sie bitte der Anlage.

Schulen/Kindertageseinrichtungen

Hier sieht der Planansatz für das kommende Jahr mehr als 5 Millionen € vor. Hinsichtlich dieser Positionen werden die von der Verwaltung vorgesehenen baulichen und personellen Maßnahmen sowohl in der Kernstadt, wie auch in sämtlichen Teilorten, von uns mitgetragen. Vor allem für die Grundschule Warmbronn und beim Bildungscampus Ezach besteht dringender Handlungsbedarf.

Stadtumbaugebiet/Brückenschlag

Wir fragen uns: Wie geht es im dortigen Bereich weiter? Bereits im Februar wurde uns mitgeteilt, dass ein städtebaulicher Vertrag mit dem Investor

unmittelbar bevorsteht. Mittlerweile sind weitere 8 Monate vergangen, ohne dass es zum Vertragsschluss gekommen ist. Hat der Investor kein Interesse mehr? Müssen wir uns über Alternativen Gedanken machen?

Der Rat hat die notwendigen Beschlüsse gefasst. Alleine die Umsetzung von Verwaltung und Investor ist bislang nicht erfolgt!

Infrastruktur/Straßenbau/Radwege /ÖPNV

Das von uns bereits seit Jahren geforderte Gesamtkonzept zur Straßenplanung liegt immer noch nicht vor.

Die von uns in den Vorjahren vorgeschlagene Überprüfung einer Nordumfahrung zur Entlastung der Kernstadt und der Teilorte vom Durchgangsverkehr wurde nicht ansatzweise geprüft.

Stattdessen werden jeweils einzelfall- und anlassbezogen Maßnahmen geplant und umgesetzt.

Für die Gemeindestraßen sowie die Stadtentwicklung und städtebauliche Planung sind im Planentwurf ca. 3 Millionen € für das Jahr 2024 eingestellt.

Das ist zu viel.

Die Radwege nach Ditzingen und ans Glemseck werden von der Verwaltung offensichtlich sich selbst überlassen; eine mit anderen Kommunen vergleichbare Beschilderung von ausgewiesenen Radwegen im Wald fehlt.

Bei den Überlegungen bezüglich der Verkehrswege im Rahmen der Stadt für Morgen ist es für uns wichtig, dass Umorganisation und Rückbaumaßnahmen nicht dazu führen, dass Verkehre in die Nebenstraßen verdrängt werden. Einen autofreien Neuköllner Platz können wir uns nicht vorstellen.

Zwar ist die Stadt nicht Eigentümer des Leo Centers: Die Stadt sollte jedoch ein elementares Interesse daran haben, dass dieses in seiner Funktionalität als im Zentrum angesiedeltes Einkaufsgebiet weiterhin gerecht wird.

Wie die aktuellen Probleme im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs zeigen, ist der Betrieb von Buslinien, insbesondere für die Teilorte, nur unzulänglich sichergestellt. Beförderungseingänge für Schüler darf es nicht geben.

Im nächsten Jahr ist nunmehr die Fortschreibung des Flächennutzungsplans in Angriff zu nehmen, so dass der dann neugewählte Gemeinderat Zielvorgaben machen kann, ob, wie und gegebenenfalls wo die Stadt und die zugehörige Infrastruktur wachsen soll, unter Berücksichtigung der Verkehrs-, Lärm- und Luftbelastung. Welche Anforderungen in Bezug auf Kita- und Schulentwicklung erwachsen daraus, und welche Angebote sind für den steigenden Anteil unserer älteren Mitbürger erforderlich?

Die bereits aufgenommene Gewerbegebietsentwicklung in Gebersheim ist fortzuführen. Bezüglich einer Gewerbegebietsentwicklung im Bereich Pfad in Höfingen sind die Planungen aufzunehmen.

Und nun wieder zu einem konkreten Ärgerniss: Vor einigen Jahren wurde der an der östlichen Seite der Gebersheimer Straße verlaufende Gehweg Richtung Rutesheimer Straße herausgerissen, da man diesen angeblich nicht mehr benötigte. Nunmehr wurde dieser aufwendig wieder neu hergestellt. Solche kostenintensiven Fehlleistungen dürfen einfach nicht passieren.

Wohnungsbau

Die Projekte in der Berliner Straße sowie im Unteren Schützenrain sind fortzuführen.

Der Bedarf nach Wohnraum steigt, auch durch die Zuwanderung.

In Anbetracht der kommunalen Pflichtaufgaben, wonach die Kommunen im Rahmen der Unterbringung von Migranten stark gefordert sind, scheint die Umsetzung von bezahlbarem Wohnraum immer unerreichbarer.

Inflation und Baukostensteigerungen tragen hierzu bei.

Wie in der Vergangenheit mehrfach geschehen, beantragen wir, die städtischen Bauplätze am Heckenweg an den Markt zu bringen und insoweit die Planungsgrundlagen zu schaffen. Dies dient der Erzielung außerordentlicher Erträge, um den Anstieg der Verschuldung und die damit einhergehende Zinsbelastung für künftige Generationen abzumildern.

Stadthalle

Auch in 2024 ist wieder einmal die Sanierung vorgesehen. Im Planentwurf

sind 500.000 € hierfür eingestellt. **Unsere Forderung: Nicht immer nur darüber reden, sondern jetzt einfach auch einmal machen!**

Rathäuser

Beim Neubau des Rathauses wurden nur sehr begrenzt Reserveflächen vorgesehen. Es war nicht beabsichtigt, innerhalb der Kernverwaltung zahlreiche zusätzliche Stellen mit zusätzlichem Platzbedarf zu schaffen. Das beengte Raumangebot sollte als Chance gesehen werden: ein teilweises Ermöglichen von mobilem Arbeiten i.V.m. einer Selbstbeschränkung bezüglich Forderungen nach zusätzlichem Personal, so dass wir mit den vorhandenen Räumlichkeiten auskommen.

Bezüglich des Alten Rathauses haben wir bereits letztes Jahr die Vornahme der dringend erforderlichen notwendigen Reparaturarbeiten angemahnt, um die Substanz nicht noch weiter zu beeinträchtigen. Dies gilt unverändert.

Alte Schuhfabrik

Mit Ausnahme der im letzten Jahr erfolgten Abstützungs- und Abdichtungsmaßnahmen zum Erhalt der Standfestigkeit ist hier seitens der Verwaltung nichts geschehen. Wir beantragen die Einstellung der Nutzung des Gebäudes. Weder aus energetischen, noch aus finanziellen Gründen, sind derzeit irgendwelche Investitionen in das Gebäude verantwortbar. Der nächste Gemeinderat möge entscheiden, was mit dieser Immobilie zu

geschehen hat.

Verschiedenes

Wir Freien Wähler unterstützen weiterhin Vereine und die Kirchen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel. Überlegenswert wäre im Bereich der Vereinsförderung, diese bei Investitionen auch abhängig von der Mitgliederzahl, zu unterstützen.

Krankenhaus

Wir haben das Gefühl, daß der Landkreis nahezu nichts unversucht läßt, am Umfang und Bestand des Krankenhauses in Leonberg zu rütteln. Die ständigen Diskussionen schaden bereits als solche dem Krankenhausstandort. Wir bekennen uns klar zu unserem Krankenhaus in Leonberg. Dies umfasst auch die Geburtenabteilung.

Die Diskussion um den Hubschrauberstandort ist abgeflacht. Dies ändert jedoch nichts daran, dass der geplante künftige Standort an der BG- Klinik in Tübingen erst sehr kostenintensiv herzustellen ist und wohl auch aus topographischer/fliegerischer Sicht keinen optimalen Standort darstellt. Wir hoffen, dass die diesbezügliche Entscheidung von der Landespolitik nochmals überdacht wird.

Unterbringung von Flüchtlingen/Migranten

Die derzeitige Situation hat zu einer Überlastung der Kommunen, auch Leonbergs, geführt. Wir bezweifeln, dass die von der Bundesregierung bislang getroffenen Maßnahmen ausreichen, eine Begrenzung der Zuwanderung zu erzielen. Deutschland wird als vorrangiges Migrationsziel gesehen, solange es bei uns wirtschaftliche Anreize zur Migration -konkret: Zahlungen- gibt, die in den angrenzenden Staaten so nicht gewährt werden. Unsere Infrastruktur (Wohnraum, Schulen, Kinderbetreuung, soziale Einrichtungen, medizinische Versorgung) ist zur Aufnahme einer derart unkontrollierten Zuwanderung, deren Ende überdies nicht absehbar ist, auf Dauer nicht gewachsen.

Natürlich stehen wir Freien Wähler zur Erfüllung unserer Aufgaben im Rahmen der Gesetze.

Aber: Sollte die große Politik in diesem Bereich weiterhin untätig bleiben, bedeutet dies auch eine Gefährdung des sozialen Friedens, ganz zu schweigen von der eben aus dieser Situation resultierenden Politikverdrossenheit.

Dies würde noch verstärkt, wenn der Landkreis gegen den Beschluß des Gemeinderates der Stadt Leonberg im ehemaligen Seniorenwohngebäude am Parksee die Unterbringung von Flüchtlingen und Migranten praktizieren würde.

Konkret beantragen wir, daß die Stadtverwaltung für den Fall des nicht-Zustandekommens des städtebaulichen Vertrages mit dem Investor

betreffend des Stadtumbaugebietes, binnen eines Monats mit dem Land in Verhandlungen eintritt. Das Ziel ist dann die Ermöglichung einer Zwischennutzung der im Stadtumbaugebiet liegenden Gebäude (ehemalige Post, Technisches Rathaus, ehemalige Stadtapotheke), ohne dass die durch das Land zugesagte Förderung der Abbruchkosten gefährdet wird. Wenn der Staat den Kommunen derartige Maßnahmen zu Unterbringung von Migranten auferlegt, darf er eben diese Unterbringung nicht dadurch vereiteln, indem er an anderer Stelle zugesagte Unterstützungen streicht.

Meine Damen und Herren,

ich möchte mich bei Ihnen im Namen der Fraktion der Freien Wähler für Ihre Aufmerksamkeit sowie die Zusammenarbeit bedanken. Der Verwaltung, insbesondere der Kämmereiamtsleiterin, Frau Gräter, danke ich für die Erstellung des Planentwurfes. Bitte behalten Sie an Ihrer neuen Stelle die Belange der Kommunen im Auge; Sie wissen ja: Jeder Euro, der den Kommunen als Kreisumlage entzogen wird, fehlt vor Ort an anderer Stelle.

Dr. Axel Röckle, Fraktionsvorsitzender

Anlage zur kommunalpolitischen Erklärung der Freien Wähler zum

Haushalt 2024/Stadt Leonberg:

Zum Personal-/Stellenplan:

- keine zusätzliche Stelle im Kulturamt
- keine zusätzliche Stelle an der Volkshochschule
- Musikschule: Hier wurde innerhalb der letzten 2 Jahre eine zusätzliche Teilzeitstelle geschaffen; derzeit keine weitere Stellenmehrung
- Bürgeramt: erst die 3 offenen Stellen besetzen; in 2024 keine zusätzliche Stelle
- Stadtmuseum: keine zusätzliche Stelle, sondern Höhergruppierung eines Mitarbeiters von EG 2 auf EG 4
- Grundsteuer: Zeitliche Befristung einer zusätzlichen Stelle für 2 Jahre
- IT: Die Entfristung der Stelle wird mitgetragen; eine zusätzliche Stelle (aber nicht 2!)
- Stadtbücherei: Keine zusätzliche Stelle
- Gebäudemanagement: Wenn die Kläranlagen vom Tiefbauamt wegkommen dann muss der bisherige Stelleninhaber auch dorthin wechseln, jedoch keine Stellenmehrung.
- Erstellung einer tabellarischen Übersicht durch die Verwaltung, in der sämtliche seit Dienstantritt des jetzigen Oberbürgermeisters neu geschaffenen Stellen und Höhergruppierungen sowie das jeweilige Dezernat unter Benennung der für die jeweilige Stelle anfallenden aktuellen jährlichen Personalkosten ersichtlich ist, in Verbindung mit einer Auflistung der Entwicklung der tatsächlich in jedem einzelnen Bereich in den Haushaltsjahren 2020 bis 2023 angefallenen externen Beratungskosten.

Sonstiges:

- Priorisierung des künftigen Investitionsprogramms
- Zeitliche Streckung von Bauvorhaben
- Kurzfristiger Abschluss des städtebaulichen Vertrages betreffend Stadtumbaugebiet; falls nicht möglich: Aufnahme von Verhandlungen mit dem Land betreffend Förderunschädlichkeit für künftige Abbruchkosten bei zwischenzeitlicher Nutzung zur Unterbringung von Migranten
- Umfassendes Gesamtkonzept zur Straßenplanung
- Herstellung Radweg nach Ditzingen/Gerlingen
- Kontaktaufnahme mit dem Land zur Wiederherstellung des Radweges in Richtung Glemseck
- Fortschreibung des Flächennutzungsplans
- planungsrechtliche Entwicklung der städtischen Bauplätze am Heckenweg mit dem Ziel der Veräußerung zur Wohnbebauung
- Einstellung der Nutzung der alten Schuhfabrik
- Offenlegung der Verrechnungssätze einer Bauhofstunde zur Prüfung, ob Fremdvergabe oder Eigenleistung wirtschaftlicher
- Anregung: Edith-Stein-Haus: prüfen, ob der Erwerb für die Stadt sinnvoll ist (Kosten-Nutzenrelation, eventuell zur Unterbringung?)
- Information des Gremiums betreffend der Abrechnung von Strom und Wasser für das Strohländle 2022 und 2023
- Spielplatzneubau: Genaue Budgetvorgaben an Fachplaner; künftig keine Überschreitung des gesetzten Kostenrahmens mehr
- keine Veranstaltungen/Messen mehr in der Stadthalle, solange das Dach undicht ist

- Planansätze Ersatzbeschaffungen Bauhof (Seite 52 HH) , Fahrzeug im Bereich der Abwasserbeseitigung (Seite 53) und Beschaffung Müllpressenaufbau/Waldfriedhof (Seite 53) mit Sperrvermerk versehen.
- Welche Konsequenzen ziehen wir aus den bisherigen Fehlplanungen zur Grundschule Warmbronn?
- Änderung des Planansatzes in Höhe von Euro 300.000 für städtische PV-Anlagen: Hierdurch wird die Gefahr der Netzüberlastung verstärkt; daher stattdessen über diesen Betrag für ein Jahr an Bürger und Firmen eine Akkuförderung in Höhe von Euro 300,-- pro Kilowattstunde, max. 5000 € pro Antrag (beispielsweise nach dem Vorbild Stuttgart).
- Zu Seite 114: Abfrage der Gemeinderäte, wer ein neues iPad braucht, alternativ gehen die Gebrauchten an Schulen oder an Kinder, die auf Bürgergeld angewiesen sind.
- Zu Seite 131: Wenn der Wasseransatz für städtische Gebäude um 23 % gekürzt wird, müsste insoweit ebenso das Abwasser entsprechend gekürzt werden
- Seite 137/138 Presse-und Öffentlichkeitsarbeit: Streichen des Planansatzes für den Unterhaltungsaufwand Webauftritt, Zukauf von Dienstleistungen in Höhe von Euro 36.000,--
- Seite 156: Entgelte für Zentrale Werkstätten wurden um 20.000 € vermindert:Überprüfung/ Anpassung der Gebühren für Schlauchwartung und ähnliches von fremden Wehren; Abgleich mit den Kosten anderer Anbieter
- Seite 182: Festival Kulturregion Stuttgart: in 2024 ersatzlos streichen; grundsätzliche Überlegung, was man insoweit künftig macht.
- Seite 191/451 welcher Kostenansatz ist korrekt: Euro 12.600,-- oder 5200,--?
- Seite 222, Schulsozialarbeit: Eine 0,75-Stelle kostet Euro 134.000,00; eine ganze Stelle also über Euro 175.000,00. Das kann nicht sein!
- Seite 257:Reinigungskosten Dritter nicht auf Euro 72.000,-- kürzen, sondern nur auf Euro 90.000
- Seite 273: Austritt aus European Energy Award
- Seite 320: Vorziehen Planungsrate Altes Rathaus auf 2024; Gegenfinanzierungsvorschlag: Seite 368: ein MTW zur Beschaffung erst in 2025 vorsehen.
- Seite 390 Sophie-Scholl-Schule: Festes Dach oder Folie auf Fenster, anstatt anfälligem Sonnensegel
- Seite 527/540: Kostenansatz pro Multifunktionsdrucker auf maximal Euro 600,00 begrenzen
- Seite 602: Stadtgarten: Begrenzung Kostenrahmen von Euro 3,36 Millionen auf Euro 3 Millionen
- Seite 692: Umgestaltung der Poststraße nur im Bereich zwischen Römerstraße und Benzstraße
- Seite 710: Stadt für Morgen: Kürzung des Planansatzes in 2024 von Euro 300.000 auf Euro 150.000, da Anderes wichtiger ist.
- Seite 749: Wehr an der Clausenmühle: nach 2027 ff zurückstellen
- Zusatzantrag: Sanierung See im Stadtpark und Sprudler: hier Euro 250.000 einstellen; Finanzierungsvorschlag durch Einsparung Euro 150.000 Stadt für Morgen und Kosteneinsparung Kürzung Stadtgarten
- Gebersheim: Regen- Fahrgastunterstand im Bereich des Rathauses; Fahrradständer vor der Ortschaftsverwaltung

Haushaltsrede 2024 CDU-Fraktion Elke Staubach

07.November 2023

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
liebe Gemeinderatskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Zuhörerinnen, Zuhörer,
Pressevertreterinnen und Pressevertreter,

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

jede Menge **Baustellen** hier in Leonberg, mit denen wir uns beschäftigen dürfen, sollen, müssen. Und so richtig weiß man gar nicht, wo man da thematisch anfangen soll.

Mit den Pflichtaufgaben!

Das sind zuallerst mal die **Schulen** und **Kindertageseinrichtungen**. Aber wie ist es da bestellt?

Fangen wir mal mit der **Baustelle Schulen** an.

Anbau Grundschule Gebersheim: läuft nach Anlaufschwierigkeiten wohl endlich – der Bebauungsplan musste damals plötzlich noch geändert werden.

Grundschule Höfingen: lange mussten wir immer wieder auf dringend erforderliche Baumaßnahmen wegen Feuchtigkeit und anderem hinweisen. Nun soll endlich die energetische Gebäudesanierung angepackt werden. Hoffen wir, dass damit auch die Kinderkrankheiten auskuriert sind.

Grundschule Warmbronn: eine unendliche Geschichte – leider immer noch. Neubau am jetzigen Standort oder in der Ortsmitte? Sanierung und Aufstockung? Geklärt ist immer noch nichts. Das Einzige, was wir wissen ist, dass der Baumbestand und damit Waldabstand Probleme bereitet und, dass in 2026 ein Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in der Grundschule besteht. An die Umsetzung bis zu diesem Zeitpunkt machen wir viele Fragezeichen.

Fragezeichen gibt es bei uns auch zur Sophie-Scholl-Schule im Ezach. Ja, die Pläne für die Mensa stehen jetzt, ebenso das Thema KiTa-Neubau. Aber der Bebauungsplan wurde jetzt nach Einwänden von Bürgern so geändert, dass das Thema Turnhalle oder auch Wohnbebauung aktuell außen vor ist. Die Verwaltung wird aber nicht bestreiten, dass eine Turnhalle in naher Zukunft von Nöten ist, da die Schülerzahl an der Mörikeschule steigen wird und damit die Kinder aus der Sophie-Scholl-Schule diese Turnhalle werden nicht mehr nutzen können. Wir wissen auch, dass auch Vereine, auch Sportvereine dringend nach Flächen Ausschau halten, so dass im Haushalt mittelfristig **Mittel für eine Mehrzweckhalle** nicht nur für eine einfache Turnhalle bereitzustellen sind.

Die Schellingschule und die Gerhart-Hauptmann-Realschule warten schon lange darauf, dass der gemeinsame **Pausenhof** so umgestaltet wird, dass alle Schülerinnen und Schüler hier entsprechend Platz und Aktivitätsmöglichkeiten finden. Die Schülerzahl wächst, der Außenbereich ist suboptimal. Um so unverständlicher für uns, nachdem es auch schon konkrete Pläne gibt, dass im Haushalt 2024 nur Planungskosten eingestellt sind. Und dann? Wir beantragen eine **VE mit 250 TEUR für die Umsetzung im Jahr 2025**.

Und bei der Ostertag-Realschule gehen wir davon aus, dass die Lehrküche nicht wieder einer Streichung zum Opfer fällt. Die aktuelle Küche hat wohl Altertumswert.

Haushaltsrede 2024 CDU-Fraktion

Elke Staubach

Und da wären wir dann auch schon bei der nächsten größeren **Baustelle**, den **KiTa**s.

Die **Interims-Kita Binsengeweg in Warmbronn** kann, auch wenn jetzt erst in Betrieb genommen, nicht dauerhaft betrieben werden. Wohin mit einer dauerhaften Kita? Mit welcher Anzahl von Kindern? Hier ist noch gar nichts in konkreter Planung. Hängt vielleicht auch damit zusammen, was mit einer evtl. Bebauung „Hinter den Gärten“ passiert. Der Außenbereich kann nicht im beschleunigten Verfahren durchgeführt werden. Das hat das Verwaltungsgericht entschieden. Also sind entsprechende Gutachten, Anhörungen etc. erforderlich. Kann dann der angedachte Zeitplan für die geplante Bebauung überhaupt aufrecht erhalten werden? Davon abhängig ist dann wohl auch ein erforderlicher Kita-Bau.

Eine Kindertageseinrichtung ist auch in der **Berliner Straße** und im „**Unteren Schützenrain**“ vorgesehen. Nur, dass für die Berliner Str. eine Planungsrate von 80 TEUR hierfür eingestellt ist und beim Schützenrain findet man dazu NULL! Es gab aber mal einen mehrheitlichen Beschluss, dass man die beiden Gebiete gemeinsam entwickelt. Also **fordern wir auch eine Planungsrate für den Kita-Bau „Unterer Schützenrain“ in Höhe von 80 TEUR als VE** für die Umsetzung dann **im Jahr 2025**. Wobei uns im „Unteren Schützenrain“ noch ein paar Themen umtreiben, auch wenn wir uns als CDU-Fraktion dort immer für eine Bebauung stark gemacht haben.

Und damit wären wir bei der **Baustelle Wohnbau**:

Nach den geballten Fragen von Anwohnern in einer Einwohnerfragestunde und der zugesagten und dann durchgeführten Veranstaltung OHNE Verwaltungsspitze blieben immer noch viele Fragen offen, die eigentlich hätten abgearbeitet sein sollen. Uns beschäftigen diese offenen Punkte auch und daher stellen wir folgende Anträge:

- **Drucksache zu den eingereichten Hinweisen**, Kritikpunkten der **frühzeitigen Beteiligung**. Wir wissen, dass die Verwaltung dies nicht machen muss, aber es gehört eigentlich zum guten Ton, den Räten diese Einreichungen mit Stellungnahmen der Stadtverwaltung so aufzuarbeiten, dass wir alle den gleichen Wissensstand haben. Unter OB Schuler war solch ein Vorgehen selbstverständlich gewesen.
- **Überprüfung des Themas Abwasser**. Hier gibt es wohl aktuell provisorische Abwasserleitungen auf dem schon bestehenden Gelände. Ist dies mit berücksichtigt bei der Abwasserplanung des Gesamtareals?
- **Information über das Verkehrsgutachten von 2021**. Wie wurde dies berücksichtigt? Kannten das die Bewerber des Wettbewerbs? Ist daraus erkennbar, dass die Verkehrsführung so umsetzbar ist oder müsste hier nachjustiert werden?

Sie sehen Fragen über Fragen, die es aufzuarbeiten gilt. Wir stehen immer noch zur möglichen Bebauung, wenn die Fakten dies hergeben. Auch steht ja wohl noch das Thema **Privatfläche** zur Zeit genutzt als **Straßenfläche** im Raum. Auch hierzu fehlen dem Rat die notwendigen **Informationen**.

Und wie geht es weiter im **Postareal**? Außer dass es bei der IBA'27 sowie im Architektenblatt und anderen Fachzeitschriften beworben wird, fehlt immer noch der städtebauliche Vertrag. Man bewirbt etwas, das noch gar nicht unter Dach und Fach ist? Auch hier haben wir leider keine Drucksache zu den Einwänden / Anregungen der frühzeitigen Beteiligung erhalten.

Hoffen wir mal, dass wenigstens die **Berliner Str.** OHNE große Probleme weiterentwickelt wird. Denn Wohngebäude, so ist immer wieder zu lesen, sind in der Region Stuttgart

Haushaltsrede 2024 CDU-Fraktion

Elke Staubach

dringend erforderlich.

Reihenhäuser, Wohnungen könnten wohl auch in der **Lehmgrube** entstehen. Bereits bei Beschluss des FNP 2020 im Jahr 2006 war dieser Bereich für mittelfristig/langfristig ausgewiesen und beschlossen. Passiert ist hierzu bisher nichts, obwohl die Eigentümer des Gebietes bei der Verwaltung wohl schon mal vorstellig wurden. Wir **beantragen** daher, erste Schritte für eine evtl. Bebauung einzuleiten.

Und wo eigentlich hin mit den **Flüchtlingen** bei dieser Wohnungsknappheit? Wobei wir hier bei der nächsten **Baustelle** wären. Ja es tut sich ein wenig in der Eltinger Str.8, dem ehemaligen LKZ-Gebäude und dem Alten Arbeitsamt. Und auch im Ramtel hinter dem Atrio? Das VgV-Verfahren wurde in 2022 beschlossen. Und aktuell? Nix. Und in der Bahnhofstr. 70 waren mal Wohncontainer für ca. 1,4 Mill. EUR im HH 2023 eingestellt. Umsetzung? Nix. Aber die Pläne sind auf Facebook „LEONBERG“ einsehbar. Interessanterweise gab es bereits in 2022 in den Sommerferien eine Sondersitzung zum Thema Flüchtlinge. Da wurden viele Ideen entwickelt, ein Gemeinderat nahm das sogar federführend in die Hand, da die Verwaltungsspitze nicht zugegen war, und was kam dabei heraus? Schubladenarbeit. Manches könnte wohl längst umgesetzt sein, wenn man es denn angepackt hätte. Dann gäbe es jetzt vielleicht auch keine Diskussionen über eine Belegung im ehemaligen Seniorenheim in der Ostertagstr. oder der Umwidmung der Interims-Kita im August-Lämmle-Weg. Lauter so „**Baustellen**“!

Aber vielleicht liegt das ja auch daran, dass wir zu wenig **Personal** – und damit eine weitere **Baustelle** - haben. Es gibt über 100 offene Stellen lt.Rückfrage bei der Verwaltung. Trotzdem hat die Verwaltung einen Katalog an weiteren Stellen eingereicht, die sie neu besetzen möchte. Wir sagen: „erst einmal sollten die Stellen wieder mit Leben gefüllt werden, die im Moment gähnend leer sind.“ Außerdem die Stellen besetzt werden, die schon beschlossen sind sowie die erforderlichen Stellen bei der KiTa-Betreuung auf den Weg bringen. Und damit das alles zügiger und damit effektiver und reibungsloser vonstatten geht, **fordern wir eine Stelle in der Personalabteilung**, die sich nur um die Abläufe rund um das Thema Bewerbung kümmert. Personalgewinnung, Personal halten sind hier die Schlagwörter.

Und wir hätten gerne mal gewusst, was die **Firma ISPA Consult**, deren Projekt ja auf unsere Initiative zurückgeht, mittlerweile auf den Weg gebracht hat. Hier gehen wir von einem **Bericht im 1.Quartal 2024** aus. Vielleicht wird da auch auf eine **Geschäftsführerstelle bei den Stadtwerken** verwiesen, die wir als dringend notwendig erachten. Gerade im Hinblick zu den Themen Kommunale Wärmeplanung, wo soll die Reise für die Stadtwerke, BHKW's, den ÖPNV etc. hingehen? Was bewirken Querverbände?

Und abschließend zum Thema Personal: Dienlich ist mit Sicherheit auch nicht, dass die Verwaltungsspitze aktuell nur aus 2 Personen besteht. Auf 6 Schultern könnte die Arbeit einfacher verteilt werden, wenn man denn auch bereit ist, zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen.

Eine weitere **Baustelle** ist für uns der Erhalt nicht nur kurzfristig sondern langfristig des **Leonberger Krankenhauses**. Wir begrüßen daher, dass die **Geriatric** in Leonberg ein festes Standbein für den Klinikverbund werden soll. Werden wir doch alle älter, was aber dann meist damit einhergeht, dass die gesundheitlichen Probleme zunehmen. Die **Gynäkologie** gehört für uns - ohne Wenn und Aber - zur Grundversorgung und damit weiterhin zwingend an den Standort Leonberg. Zertifizierungen im Bereich

Haushaltsrede 2024 CDU-Fraktion

Elke Staubach

babyfreundliches Krankenhaus, Beckenbodenzentrum sowie der hebammengeführte Kreißsaal sind Aushängeschilder und in dieser Kombination nur 4x in ganz Deutschland zu finden. Der CDU-Stadtverband mit Oliver Zander hatte hier eine Bezuschussung ausschließlich dieser Abteilung durch die Stadt Leonberg ins Spiel gebracht. Dazu stehen wir auch als CDU-Fraktion. Wir fordern hier einen **jährlichen Zuschuss von 200 TEUR ab dem Zeitpunkt der geplanten Schließung** am jetzigen Standort, um die Verlegung der Gynäkologie nach Böblingen abzuwenden. Und wir fragen uns schon, ob bei dem vom SPD-Kreisrat Dr.Wöhler genannten Defizit, wo immer er diesen Betrag auch her hat, berücksichtigt wurde, dass die Hebammen ab 2025 finanziell komplett von der Pflegekasse übernommen werden. Was bleibt dann an angeblichem Defizit noch übrig? Und wir fragen uns auch, warum der OB hier vor Ort nicht für den Erhalt wichtiger Abteilungen so kämpft wie das in Herrenberg intensiv gemeinsam von Gemeinderat und OB angepackt wird. Diese **Baustelle** scheint wohl nicht so im Blickfeld zu sein. Ob das die Leonberger Bevölkerung auch so sieht?

Wir begrüßen, dass nun endlich die **Baustelle Stadthalle** angepackt werden soll. Seit 2019 schiebt die Verwaltung einen Wasserschaden vor sich her. Die Toiletten und die Künstlergarderoben sind weitere Punkte. Nun sind wir mal gespannt, ob im Sommer 2024 die Handwerker das Gebäude „stürmen“. Gelder hierfür sind seit vielen Jahren immer wieder gefordert und eingestellt worden.

All das muss auch finanziell gestemmt werden. Hoffen wir, dass trotz Rezession, steigender Zinsen, geringerer Aufträge bei der Baubranche die kalkulierten Gewerbesteuererinnahmen von 33 Mill. EUR in 2024 fließen. Wir wollen nämlich – wie die Verwaltung – keine Erhöhung der Gewerbe- oder Grundsteuer. Dies wäre unserer Meinung nach mehr als kontraproduktiv. Sind doch einige Branchen aktuell schon von der Rezession betroffen.

Das waren unsere größeren **Baustellen**. Manches wäre wohl einfacher, wenn wirklich das umgesetzt werden würde, was Herr Cohn im Sommerinterview 2023 gesagt hat: „man muss erkennen, dass wir konstruktiv zusammenarbeiten müssen. Nur so können wir etwas für die Stadt bewegen.“

Weitere Baustellen / Punkte finden Sie auf unserer separaten Antragsliste.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsplanentwurfs 2024, allen voran Frau Gräter sowie allen anderen, die im Vorder- und Hintergrund mitgewirkt haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(HH-Rede und Antragsliste unter www.cdu-fraktion-leonberg.de/Politik/Haushaltsreden)

Anträge Haushalt 2024

Stand 07.11.2023

Bereits in HH-Rede genannte Anträge:

Antrags nr.	Thema	Betrag	Seite	Erläuterungen
1	Mehrzweckhalle Bildungscampus Ezach	? TEUR	389	Die Schülerzahlen steigen; die Sophie-Scholl-Schule wird zur Ganztagesesschule; eine Nutzung der Turnhalle Mörikeschule wird auf Dauer nicht umsetzbar sein
2	Pausenhofgestaltung GHR/Schellingschule	250 TEUR VE in 2024 für 2025	403	Schülerzahlen steigen, Pläne liegen vor, nur Planungsrate hilft nicht weiter. Umsetzung kurzfristig erforderlich
3	KiTa Unterer Schützenrain	80 TEUR VE in 2024 für 2025	588 neu	Keinerlei Mittel eingestellt trotz geplanter Bebauung mit KiTa
4	Bebauung Unterer Schützenrain	-----		Diverse offene Punkte wie Verkehrsgutachten, frühzeitige Beteiligung, Abwasser, Privatflächen
5	Evtl. Bebauung Lehmgrube	-----		Einfaches Gebiet, das evtl. schnell als Baugebiet erschlossen werden könnte
6	1 Stelle Personalabteilung	? TEUR	23/42	Eine Person, die sich nur um die Bewerbungen und deren schneller Bearbeitung kümmert
7	Bericht Fa. ISPA Consult	-----	23/ 126	Was wurde in Bezug auf Personal gewinnen, halten etc. erreicht? Was ist noch geplant?
8	Geschäftsführer Stadtwerke	? TEUR	939	Stadtwerke für die Zukunft aufstellen
9	Zuschuss KKH Leonberg Gynäkologie	200 TEUR		Zuschuss ab dem Zeitpunkt der geplanten Schließung; vorab Offenlegung von Zahlen
	Weitere Anträge:			
10	Rücknahme Reduzierung lfd. Schulbudget	60 TEUR	169	Schülerzahlen steigen, Material wird teurer
11	Unterhaltung Feldwege	35 EUR	254	Verkehrssicherheitspflicht; Hinweise bei Felderrundfahrt
12	PKW-Anhänger Forst	20 TEUR	774	Abgewirtschaftet durch Einsatz im Wald, Bj. 2001
13	Prüfung Erhöhung Hundesteuer	? TEUR	38	Vergleichszahlen aus Nachbarkommunen einholen
14	Zuschuss Hospiz	10 TEUR		Aufstockung Gebäude; hoher ehrenamtl. Einsatz für schwierige Aufgabe
15	Bürgerplatz	? TEUR		Umbenennen in Dr.-Ortlieb-Platz
16	Prüfung Ergänzung Ortsschilder	? TEUR		Ergänzung: Stadt der Leonberger Hunde
17	Skulpturen im öffentlichen Raum	? TEUR		Beschriften, damit erkennbar ist Künstler, Titel
18	Bushaltestelle Waldfriedhof	? TEUR		Überdachung erneuern, da Graffiti und unschön insgesamt
19	VHS, laufendes Budget	2 TEUR	194	Reduzierung zurücknehmen, damit Anmeldeprogramm umgesetzt werden kann

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Kommunalpolitische Erklärung der SPD-Fraktion am 07.11.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,

sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bildung und Gesundheit – das sind aus meiner Sicht elementarste Aufgaben des Staates für seine Mitbürger. In manchen Ländern (wie etwa in Skandinavien) genießen sie höchste Priorität, in manchen Ländern, denen wir gerne auch erklären, wie Menschenrechte richtig anzuwenden sind, da sind Bildung und Gesundheit sogar kostenlos für die Staatsbürger zu haben. Soweit will ich gar nicht gehen. Nur bei uns in Deutschland sind beide Systeme gnadenlos unterfinanziert.

Sie werden jetzt zu Recht sagen, Bildung ist Aufgabe des Landes. Richtig – und wie das Schulsystem in Baden-Württemberg abgewirtschaftet wird, das ist verheerend (darauf möchte ich jetzt auch nicht weiter eingehen).

Gesundheit ist Aufgabe von Bund und Ländern, das Krankenhauswesen ist auch Aufgabe der Landkreise – nicht jedoch Aufgabe der Kommunen. Daher finde ich das auch falsch, einen jährlichen städtischen Zuschuss für das **KKH Leonberg** in Erwägung zu ziehen. Das ist ein Fass ohne Boden! Tiefer möchte ich in meiner heutigen Erklärung jetzt jedoch nicht auf die aktuelle Krankenhaus Diskussion eingehen.

Falls wir aber bereit sind, trotzdem Geld in die Hand zu nehmen, um jungen Familien nachhaltig zu helfen, dann sollten wir uns (gemeinsam mit dem Landkreis) aufmachen, um im KKH Leonberg selbst oder in dessen unmittelbarem Umfeld ein **kinderärztliches medizinisches Versorgungszentrum** zu etablieren und dafür auch eine Anschubfinanzierung zu leisten.

Das würde jungen Familien über viele Jahre hinweg die Sorge nehmen, mit kranken Kindern stressige und kilometerweite Fahrten zu unternehmen oder überhaupt einen Kinderarzt zu finden, der bereit ist, die unerlässlichen „U-Untersuchungen“ noch durchzuführen. Wir können uns gut vorstellen, dass es im Rathaus eine pfiffige Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter gibt, der temporär die Akquise von geeigneten Kinderärzten übernimmt. Natürlich könnte dieses MVZ perspektivisch auf weitere medizinische Fachrichtungen (Orthopädie, Kardiologie, ...) ausgeweitet werden, in denen bei uns niedergelassene Ärzte fehlen.

Die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe der Stadt müssen angesichts ihrer Bedeutung künftig wieder gemeinsam mit dem Kernhaushalt eingebracht werden. Besonders die **Stadtwerke (SWL)** bereiten uns große Sorgen – und dies übrigens nicht erst seit ein paar Monaten. Sie verantworten – finanziell und strukturell - essentielle Bereiche für die Stadt, u.a. die

Wasserversorgung, den ÖPNV, die Parkhäuser und sie müssten sich eigentlich viel stärker um Zukunftsthemen, wie das Wärmenetz kümmern.

Nicht nur der Umfang ist inhaltlich mit dem vorhandenen Personal nicht zu stemmen, vielmehr wurden auch Bereiche in die SWL hineingedrückt, die finanziell dort nicht kompensiert werden können. Zuletzt die Bäder. Unsere Priorität war hierbei weniger steuerlich motiviert, sondern wir wollten klare Hierarchien und Verantwortlichkeiten schaffen. Auch dies ist bislang aus verschiedenen Gründen nicht gelungen.

Eine Analyse der SWL hat kürzlich den Handlungsbedarf mehr als deutlich gemacht. Wir benötigen dringend – neben den schon von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellenbesetzungen und unabhängig davon, ob und wann ein Erster BM (oder Erste BM'in) wieder im Amt ist, einen Branchenkenner (oder eine -kennerin) als kfm. Geschäftsführer(in), um die erkannten Defizite rasch aufzuarbeiten und die SWL zukunftsfähig aufzustellen.

Teil dieser SWL sind wie erwähnt zwischenzeitlich auch **unsere Bäder**, die uns bekanntlich sehr am Herzen liegen. Sie bieten Lebensqualität, sportliche Betätigung und ermöglichen Schwimmen zu lernen. Hohe finanzielle Defizite (für 2024 lt. vorliegendem vorläufigem Plan: über 3 Mio.€ - gegenüber 2022 eine Steigerung um satte 750T€) und hoher Energieverbrauch sind offensichtlich. Wir haben schon vergangenes Jahr eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie zusätzlich Energie gespart werden könnte, die auf wenig Gegenliebe gestoßen sind.

Daher bringen wir nun heute Ideen ein, wie im Umfeld der beiden Bäder zusätzliche nachhaltige Energie zum Eigenverbrauch produziert werden könnte, um damit das wirtschaftliche Ergebnis zu verbessern. Auch wenn die Dachausrichtung des Hallenbades auf den ersten Blick nicht ganz optimal sein mag, schlagen wir vor, dort eine Photovoltaikanlage (ggf. auch Solarthermie) zu installieren, Ebenso könnten Teile der Parkflächen beim Leobad überdacht und in ähnlicher Form genutzt werden.

Ein weiterer Eigenbetrieb der Stadt, von dem wir vergangenes Jahr noch hofften, er wäre vom Management her in guten Händen, das ist **die Stadthalle**. Dass Sanierungsbedarf grundsätzlich vorhanden ist, das war bekannt. Erkenntnisse darüber, welches Ausmaß der zwischenzeitlich erlangt hat, verdanken wir Herrn Streib, der diesen in mühsamer Kleinarbeit offengelegt hat.

Was nun umgehend folgen muss, das ist die bauliche und inhaltliche Neuaufstellung der Stadthalle. Ohne eine zeitnahe Wiederbesetzung der Geschäftsführungsposition wird dies nicht gelingen. Wir bekennen uns zur Stadthalle als kulturellem Fixpunkt in der Stadt, alles andere, ob alte Schuhfabrik oder neue Kulturfabrik ist finanziell schlicht nicht leistbar.

Das Herumgeeiere um **die Alte Schuhfabrik** sollten wir beenden und das Areal der Wohnbebauung zuführen. Ein idealer Ort für die Innenentwicklung. Die Veräußerung reduziert zudem vermutlich unverhältnismäßig hohe laufende (Energie-) Kosten und erleichtert die künftige Straßenführung an einer ganz neuralgischen Stelle.

Liebe Zuhörer, ich komme nun zu zwei Themen, die alle Jahre wieder Teil meiner Haushaltsrede sind. Das erste ist **die Stadtsauberkeit**. Gut – es hat jetzt einmal eine stadtweite Putzaktion stattgefunden, die diesen Namen auch verdient. Gleichwohl ist da noch viel Luft nach oben. Auch was begleitende Maßnahmen betrifft. Hierzu haben wir in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Anregungen geliefert, ich möchte Sie damit heute nicht weiter behelligen.

Was sich in keiner Weise gebessert hat, sind die wilden (Haus-) Müllablagerungen an Containerstandorten, an hinlänglich bekannten neuralgischen, weil schlecht einsehbaren, Örtlichkeiten. Auch wenn formal der Abfallwirtschaftsbetrieb des Kreises zuständig sein mag, so betrifft das doch vor allem unsere Stadt. Dabei handelt es sich aus unserer Sicht zwischenzeitlich nicht mehr nur um Ordnungswidrigkeiten, sondern in Einzelfällen durchaus um Straftaten (nämlich dann, wenn gestohlenen Material entsorgt wird). Unseres Erachtens würde das – endlich – auch den Einsatz von Überwachungskameras rechtfertigen.

Das andere Dauerthema im Zuge der Haushaltsreden, das sind die von der Verwaltung regelmäßig gewünschten **Personalmehrungen**. Diesmal geht es in der Summe um zusätzliche ungefähr 16 Stellen in der Kernverwaltung (mit einem Volumen von deutlich über 1 Mio.€ p.a.) und 4 bei den Stadtwerken. Gleichzeitig gibt es in der Verwaltung eine ganze Reihe derzeit nicht besetzter Stellen.

Hierzu habe ich schon Ende September einige Fragen gestellt (nur um Beispiele zu nennen: Kann die Personalabteilung diese Vielzahl von Stellenausschreibungen kapazitätsmäßig bewältigen? Ist ausreichend Platz vorhanden, um den neuen MitarbeiterInnen ein konstruktives Arbeitsumfeld zu schaffen?). Die sehr ausführlichen Antworten hierauf haben wir nun gestern, 26 Stunden vor der heutigen Sitzung, erhalten. Daher werde ich heute nicht tiefer darauf eingehen.

Gleichwohl ist die Rückendeckung des Gemeinderates, genehmigte, aber derzeit nicht besetzte, Stellen schnellstmöglich wieder zu besetzen, ja unstrittig.

Klar ist aus Sicht der SPD – Fraktion auch, dass es zusätzlicher Arbeitskräfte bedarf, um die Folgen dieser verkorksten Grundsteuer Reform der Landesregierung „auszubaden“ oder dass angesichts der stetigen Zunahme an städtischen Immobilien auch mehr Arbeit im Gebäudemanagement anfallen wird. So offensichtlich ist der zusätzliche Personalbedarf jedoch nicht überall. Daher auch die Nachfragen an die Verwaltung...

Brisant ist die Lage sicherlich im **Bürgeramt** (übrigens nicht nur in Leonberg). Handlungsbedarf ist offensichtlich, schlussendlich sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort die Visitenkarte der Stadt ihrer Bürgerschaft gegenüber. Termine zu erhalten ist nicht einfach. Kein Wunder angesichts einer hohen Fluktuation (mit der Konsequenz regelmäßig Neue einarbeiten zu müssen) und derzeit zweier nicht besetzter Stellen. Nur – lässt sich das Dilemma auflösen, wenn wir zwei zusätzliche Stellen genehmigen (dann haben wir 4, die nicht besetzt sind)?

M. E. wäre es zielführend, zu analysieren, worin die hohe Fluktuation begründet ist: mangelhafte technische Ausstattung, nicht zeitgemäßes Arbeitsumfeld im historischen Rathaus oder auch nicht angemessene Bezahlung (Stichwort auch: „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“)? Wir wären jedenfalls durchaus bereit, die große Bedeutung des Bürgeramtes auch monetär zu unterstreichen.

Meine Damen und Herren, wir müssen derzeit mit enormen **Herausforderungen** umgehen, die wir uns noch vor wenigen Jahren kaum vorstellen konnten, wie die beiden Brennpunkte in der Ukraine und im Nahen Osten. Da sind aber immer noch die Corona-Nachwirkungen, die Gastronomie und Einzelhandel ganz besonders treffen. Wie in einem Brennglas erleben wir dies gerade im Leo Center, dem langjährigen Zentrum unserer Stadt.

Befeuert wird dies durch immer mehr, anstatt weniger Bürokratie, erheblichen Fachkräftemangel und von einer immer noch zu hohen Inflation, die beispielsweise unser großes Anliegen, bezahlbaren Erwerb von Wohneigentum für junge Familien in Leonberg zu ermöglichen, zertrümmert hat. Allerdings haben hier auch die Entscheidungsprozesse und das schlichte Erkennen der Problematik an sich in Verwaltung und Gemeinderat viel zu lange gedauert.

Die weiter zunehmenden Flüchtlingszahlen stellen Leonberg, wie fast alle anderen Kommunen in Deutschland auch, vor nicht mehr lösbare Probleme, von noch gelingender Integration ganz zu schweigen.

Umso wichtiger wäre es jetzt, Leonberg für die Zukunft strategisch auszurichten. Aus vielerlei Gründen müssen wir sukzessive und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten den Stadtumbau vorantreiben. Aber wir waren uns doch einig, dass neben der Priorisierung großer Investitionsvorhaben ein **gesamtstädtisches Leitbild** zu entwickeln ist. Im Sitzungsplan für nächstes Jahr finde ich aber weder einen Termin für eine dafür notwendige Klausurtagung, ja nicht einmal für die Entwicklung eines neuen, längst überfälligen Flächennutzungsplans.

Angesichts der begrenzten personellen Kapazitäten der Verwaltung haben wir uns heute auf wenige für uns wichtige Fraktionsanträge beschränkt. Einen **Antrag** haben wir allerdings noch. Der geht aber **an die Regierungspräsidentin**: Bitte nehmen Sie nun zeitnah Ihre Verantwortung wahr und treffen Sie endlich eine Entscheidung, damit wir wissen, woran wir mit der Position eines Finanz- und Sozialbürgermeisters sind. Eine sorgfältige Prüfung etwaiger Vorwürfe ist selbstverständlich, aber dieses monatelange „auf Zeit spielen“ und das Verstecken hinter personalrechtlichen und anderen Vorschriften schadet der Stadt insgesamt erheblich, vor allem aber verhindert es effiziente Prozesse innerhalb der Verwaltung und strategische Zukunftsthemen bleiben liegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt abschließend sehr viel Redezeit dafür verwandt, über allgemeinere Herausforderungen zu sprechen. Ich wünsche mir angesichts

dieser diffizilen Gemengelage, dass wir hier im Gremium, trotz anstehender Kommunalwahlen, weiter an einem Strang zum Wohle unserer Stadt ziehen.

Abschließend möchte ich mich auch im Namen meiner Fraktion bei allen bedanken, die an der Aufstellung dieses Halthalts mitgewirkt haben, insbesondere bei Frau Graeter, die uns ja bedauerlicherweise verlassen wird. Darüber hinaus bedanke ich mich bei allen Anwesenden für das geduldige Zuhören.

Ottmar Pfitzenmaier

Für die SPD – Fraktion im Gemeinderat

Anträge der SPD – Fraktion zum Haushalt 2023

Hinweis: die mit * gekennzeichneten Anträge erachten wir als haushaltsrelevant.

Gesundheitsversorgung:

- Etablierung eines kinderärztlichen medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in enger Zusammenarbeit/Arbeitsteilung mit dem Landkreis am oder im Umfeld des KKH Leonberg. Die Stadt gewährt eine Impulsfinanzierung für die Bereitstellung der baulichen und logistischen Infrastruktur und übernimmt die Akquisition von interessierten Kinderärzten/innen. Hierfür soll ein Betrag von 50T€ in den Haushalt eingestellt werden. In weiteren Schritten ist die Ausweitung auf zusätzliche medizinische Fachrichtungen denkbar, in denen es zu wenige niedergelassene Ärzte/innen in Leonberg gibt. *

Stadtwerke (SWL):

- Umgehende Aufarbeitung vorhandener organisatorischer und inhaltlicher Defizite der SWL. In diesem Zuge Schaffung und Ausschreibung der Position eines (kaufmännischen) Geschäftsführers mit Branchenerfahrung. Hierfür Einstellung vom 100T€ in den Haushalt. *

Bäder:

- Prüfung (gemeinsam mit LeoEnergie), ob eine Photovoltaik-/Solaranlage auf dem Dach des Hallenbades wirtschaftlich sinnvoll genutzt werden kann. Falls dies zutrifft: zeitnahe Umsetzung. Einstellung von 100T€ in den Haushalt. *
- Nach Optimierung der Parkflächen soll geprüft werden, ob eine teilweise Überdachung des Leobad-Parkplatzes zum Betrieb einer Photovoltaik-/Solaranlage sinnvoll für das Leobad genutzt werden kann. Für die Untersuchung ist eine erste Rate von 25T€ in den Haushalt einzustellen. *

Parkplatz Berliner Straße:

- Der Parkplatz ist bisher nicht Teil einer gesamtstädtischen Konzeption. Wir beantragen, auch diesen Parkplatz zu bewirtschaften (Parkscheinautomat). Dabei ist sicherzustellen, dass dieser (entsprechend der Beschilderung) in den Sommermonaten als Ausweichparkplatz für das Leobad bereitsteht (beginnend mit der Sommersaison 2024). Hierfür ist ein Betrag von 30T€ in den Haushalt einzustellen, der sich im Laufe der Jahre durch eingenommene Parkgebühren (annähernd) refinanzieren sollte. *

Stadthalle:

- Bauliche und inhaltliche Neuausrichtung der Stadthalle. In diesem Zuge soll schnellstmöglich ein kompetenter Geschäftsführer eingestellt werden. Die Position ist im Wirtschaftsplan der Stadthalle bereits vorgesehen, aber derzeit vakant.

Alte Schuhfabrik:

- Kulturelles Zentrum ist und bleibt für uns die Stadthalle. Mehrheitlich hat der Gemeinderat jüngst ebenfalls entschieden, das Theater im Spitalhof weiter zu betreiben. Damit scheiden aus unserer Sicht schon aus finanziellen Erwägungen jegliche weiteren städtischen Investitionen in die Alte Schuhfabrik aus. Auch um die unverhältnismäßig hohen laufenden Kosten einzusparen, soll das Objekt schnellstmöglich veräußert und dem Wohnungsbau zugeführt werden. Ein entsprechender Verkaufserlös kann in den Haushalt eingestellt werden. *

Stadtsauberkeit:

- Die Vermüllung an mehreren neuralgischen Orten (Container Steinstraße, Bruckenbachstraße, Parkplatz am Wirtschaftsweg vom Gewerbegebiet Hertich zum Längenbühl) in der Stadt ist ein ständiges Ärgernis. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei teilweise nicht nur um Ordnungswidrigkeiten, sondern auch um Straftaten („Überreste“ aus Diebstählen). Insofern müsste eine Kameraüberwachung zulässig sein. Hierfür sind 20T€ in den Haushalt einzustellen. *
- Der Freizeitpark auf der Alten Autobahntrasse nimmt Gestalt an. U. a. gibt es eine Vielzahl von Bänken, aber deutlich zu wenige Mülleimer, insbesondere im Bereich oberhalb der Breslauer Straße. Hierfür sollen 10T€ in den Haushalt eingestellt werden. *

Bürgeramt:

- Prüfung, ob und mit welchen Maßnahmen die Arbeitsbedingungen (räumlich, technisch, finanziell) im Bürgeramt der Stadt (auch die Kooperation mit den Ortsverwaltungen) so verbessert werden können, dass die Fluktuation nennenswert reduziert wird und die offenen Stellen schnellstmöglich und nachhaltig besetzt werden. Ein dafür ggf. notwendiger Betrag soll in den Haushalt eingestellt werden. *

Trimm Pfad Leonberg:

- Analog zu der Maßnahme in Höfingen soll – wie von der Verwaltung bereits 2022 zugesagt - nun auch der Trimm Pfad am Waldfriedhof vornehmlich als Laufstecke wieder instandgesetzt, ausgeschildert und in der Folge auch gepflegt werden. In den Haushalt müssen hierfür Mittel in Höhe von 25T€ (sowie ein angemessener Betrag für die jährliche Unterhaltung) eingestellt werden. *

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine Damen und Herren,

Hurra, der Haushalt ist genehmigungsfähig, die Einnahmen sind auf Rekordniveau und die Schulden sind gesunken. Also alles gut? **Mitnichten**. Das auf den ersten Blick so positive Ergebnis konnte nur erzielt werden, weil Investitionen verschoben wurden und viele Stellen nicht besetzt sind, so dass weniger Personalausgaben anfielen und damit Rücklagen gebildet werden konnten. Auf diese Rücklagen kann man nunmehr zurückgreifen und dem Haushalt zuführen. Das gelingt für den Haushalt 2024, aber nicht mehr in der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Zukunft müssen neue Wege gefunden werden. Allerdings haben uns bei der Präsentation des Haushaltes die Vorstellungen der Verwaltungsspitze zu den Zielen einer weiteren Entwicklung unserer Stadt gefehlt.

Die weltpolitische Lage mit Kriegen in der Ukraine und in Nahost, mit nicht reglementierten Flüchtlingsströmen und mit zunehmendem Misstrauen in die Demokratie wird einigermaßen zuverlässige Prognosen erschweren. Wir benötigen mehr Flexibilität und Reserven. Die Frage lautet: sind dazu Ansätze im Haushalt zu finden?

Zuerst ein Blick auf den **Ergebnishaushalt**.

Über viele Jahre wurde ein positives Ergebnis erzielt. Ab 2023 und in den Folgejahren ergibt sich ein negatives Ergebnis. Für 2024 kann ein positives Gesamtergebnis nur durch Entnahme von fast 5 Mio. aus der Rücklage erreicht werden, obwohl die Erträge um über 14 Mio. ansteigen, vor allem durch bessere Steuereinnahmen. Die Aufwendungen übersteigen jedoch die Erträge, so dass außerordentliche Erträge für den Haushaltsausgleich notwendig sind. Besonders bedenklich ist, dass die für 2024 angesetzten Aufwendungen um 22 % höher ausfallen als das Rechnungsergebnis 2022. Vor allem ins Gewicht fallen dabei die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit einer Zunahme um fast 45 % sowie einer Verdoppelung der sonstigen Aufwendungen. An diesen Punkten müssen Überprüfungen ansetzen.

Zum Teilhaushalt Verwaltung

Im Teilhaushalt der Inneren Verwaltung sind hohe Ausgaben für die Modernisierung der IT vorgesehen. Dazu stehen wir, weil die Digitalisierung viele Vorteile bringt, aber diese Vorteile müssen auch realisiert werden. Hardwarebeschaffung allein ist nicht zielführend, es müssen damit konkrete Maßnahmen und Projekte angegangen werden.

Anforderungsmanagement, Projektplanung und Umsetzung müssen Hand in Hand mit den Investitionen gehen, weshalb wir auch einer Ausweitung der IT im Stellenplan zustimmen. Mehr und bessere Digitalisierung wird helfen, die Arbeitsbelastung der Ämter und Fachabteilungen zu reduzieren und die Effizienz der Geschäftsprozesse zu steigern. Dies wird mittelfristig zu einer Verschlinkung des Stellenplans und damit zur Kostensenkung beim Personal führen.

Wo allerdings Defizite bei weichen Faktoren wie Projektmanagement, Schulung, Software-Knowhow und ähnlichem vorhanden sind, könnte die Stadt einen Beirat von sachkundigen Bürgern einrichten, der hierbei unterstützt. Es gibt sicher zahlreiche Experten in unserer Stadt, die da helfen könnten. Die FDP will daher die Schaffung eines "digitalen Beirats" anregen.

Zum Bereich Bildung und Betreuung

Die prognostizierte Entwicklung der Schülerzahlen und der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen ab dem Jahr 2026 stellen uns vor große Herausforderungen, sowohl bei den Raumkapazitäten als auch beim Betreuungspersonal. Wir benötigen ein Konzept, wie die Betreuung der Schüler am Nachmittag sichergestellt werden kann. Gute Ansätze sind zu erkennen, aber allein auf ehrenamtlicher Basis ist diese Aufgabe nicht zu stemmen.

Mit Sorge blicken wir nach Warmbronn. Planungsfehler bzw. eine unzureichende Kommunikation mit den beteiligten Akteuren haben zu einem nicht hinnehmbaren Zustand rund um die Warmbronner Schule geführt. Mittlerweile liegen Lösungsvorschläge vor und wir hoffen, dass eine einigermaßen absehbare Verwirklichung möglich wird.

Im „Bildungscampus Ezach“ sehen wir eine große Chance und erwarten eine zeitnahe Realisierung sowie eine ansehbare Planung einer Sporthalle.

Neben den Grundschulen muss aber auch ein Blick auf die weiterführenden Schulen gerichtet werden. Auch hier werden immer wieder Ideen genannt, ausgereift sind diese aber noch lange nicht und die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass der Teufel oft im Detail steckt. Wir fordern die Verwaltung daher auf, endlich in die Planung des Ausbaus der weiterführenden Schulen einzusteigen.

Deutlich wird diese scheinbare Untätigkeit am Beispiel des Schulhofs von Schellingschule und Gerhart-Hauptmann-Realschule. Dieser muss dringend den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden und entsprechende Mittel sind dafür zu veranschlagen.

Zudem möchten wir anregen, der Bitte der Schulleiter zu folgen und das Schulleiterbudget den Entwicklungen der Schülerzahlen und der allgemeinen Preissteigerungen entsprechend anzupassen.

Zur Jugend

Wir freuen uns, dass der Jugendplatz dieses Jahr nach langer Planung fertiggestellt und eingeweiht werden konnte. Dies ist ein weiteres schönes Beispiel für die erfolgreiche Arbeit unseres Jugendausschusses. Zu lange wird nun aber schon nach einem neuen Standort für den Skaterplatz gesucht, der der Bebauung an der Berliner Straße weichen muss. Nachdem die Planung der Bebauung konkreter wird, ist bezüglich des Skaterplatzes noch vieles unklar. Hier fordern wir zeitnah einen Fortschritt hinsichtlich des Standortes, um in die konkrete Planung einsteigen zu können.

Zum Bereich Kultur

Die Stadthalle ist in die Jahre gekommen. Um den Betrieb sicherzustellen, sind Instandhaltungen dringend erforderlich, ein Neubau oder auch nur eine Komplettsanierung sind derzeit leider finanziell nicht leistbar, langfristig aber zu überlegen. Es ist gut, dass eine Betriebserlaubnis bis 2026 vorliegt, die Ergebnisse des derzeit erstellten Brandschutzkonzepts müssen aber zeitnah in die Sanierungspläne für 2024 einfließen. Wir erwarten, dass die Verwaltung dem Gemeinderat alsbald Vorschläge hierzu unterbreitet, auch, um das im Haushaltsplan 2024 angemessen berücksichtigen zu können.

Das Theater in der Spitalschule zu erhalten ist richtig, eine Sanierung der Alten Schuhfabrik hingegen können wir uns zurzeit nicht leisten.

Das schwierige Thema Flüchtlinge und Zuwanderung

Menschen in allergrößter Not zu helfen, ist selbstverständlich. Wirtschaftliche Nachteile sind global verbreitet, sie zu lindern sind eine große Aufgabe der Staatengemeinschaft. Sie durch Migration zu überwinden, ist keine Lösung und kann daher kein Asylgrund sein.

Mittlerweile sind die Grenzen der Belastbarkeit in Stadt und Landkreis sowie bei den Bürgern überschritten. Ein weiter so, birgt erheblichen politischen und sozialen Sprengstoff. Dringend appellieren wir an Bundesregierung, Maßnahmen zur Eindämmung der Flüchtlingsströme und zur besseren Verteilung in Europa auch durch Harmonisierung der Hilfeleistungen einzuleiten. Die Beschlüsse der Bund-Länder-Verhandlungen am Montag zum Thema Flüchtlinge sind nicht der große Brüller. Sie werden die Probleme vielleicht lindern, aber nicht lösen.

Die Diskussionen in den vergangenen Wochen haben deutlich gemacht, dass bezüglich der Unterbringungen von Geflüchteten in Leonberg gegenüber der Bürgerschaft mehr kommuniziert werden muss. Die Verwaltung hat viele mögliche Standorte untersucht und auch schon einige Vorhaben zur Unterbringung auf den Weg gebracht. Hier möchten wir die Verwaltung bitten, offen zu kommunizieren, welche Maßnahmen schon ergriffen wurden und welche noch geplant sind. Dabei ist nicht nur die vorläufige Unterbringung, für die der Landkreis zuständig ist, sondern auch die Anschlussunterbringung zu bedenken, die in der Zuständigkeit der Stadt liegt.

Der aktuell vorliegende Vorschlag, das frühere Amber Hotel statt des Seniorenheims dem Landkreis für die vorläufige Unterbringung zu nutzen, findet unsere Zustimmung und ist eher realisierbar als ein temporärer Umbau des alten Postgebäudes.

Das Zukunftsthema Stadt für Morgen

Was zeichnet eine Stadt in der Zukunft aus? Es sind viele Anforderungen: Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Mobilität, aber dies in einer Art und Weise, dass das Klima geschont, natürliche Ressourcen erhalten und sozialer Ausgleich erreicht werden.

Studien zeigen auf, dass dem **Wohnen**, vor allem dem bezahlbaren Wohnen, ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Dass diese Aussage vor allem von jungen Familien getroffen wird, überrascht nicht.

Es ist keine Frage, Wohnraum wird dringend gesucht und ausreichender Wohnraum ist ein wichtiger Standortfaktor, obwohl die Randbedingungen schwieriger geworden sind. Wir hoffen, dass die geplanten Wohnungen in der Neuen Stadtmitte, an der Berliner Straße und im Unteren Schützenrain bald entstehen und wir erwarten, dass die städtebaulichen Verträge zeitnah abgeschlossen werden, so dass die Bebauungspläne auf den Weg gebracht werden können.

Zudem ist die Neuaufstellung des FNP voranzubringen. Wir sind der Auffassung, dass Leonberg seine Stellung in der Region nur wahren kann, wenn es jungen Menschen die Möglichkeit bietet, Wohnraum zu mieten oder zu erwerben. Außer einer qualitätsvollen Innenentwicklung wird man an der Arrondierung der bestehenden Bebauung nicht vorbeikommen. Geeignete Gebiete können beispielsweise Pfad in Höfingen oder die Lehmgrube in Leonberg sein.

Energie einzusparen ist ein weiteres wichtiges Feld in der Stadt der Zukunft.

Der Energiebericht zeigt, dass bei den städtischen Gebäuden schon manches erreicht wurde und künftig weitere Maßnahmen geplant sind. So zum Beispiel bei der Schule in Höfingen. Aus Kostengründen muss man dabei aber in Stufen vorankommen.

Die Wärmeplanung wird hoffentlich aufzeigen, welche Möglichkeiten bestehen, den privaten Gebäudebestand klimaneutral und sozial verträglich zu sanieren. Gibt es die Chance auf ein Wärmenetz zumindest in Neubaugebieten? Welche regenerativen Wärmeerzeuger sind in unserer Stadt erfolgversprechend? Können wir die Fotovoltaik weiter ausbauen? Bieten wir Investoren Optionen für einen Ausbau der Windkraft? Mit diesen Fragen muss sich die Stadt der Zukunft auseinandersetzen.

Auch der **Verkehrssektor** muss einen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emission beisteuern.

Der Anteil der batterieelektrischen Fahrzeuge wird deutlich zunehmen. Ladestationen sind überwiegend privat, doch seitens der Stadt müssen wir öffentlich zugängliche Ladestationen fördern, indem wir Investoren geeignete Orte zur Verfügung stellen.

Angebote im ÖPNV sind als Ersatz für den Kfz-Verkehr anzubieten, dabei ist eine Bedarfsorientierung unumgänglich, um ökologische Vorteile auch auszuspielen.

Der verfügbare Straßenraum ist knapp, dennoch gibt es Möglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer Flächen zur Verfügung zu stellen. Dies ist vor allem in der Eltinger Straße und der Brennerstraße erreichbar.

Ein Umbau des Neuköllner Platzes zu einer Fußgängerzone mit Sperrung für den Kfz-Verkehr stehen wir äußerst kritisch gegenüber, da zu befürchten ist, dass andere Straßen wie die Hindenburgstraße, die Römerstraße und die Poststraße deutlich mehr Verkehr aufnehmen müssen. Da würden wir den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

Bedauerlich finden wir, dass es nach Jahren der Planung immer noch nicht gelungen ist, an Kreisverkehren, in der Stuttgarter Straße und in Höfingen ein paar Zebrastreifen einzurichten.

Das Thema Gesundheit

Die Gesundheitsversorgung ist zwar keine städtische Aufgabe, dennoch kann die Stadt Leonberg Rahmenbedingungen schaffen, die den Standort des Krankenhauses stärken, so könnte das Areal um das Krankenhaus zu einem Gesundheitszentrum entwickelt werden. Damit wäre eine Chance geschaffen, dem dringenden Bedarf an Arztpraxen zu unterstützen, seien es Hausarzt- oder Facharztpraxen, wie zum Beispiel Kinderarztpraxen.

Die Grundsteuer und ihre Reform

2024 muss die Grundsteuer auf eine neue Basis gestellt werden. Selbst bei Einhaltung einer Aufkommensneutralität für die Stadtfinanzen wird es viele Verlierer geben, weil das Flächenmodell des Landes viel Ungerechtigkeit zur Folge hat. Um die Folgen für die Steuerzahler sichtbar zu machen, fordern wir die Verwaltung auf, den künftigen Grundsteuer-Hebesatz auf der Grundlage einer Aufkommensneutralität zu berechnen und zu veröffentlichen.

Auch sollte der Gutachterausschuss Augenmaß, Flexibilität und Pragmatismus an den Tag legen und extreme Belastungen durch geeignete Regeln oder auch Einzelfallentscheidungen verhindern.

Das Thema Personalstellen

Der Schaffung weiterer Personalstellen stehen wir äußerst zurückhaltend gegenüber. Es gibt durchaus Bereiche in denen ein Stellenaufwuchs zu begründen ist, wie beispielsweise bei der IT und dort wo Aufgaben deutlich zunehmen. Solange aber viele Stellen gar nicht besetzt sind und es sehr schwierig ist, vorhandene freie Stellen zu besetzen, wollen wir erst ein Konzept ob und inwieweit die anstehenden Arbeiten nicht auch effektiver zu bewältigen sind. Wir sehen hier Potentiale in verschiedenen Bereichen, sei es im Sozialen Dienst, bei Kultur und Sport oder in der Kämmerei. Die genaue Aufstellung ist in unserer Antragsliste hinterlegt.

Zum Abschluss nochmal zur Verwaltung bzw. zur Verwaltungsspitze

Die Situation an der Verwaltungsspitze ist unerträglich, für uns als Gemeinderat, vor allem aber für die Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt. Niemand hat dafür Verständnis. Leonberg ist zur Lachnummer geworden. Das Bild nach außen ist verheerend, die Schwäche des Regierungspräsidiums peinlich und das Schweigen der Beteiligten inakzeptabel. Wir fordern die Kontrahenten auf, diesem unseligen Treiben ein Ende zu setzen und sich endlich für das Wohl der Stadt einzusetzen.

Ausdrücklich bedanken wir uns bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, vor allem beim Kämmereiamt und insbesondere bei Frau Gräter für den Einsatz bei der Erstellung des Haushalts. Des Weiteren gilt unser Dank den Kollegen und Kolleginnen des Gremiums für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Die FDP-Fraktion

Anträge

Nicht erledigte Anträge aus dem letzten Jahr:

- Effizienzsteigerung von Geschäftsprozessen durch Digitalisierung
- Entwicklung eines Gesundheitscampus am Krankenhaus
- Projekt 1000 Zebrastreifen umsetzen
- Fußgängerüberwege an Kreisverkehren anlegen
- Radweg entlang der L1137 fertigstellen
- Radweg in Zuge der L1187 über Philadelphiahof prüfen
- Fortentwicklung baurechtlicher Vorschriften zur Schaffung innerörtlichen Wohnraums
- Geeignete Standorte für elektrische Ladesäulen identifizieren

Anträge Haushalt 2024:

- Schaffung eines "digitalen Beirats"
- Konzept für Schülerbetreuung an Ganztageschulen
- Planung des Ausbaus der weiterführenden Schulen
- Schulhof von Schellingschule und Gerhart-Hauptmann-Realschule sanieren
- Schulleiterbudget an gestiegene Schülerzahlen und Kostensteigerungen anpassen
- Standort für einen Skaterplatz suchen
- Sanierungspläne Stadthalle erarbeiten
- Wohngebiete im FNP ausweisen
- Planung eines Wärmenetzes **zumindest in Neubaugebieten**
- Windkraft und Fotovoltaik
- Berechnung des künftigen Grundsteuer-Hebesatz bei Aufkommensneutralität
- Maßnahmen zur Effizienzsteigerung in der Stadtbücherei, im Amt für Kultur und Sport sowie in der Kämmerei

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
 sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
 liebe Gemeinderäte und Zuhörer aus der Bürgerschaft,

lassen Sie mich zu Beginn der Kämmerei danken. **Insbesondere Frau Gräter**, die nun etliche Jahre Garant für ein belastbares Zahlenwerk war. Auch für glasklare Ansagen, was geht und was nicht. Wir werden Sie und Ihre **direkte Art der Kommunikation** vermissen! Und das ist auch das einleitende Thema dieser Rede: Kommunikation.

Vor genau 40 Jahren hat E.T. der Außerirdische sein Kommunikationsproblem gelöst.

Während E.T. damals schlicht nach Hause telefonieren wollte, sind die Kommunikationsprobleme heute komplexer. Seit fast 20 Jahren bin ich Gemeinderat und erlebe wie Kommunikation offenbar zu einem **immer größeren Problem** wird.

Dabei geht es hier nur um **lokal begrenzte Reichweiten**. Gemeinderat zu Verwaltungsspitze. Bevölkerung zu Stadt. Und natürlich andersrum. Nicht um Kommunikation zu weit entfernten Planeten.

Würden wir immer unaufgefordert mitteilen was wir wissen und für wichtig erachten, wäre das **eine sehr gute Basis** für das hier stets geforderte **entschlackte Handeln**.

Aber wir bleiben im Ungewissen. Müssen Informationen zu aktuellen Themen wie Berliner Straße, Schützenrain oder gar den Fortgang bei Sporthallenplanungen **wieder und wieder** einfordern, hören dann „ja, da gibt's schon was. Wir kommen demnächst mit einer Drucksache“. **„Demnächst“ bedeutet dabei**, dass man spontan nichts sagen möchte. Im Gegenzug lassen wir Gemeinderäte die Verwaltung im Ungewissen, wenn wir augenscheinlich nicht Genehmes hören. Wir **verdrehen** vielleicht **die Augen**, erzählen es dann aber **lieber der Presse**, statt den städtischen Protagonisten.

Externe Informationen erreichen uns schon gar nicht. Die Kreisverwaltung denkt über eine **kommunale Baugesellschaft** nach. Natürlich unter Einbeziehung der Kommunen. Die **Lokalpresse berichtet nicht**. Lediglich andernorts wird die Information verarbeitet. Von unserer Verwaltung ist sowieso nichts zu vernehmen.

Dann stockt **der Bus-Schülerverkehr**. **Rätselraten** an den Schulen, Nachfragen verpuffen in Waberwölkchen. Die Landkreisverwaltung bemüht sich, eine Lösung ist gefunden. Aber irgendwo **in Leonberg ist ein tiefes Loch** in dem auch diese Information verschwindet, ehe sie den Schulen zugetragen wird.

Zu allem Überfluss erleben wir in Sitzungen regelmäßig Geplänkel zwischen Verwaltungsspitze und einzelnen Räten. **Man zankt sich ums hoheitliche Schäufelchen**. Mehr Souveränität und Gelassenheit würden helfen, natürlich auch **bürgermeisterlicheres Sein der Bürgermeister**.

E.T. hat sein Kommunikationsproblem durch **Vertrauen und Freundschaft** gelöst. Diesen Weg blockieren wir hier nachhaltig.

Ja, der Albrecht. Erzählt hier wieder **lauter Zeug**, das nichts mit dem Zahlenwerk des Haushalts zu tun hat. Aber genau das hat es! Die vermeintlich guten Zahlen des Haushalts, mit viel geringerem als dereinst vermutetem Schuldenstand, haben ihre **Basis natürlich auch in mangelnder Kommunikation**. Es wird viel weniger fertig als die Stadt zur Erledigung ihrer Basisfunktionen benötigt.

Es ist schon **erfreulich, dass die Spitalschule** nun endlich auf dem Weg zur ab 2026 verpflichtenden Ganztagesgrundschule ist. Einen Schritt weiter ist die Sophie-Scholl-Schule. Aber auch hier sehen wir, dass die seit vielen Jahren angemahnte Mensa über fast so viele Jahre **nur als Option denn als Notwendigkeit** geplant wurde. Das gleiche Verhalten sehen wir jetzt zur dort dringend benötigten Sporthalle. Den abendfüllenden Ausflug zur GS Warmbronn mit absurden Stelzenlösungen, unentdeckten Waldabstandsvorschriften, doch nicht verlegten Tennishallen und unzähligen Ortschaftsratrunden erspare ich Ihnen. Dokumentiert wird das durch weitere 2cm Durchbiegung der Zwischendecke im Stadtarchiv. Die **mittelfristig weiter wachsenden Schülerzahlen** diktieren die Aufgaben. Nach der Aufstockung der KiTa-Kapazitäten folgen Grundschulen und schließlich die Weiterführenden, die ihre **Kapazitäten um gut 20% erweitern müssten**. Oder in Gebäuden ausgedrückt: wir haben 13 Schulen in der Stadt. Ein Raumäquivalent von **2,5 kompletten Schulgebäuden** müsste entstehen. Zudem drängt die Herausforderung der Ganztagesgrundschule mit Mensa und Betreuungsräumen. Derweil laufen die vorhandenen Gebäude über. Die Schellingschule weiß nicht wohin mit den Kindern in den Pausen. Die Mörikeschule wächst in den kommenden Jahren um rund 50%.

Anstatt diese Herausforderungen anzugehen, schließlich ist das seit Jahren abzusehen, ergehen wir uns in großen Plänen. Und verzetteln uns im **Kleinklein**. Der Schellingschule wäre mit drei Strichen auf dem Schulhof und etwas Spielgerät geholfen. Stattdessen wurden schon Fussballkäfige geplant oder die Einbeziehung der Gerhart-Hauptmann-Straße ins Projekt erdacht. Nebenbei kaufen wir eine **Kreissparkassenfiliale** in Gebersheim als Bücherei und brauchen dafür **kein Personal. Dann doch**. Wir glauben an die absurde Zufahrtsvariante zum Schützenrain. Waren offenbar nie vor Ort. Teilen dazu Bedenken, dass eine Zufahrt von einem **Kreisel an der Feuerbacher Straße** zu Durchgangs- und Schleichverkehr führen würde. Ignorieren die einfache Lösung, dass die Zufahrt natürlich in die Tiefgarage mündet, von oben und von unten, **nicht in einer Durchgangsmöglichkeit**. Für diese Lösung muss man nur das Ortschild etwas versetzen um diese Option in unsere Zuständigkeit bringen. Kommunikation ist alles. **E.T. würde** zum Hörer greifen und die zuständigen Stellen befragen.

Wir wissen schon, dass die Stadt nicht nur für den Erhalt und Ausbau der Schulen lebt. Auch wenn Bildung unbestritten **den Weg in die Zukunft** ebnet. Vereine, Musikschule und Kulturschaffende sind ein weiteres unverzichtbares Element für das Wohlbefinden in der Stadt. Die neu erarbeitete **Vereinsförderrichtlinie** schafft Klarheit und **stärkt den Vereinen den Rücken**. Die Jugendmusikschule reagiert auf neue Rahmenbedingungen mit Ganztagessschulen und nun auch erwachsenen Interessierten. Das Theater im Spitalhof scheint gerettet und alles läuft ganz gut. Selbstverständlich ist das nicht. Vielmehr ist das den **unermüdlichen Anstrengungen der Ehrenamtlichen** in allen genannten Bereichen zu verdanken. Wir sind froh, dass wir Sie haben, dass Sie unsere Stadt mit großem Engagement und Herz lebenswert halten. Vielen Dank dafür!

Wegen der genannten Herausforderungen ist es um das Kulturzentrum **Alte Schuhfabrik**

ruhig geworden. Wichtigeres ist zu erledigen. Wichtig wäre aber schon zu erfahren wie lange die Bausubstanz noch trägt, ob wir **mit zu langem Warten Fakten schaffen**? Vermutlich wäre das manchem ganz recht. Wir fordern konkrete Informationen wie lange man den Zustand halten kann ohne sich Optionen für die Zukunft zu vergeben.

Für das kommende Jahr müssen wir **die Stadthalle zukunftssicher planen**. Neben der kurzfristigen Beseitigung der drängenden Probleme muss auch die **Funktion für die Zukunft** definiert werden. Sollte für größere Raumanpassungen eine längere Schließung notwendig werden, kann eine **Ausweichspielstätte** gleich als zukünftige Erweiterung der Sporthallenkapazität im **Schulzentrum**, etwa im Bereich JKG Parkdeck, geplant werden. Bei diesem Punkt möchten wir direkt ein klares **Bekenntnis zu Leonpalooza** abgeben. Wir sind überzeugt, dass ein Defizit vermieden werden kann. Wichtig ist, hier **keine Konkurrenz** zu privaten Angeboten wie beispielsweise dem Strohländle zu **etablieren**. Leonpalooza muss unter neuer Stadthallenführung weiterentwickelt werden, etwa mit Konzerten die sich in den Stadtpark ausdehnen, oder einer externen Vergabe der Durchführung.

Kommen wir zur **Stadt für Morgen**. Nein, die entsteht nicht am Postareal, wo eher die Stadt von gestern entsteht. Mit einer **Radwegführung** der Stadt **von Vorgestern**. Eine weitere Blüte unverständlicher Stadtentwicklung. Wie konnte dieser auf Jahrzehnte zementierte Umweg dieses Gremium passieren? Wenn die „Stadt für Morgen“-Programmatik doch **intelligente Verkehrsführung** bei höherer Aufenthaltsqualität zum Ziel hat? Womöglich sehen wir den positiven Effekt der körperlichen Ertüchtigung durch den Umweg nicht. Das Kernthema der Stadt für Morgen mit den anhängenden Fördertöpfen ist die Umgestaltung des Straßenraums. Leonberg fokussiert dabei die Bereiche Eltinger Straße und Poststraße am Boschareal. Mit der **klaffenden Wunde** auf der gegenüberliegenden Seite zum Bosch-Neubau stellen wir uns schon die Frage, ob nicht eine einfache kosmetische Operation hier genügt, da ja der Sinn der Planung, nämlich die Verbindung der Boschareale beiderseits der Straße, **nicht mehr existiert**. Gespartes Geld könnte in die Schulentwicklung gesteckt werden, was dann vielleicht nicht unmittelbar Bosch, aber immerhin der Zukunft des Standorts Deutschland zu Gute kommt.

Die Stadt für Morgen sollte zunächst konzentriert auf der Eltinger Straße entstehen. Hier vernehmen wir **eher un kreatives Allerlei**, Fahrspur weg, Radweg hin, zwei Blümchen pflanzen – fertig. Dabei fordert nicht nur S:ALZ seit geraumer Zeit beispielsweise den kleinen **Einbahnstraßenring** um das Post-/Bausparkassen-Areal zu untersuchen, mit dem Ziel des Raumgewinns an der Ecke Schuhfabrik. Und mit direkter **Verkehrslenkung** in Richtung **Westanschluss** über die Bahnhofstraße, ohne den Knoten Stadtmitte zu belasten. Dazu vernehmen wir zwar nette Beteuerungen, aber bemerken keine Aktivität. Wir hoffen, dass auch das lediglich dem Kommunikationsproblem geschuldet ist.

Die **real** vor uns stehende Stadt für Morgen hat aber noch **Wichtigeres** zu regeln. Nicht nur Wärmeplanung für den Winter, auch **Wärmeplanung für den Sommer** ist ein Thema. Die Stadt überhitzt. Große Steinflächen müssen überplant werden. Trist wirkt der **Exerzierplatz** vor dem Neuen Rathaus ebenso wie der übers Jahr **selten genutzte Festplatz**. Hier dümpelt der einst stattlich beschickte Wochenmarkt vor sich hin, coronale Standabständen befördern den Eindruck der Steinwüste. Weniger Stände bei mehr Hitze führen zu weniger Besuchern. Oder umgekehrt? **Die Lösung kann nicht** aus einer wohligen **Urlaubserinnerung** mit südländischem Flair für den historischen Marktplatz bestehen. Wo gut gelaunte Menschen

von der Sonne verwöhnte **Tomaten meditativ in Händen rollen**, hier und da was probieren. Aber nichts kaufen. Nicht in für die Händler nötigen Mengen. Ein neues Wohlfühlplätzchen **finden wir am Rathausparkplatz**. Gut zugänglich weil befahrbar, mit ausreichend Verschattung durch Bäume, mit weise vorgeplanter Verkabelung für die Beschicker! Kommt Ihnen bekannt vor? Genau, diese Idee haben wir von der rührigen **Elke Meller** übernommen. Warum sollen wir erfinden, was andere gut durchdacht haben? Uneitle Kommunikation hilft. Was aber machen wir mit dem dann noch mehr **verwaisten Festplatz**? Können dort beheimatete große Veranstaltungen verlegt werden, mitsamt dem Reiterstadion? Der Pferdemarkt ist unsere Seele. Vielleicht kann die Fläche des Festplatzes beides sein: übers Jahr **bespielte Aktivfläche**, etwa mit aktuell stark nachgefragtem Basketballfeld, und dennoch großzügig genug aber aufgelockert für Pferdemarkt, Autoschau, LeoMess und bislang noch gar nicht Angedachtes?

Das führt direkt zum nächsten Dauerproblem: die **Verortung der Skateranlage**. Im Jugendforum wurde klar, dass die Fläche beim Freibad die am wenigsten Schlechte ist. Im Sommer gut vorstellbar, aber die Skateranlage wird auch außerhalb der Freibadsaison genutzt und ist dann hier nicht mehr im Leben, sondern im Abseits. Wir fordern die alternative Prüfung einer **südöstlichen Teilfläche am Stadthallenparkplatz**. Der ist im Regelbetrieb der Stadthalle sowieso zu groß, bei großen Veranstaltungen sowieso zu klein. Zudem ist die Fläche **im förderfähigen Gebiet**, es kostet also schlicht weniger Geld der Stadt.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch **einige Worte an den Landkreis** richten. Schließlich sind wir sozusagen die Überlebenden des Altkreises und haben noch eine gewisse Fürsorgepflicht. Dass die Geburtsabteilung unseres Krankenhauses geschlossen werden soll, mag wirtschaftlich sinnvoll sein. Theoretisch. Wenn wir dazu im Schwarzwälder Boten – **wieder nicht in der LKZ** – vom Chefarzt der Geburtshilfe Böblingen erfahren, dass die Säuglingssterblichkeit in kleineren Häusern **dreimal höher** ist als in großen, scheint da ein perfider Plan der Landkreisverwaltung sichtbar. Womöglich gilt das für die alte **Schwarzwaldklinik von Prof. Brinkmann**, aber nicht für eine hochmoderne Leonberger Abteilung, die in einem starken Klinikumfeld operiert. Ein Blick in den Kreishaushalt mit **hundert Millionen** Sozialkosten lässt das Milliönchen Abmangel der Abteilung Leonberg verschmerzbar erscheinen. Zumal die Hebammen ab 2025 aus der **Pflegekasse** finanziert werden. Aber im Kreis wird pragmatisch gedacht. Also **nur die einfache Lösung gesucht**. Weshalb man auch das **vom Kreis verschacherte** Seniorenzentrum am Park als Erstunterbringung für Geflüchtete etablieren will. Und sich so in **einer moralischen Unbelecktheit erster Güte** präsentiert. Alternativen wurden bereits von der Stadt aufgezeigt. Wir sollten nicht alles hinnehmen. Lassen Sie uns 2024 etwas bewegen!

Erstaunlich wenig bewegen wir **trotz unserer Stadtgeschichte** zum Thema Israel. Beim Ukraine-Krieg mit großem Engagement der in gelb-blau erstrahlenden Stadt, **nehmen wir nun Antisemitismus scheinbar hin**. Das ist nicht akzeptabel, erst recht nicht in Leonberg.

„Die Vergangenheit ist geschrieben. Aber die Zukunft ist noch nicht in Stein gemeißelt“
(Jean-Luc Picard)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Anträge der S:ALZ-Gruppe zum Haushalt 2024

Notfalltelefon falls Anträge zu komplex oder nicht verständlich sind: 0177-3871486

1. Schulen / Kinderbetreuung / Jugend

- 1.1. Jugendplatz: Skateranlage.** Die Platzfrage zur Verortung der Skateranlage muss im ersten Halbjahr 2024 beantwortet werden.

Die im Jugendforum als **Fläche 3 beim Freibad** benannte Fläche könnte funktionieren. Allerdings sind hier Fahrradständer und die Fläche ist ausserhalb der Freibadsaison nicht ins Stadtgeschehen eingebunden. Als **Alternative bitten wir eine südöstliche Fläche des Stadthallenparkplatzes** zu prüfen. Die ist als Parkfläche entbehrlich, da der Stadthallenparkplatz bei üblichem Betrieb zu groß, bei großen Veranstaltungen sowieso viel zu klein ist, dann ein ausweichen an den Festplatz unvermeidlich ist. Zudem ist die **Fläche im förderfähigen Gebiet** des Stadtumbaus.

- 1.2. Die Entwicklung des Kindercampus** Ezach läuft und soll nicht gebremst werden.

Wir fordern für den zweiten Planungsabschnitt eine **Sporthallenplanung voranzuteiben**. Die gemeinschaftliche Nutzung mit der Halle der Mörikeschule wird wegen des Schuldkindzuwachses und ausgeweitetem Ganztagsbetrieb nicht mehr möglich sein. Die neue Halle sollte multifunktional etwa **für Bürgerverein oder auch Quartiersarbeit nutzbar** sein.

- 1.3. Schulcampus Mitte:** Entwicklung zu einer flexibleren Einheit.

Kurzfristig soll mit vorhandenen Pausenflächen und Schulräumen flexibler umgegangen werden. So können Klassenräume in Randlagen der Schulen flexibel in der einen oder anderen Schulform genutzt werden. Noch dringender ist die **Neuordnung und Aufwertung der Pausenflächen Schellingschule/ GHR**. Die reine Neuordnung kann durch bloßes Nachdenken und Striche aufmalen erledigt werden. Zeitgleich mit der Behelfslösung soll eine grundsätzliche Überplanung eingeleitet werden.

- 1.4. 10% Pauschalkürzung im Schulbereich:** soll zurückgenommen werden.

Die Schulen haben seit Jahren relativ konstante Mittelanmeldungen. Die Preissteigerungen über die Jahre wurden nicht berücksichtigt. Eine 10% Kürzung ist daher nicht zumutbar.

- 1.5. Eisbahn als Winterattraktion:** ähnlich wie erfolgreich in Gerlingen praktiziert soll für einige Tage im Winter eine mobile Eisbahn eingerichtet werden.

Selbst **am schrägen Marktplatz ist eine Einrichtung möglich**, da die Grundplatten gut 1m Höhenunterschied ausgleichen können. Das Adventsdörfle mit weniger Ständen als der klassische Weihnachtsmarkt lässt genug Raum um eine Bahn beispielsweise zwischen Altem Rathaus und Trölsch entstehen zu lassen. Der Betrieb kann ehrenamtlich organisiert werden, Schlittschuhverleih und Zutritt genügen zur Finanzierung. S:ALZ geht aktiv voran und stellt zugesichert für zwei Tage Betriebspersonal.

2. Stadtumbau Mitte / innerstädtische Entwicklung

2.1. Stadt für Morgen: die Planungen sollen zunächst auf die Eltinger Straße konzentriert werden.

Da **Bosch nun nicht beiderseits der Straße** baut, ist die Umplanung des Bereichs nicht mehr von höchster Priorität. Eine kosmetische Anpassung des Straßenraums kann zunächst genügen, bis klar ist, was mit der Baugrube passiert.

Im Bereich Eltinger Straße soll **ergänzend der Kleine Einbahnstraßenring** „um Post-/Layher-Areal“ geprüft werden. Ziel ist zum Einen Straßenraum-Gewinn an der Engstelle vor der alten Schuhfabrik, zum Anderen eine direkte Ableitung des Autobahnumgehungsverkehrs in Richtung Westanschluß und Zufahrt in Richtung Ezach ohne die Hauptkreuzung Mitte zu belasten, die ja durch Umbau auf lediglich eine Richtungsfahrbahn etwas anfälliger wird.

2.2. Wochenmarkt-Verlegung: Standortwechsel von Steinstraße zu Rathausparkplatz.

Der Wochenmarkt in der **Steinstraße verkümmert**. Immer weniger Stände in noch immer coronalen Abständen wirken wenig einladend. Dazu rückt das **Thema Stadt-Überhitzung** in den Vordergrund und wird gerade hier erlebbar. Eine Verlegung an den historischen Marktplatz mag zwar Urlaubserinnerungen wecken, ist aber von der erwarteten Umsatzmenge auch wegen der Parksituation nicht darstellbar.

Am Rathausparkplatz dagegen ist Parken leicht möglich, die **Bäume bieten Verschattung** und die Stromversorgung wurde bereits beim Rathausumbau mit erledigt. Sollte in Zukunft der Brückenschlag zur Altstadt vollzogen sein, ist es von hier aus leichter etwa die Gastronomie dort fußläufig zu erreichen.

2.3. Biergarten Stadtpark: die Forderung wird wie im letzten Jahr aufrecht erhalten. Wir bitten die Planung mit der Entwicklung der Stadthalle zu kombinieren.

Als **Vorstufe** ist die Stellfläche an der Lagerhütte am See **für einzelne Foodtrucks, Eiswaagen etc.** testweise freizugeben und bekanntzumachen. So kann ohne direkte Toilette eine Versorgung erfolgen, Gäste könnten die Sitzstufen am See nutzen.

2.4. Toilette Stadtpark: im Rahmen der Umplanung Stadthalle soll eine Außentoilette zum Stadtpark hin geplant werden, die leicht durch Ordnungsbehörden einsehbar ist.

3. Bauen & Wohnen

3.1. Zufahrt unterer Schützenrain: Kreisverkehr und ggf. Verlegung Ortsschild.

Die Zufahrt zum Neubaugebiet kann keinesfalls über die kleinen Sträßchen von oben erfolgen, zumal hier durch Grundstücke auch keine Aufweitung möglich ist.

Eine Zufahrt von einem Kreisverkehr an der Feuerbacher Straße bedarf womöglich einer Verschiebung des Ortsschildes. Das **Argument des Schleichweges in die Stadt ist gegenstandslos**, wenn hier lediglich eine Sackgasse die Tiefgarage anbindet. Die **Tiefgarage kann mit einer zweiten Zufahrt** von oben ergänzt werden. Nur über den Kreisverkehr wird die Stadt entlastet, etwa durch dann direkten Abfluss zur Autobahnanschlussstelle Ditzingen.

3.2. Ehemaliges Seniorenwohnen am Park: die Stadt soll in Besitz des Objekts gelangen um die Entwicklung hier positiv zu beeinflussen.

Wir bedanken uns bei den bearbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Aufarbeitung unserer Anträge!

Lfd. Nr. 2023/ 007011
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Jugendplatz: Skateranlage.
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>300.000</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Stadtumbau Bereich Poststraße. Wegen Baugrube keine umfängliche aktion mehr nötig.
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Die Platzfrage zur Verortung der Skateranlage muss im ersten Halbjahr 2024 beantwortet werden.</p> <p>Die im Jugendforum als Fläche 3 beim Freibad benannte Fläche könnte funktionieren. Allerdings sind hier Fahrradständer und die Fläche ist ausserhalb der Freibadsaison nicht ins Stadtgeschehen eingebunden.</p> <p>Als Alternative bitten wir eine südöstliche Fläche des Stadthallenparkplatzes zu prüfen. Die ist als Parkfläche entbehrlich, da der Stadthallenparkplatz bei üblichem Betrieb zu groß, bei großen Veranstaltungen sowieso viel zu klein ist, dann ein ausweichen an den Festplatz unvermeidlich ist. Zudem ist die Fläche im förderfähigen Gebiet des Stadtumbaus.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007012
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Sporthalle: Kindercampus Ezach
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>2.500.000</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Stadtumbau Bereich Poststraße. Wegen Baugrube keine umfängliche aktion mehr nötig.
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Die Entwicklung des Kindercampus Ezach läuft und soll nicht gebremst werden.</p> <p>Wir fordern für den zweiten Planungsabschnitt eine Sporthallenplanung voranzuteiben. Die gemeinschaftliche Nutzung mit der Halle der Mörikeschule wird wegen des Schuldkindzuwachses und ausgeweitetem Ganztagsbetrieb nicht mehr möglich sein. Die neue Halle sollte multifunktional etwa für Bürgerverein oder auch Quartiersarbeit nutzbar sein.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007013
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Schulcampus Mitte: Schulhof Schellingschule
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>2.000-</u> <u>1.500.000</u> _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Stadtumbau Bereich Poststraße. Wegen Baugrube keine umfängliche Aktion mehr nötig.
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Schulcampus Mitte: Entwicklung zu einer flexibleren Einheit. Kurzfristig soll mit vorhandenen Pausenflächen und Schulräumen flexibler umgegangen werden. So können Klassenräume in Randlagen der Schulen flexibel in der einen oder anderen Schulform genutzt werden.</p> <p>Noch dringender ist die Neuordnung und Aufwertung der Pausenflächen Schellingschule/ GHR.</p> <p>Die reine Neuordnung kann durch bloßes Nachdenken und Striche aufmalen erledigt werden. Zeitgleich mit der Behelfslösung soll eine grundsätzliche Überplanung eingeleitet werden.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007014
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Rücknahme 10% Pauschalkürzung im Schulbereich
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>sämtliche Ziffern 14 EUR</u>
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Stadtumbau Bereich Poststraße. Wegen Baugrube keine umfängliche Aktion mehr nötig.
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	Die Schulen haben seit Jahren relativ konstante Mittelanmeldungen. Die Preissteigerungen über die Jahre wurden nicht berücksichtigt. Eine 10% Kürzung ist daher nicht zumutbar.

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschlussempfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007015
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Eisbahn als Winterattraktion
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>0 - 15.000</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	10% Kürzung Budget des Oberbürgermeisters
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Ähnlich wie erfolgreich in Gerlingen praktiziert soll für einige Tage im Winter eine mobile Eisbahn eingerichtet werden. Selbst am schrägen Marktplatz ist eine Einrichtung möglich, da die Grundplatten gut 1m Höhenunterschied ausgleichen können. Das Adventsdörfle mit weniger Ständen als der klassische Weihnachtsmarkt lässt genug Raum um eine Bahn beispielsweise zwischen Altem Rathaus und Trölsch entstehen zu lassen. Der Betrieb kann ehrenamtlich organisiert werden, Schlittschuhverleih und Zutritt genügen zur Finanzierung. S:ALZ geht aktiv voran und stellt zugesichert für zwei Tage Betriebspersonal.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007021
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Stadt für Morgen: Konzentration Eltinger Str.
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input checked="" type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>1.000.000</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/Begründung	<p>die Planungen sollen zunächst auf die Eltinger Straße konzentriert werden.</p> <p>Da Bosch nun nicht beiderseits der Straße baut, ist die Umplanung des Bereichs nicht mehr von höchster Priorität. Eine kosmetische Anpassung des Straßenraums kann zunächst genügen, bis klar ist, was mit der Baugrube passiert.</p> <p>Im Bereich Eltinger Straße soll ergänzend der Kleine Einbahnstraßenring „um Post-/Layher-Areal“ geprüft werden. Ziel ist zum Einen Straßenraum-Gewinn an der Engstelle vor der alten Schuhfabrik, zum Anderen eine direkte Ableitung des Autobahnumgehungsverkehrs in Richtung Westanschluß und Zufahrt in Richtung Ezach ohne die Hauptkreuzung Mitte zu belasten, die ja durch Umbau auf lediglich eine Richtungsfahrbahn etwas anfälliger wird.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007022
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Wochenmarkt-Verlegung zum Rathaus-Parkplatz
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input checked="" type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Der Wochenmarkt in der Steinstraße verkümmert. Immer weniger Stände in noch immer coronalen Abständen wirken wenig einladend. Dazu rückt das Thema Stadt-Überhitzung in den Vordergrund und wird gerade hier erlebbar. Eine Verlegung an den historischen Marktplatz mag zwar Urlaubserinnerungen wecken, ist aber von der erwarteten Umsatzmenge auch wegen der Parksituation nicht darstellbar.</p> <p>Am Rathausparkplatz dagegen ist Parken leicht möglich, die Bäume bieten Verschattung und die Stromversorgung wurde bereits beim Rathausumbau mit erledigt. Sollte in Zukunft der Brückenschlag zur Altstadt vollzogen sein, ist es von hier aus leichter etwa die Gastronomie dort fußläufig zu erreichen.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/007023
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Biergarten Stadtpark
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input checked="" type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>Pacht wie</u> <u>festgelegt</u> _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>die Forderung wird wie im letzten Jahr aufrecht erhalten. Wir bitten die Planung mit der Entwicklung der Stadthalle zu kombinieren. Als Vorstufe ist die Stellfläche an der Lagerhütte am See für einzelne Foodtrucks, Eiswagen etc. testweise freizugeben und bekanntzumachen. So kann ohne direkte Toilette eine Versorgung erfolgen, Gäste könnten die Sitzstufen am See nutzen.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschlussempfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007024
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Toilette Stadtpark
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>10.000</u> _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	im Rahmen der Umplanung Stadthalle soll eine Außentoilette zum Stadtpark hin geplant werden, die leicht durch Ordnungsbehörden einsehbar ist.

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/007031
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Zufahrt unterer Schützenrain: Kreisverkehr
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>250.000</u> _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Zielgerichteteres Arbeiten GS Warmbronn
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/Begründung	<p>Die Zufahrt zum Neubaugebiet kann keinesfalls über die kleinen Sträßchen von oben erfolgen, zumal hier durch Grundstücke auch keine Aufweitung möglich ist.</p> <p>Eine Zufahrt von einem Kreisverkehr an der Feuerbacher Straße bedarf womöglich einer Verschiebung des Ortsschildes. Das Argument des Schleichweges in die Stadt ist gegenstandslos, wenn hier lediglich eine Sackgasse die Tiefgarage anbindet. Die Tiefgarage kann mit einer zweiten Zufahrt von oben ergänzt werden. Nur über den Kreisverkehr wird die Stadt entlastet, etwa durch dann direkten Abfluss zur Autobahnanschlussstelle Ditzingen.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007032
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Erwerb ehemaliges Seniorenwohnen am Park
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ viel _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	die Stadt soll in Besitz des Objekts gelangen um die Entwicklung hier positiv zu beeinflussen.

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschlussempfehlung	

2023/192-03

öffentlich


 Dezernat II
 Kämmereiamt

Bezugsvorlagen:

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Ortschaftsrat Warmbronn (Vorberatung)	27.11.2023	Ö
Ortschaftsrat Gebersheim (Vorberatung)	28.11.2023	Ö
Ortschaftsrat Höfingen (Vorberatung)	29.11.2023	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	06.12.2023	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	13.12.2023	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

Haushaltsplan 2024 - Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen

Beschlussvorschlag und Kenntnisnahme

- Die Anträge der Fraktionen und der Ortschaftsräte Gebersheim, Höfingen und Warmbronn zum Haushaltsplanentwurf 2024 und die Stellungnahmen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen oder entsprechend dem Beratungsergebnis der einzelnen Gremien beschlossen.
- Beschlussfassungen über Anträge mit finanziellen Auswirkungen werden in die Änderungsliste des Gemeinderats zum Haushaltsplanentwurf 2024 aufgenommen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA

NEIN

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus der Beschlussfassung über die einzelnen Anträge der Fraktionen und Ortschaftsräte Gebersheim, Höfingen und Warmbronn.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Das Kämmereiamt hat die Anträge der Fraktionen und Ortschaftsräte Gebersheim, Höfingen und Warmbronn zum Haushaltsplanentwurf 2024 und die Stellungnahmen der Fachämter und Referate im Wortlaut zusammengefasst sowie die Zuordnung zum jeweils beratenden Gremium angegeben.

Die Liste der Anträge mit den Stellungnahmen der Verwaltung (Anlage 1) ist Grundlage für die Beratung und die Beschlussfassung der Anträge mit finanziellen Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2024 in den Gremien.

Soweit die Beschlussfassung über einen Antrag zu einer Änderung der im Haushaltsplanentwurf 2024 für die Haushaltsjahre 2024 ff veranschlagten Haushaltsansätze führt, wird der Änderungsbetrag in die Änderungsliste des Gemeinderats zum Haushaltsplanentwurf 2024 aufgenommen.

Anträge ohne finanzielle Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2024 werden im Januar 2024 gesondert beraten.

Anlage/n

- 1 Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2023 mit Stellungnahmen (öffentlich)

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
Grüne 01	Der Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur im urbanen Raum ist für die Akzeptanz der Elektromobilität ein wesentlicher Beitrag. Die Stadt Leonberg hat bisher lediglich an fünf Standorten Ladesäulen mit je zweimal 22 kW im öffentlichen Raum. Eine weitere Ladesäule soll im Jahr 2024 nach dem Beschluss des Gemeinderats vom 13.6.2023, Drucksache 2023/192, hinzukommen.	751100217001 Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	Antrag: +10.000 Stellungnahme Verwaltung: 0	2024	--	PA	Siehe auch Antrag FDP 08 (ohne finanzielle Auswirkungen). Das Referat für innovative Mobilität führt bereits Gespräche mit Betreibern von Ladeinfrastruktur, um die E-Mobilität in Leonberg weiter zu fördern. Dies wurde am 13.06.2023 im Planungsausschuss (SV 2023/192) bereits mitgeteilt. Für den Haushalt ergeben sich dadurch keine zusätzlichen Belastungen. (Referat für innovative Mobilität)	
Grüne 02	Die Straßenraumgestaltung Bosch-Campus/ Shared space wird deutlich reduziert, da es keine Voraussetzungen für einen lebhaften Fußgängerverkehr über die Straße mehr gibt. Begründung: Die Straßenraumplanung für den Bosch-Campus, die einen Shared space vorsieht, muss grundlegend neu überdacht werden, da Bosch auf absehbare Zeit nicht westlich der Poststraße bauen wird und damit auch kein nennenswerter Fußgängerverkehr über die Straße zu erwarten ist. Der bereits bestehende LKW-Verkehr dagegen wird weiterfahren. Deshalb ist es sinnvoll, lediglich einen beidseitigen Radfahrstreifen anzulegen, von den Fußgängern getrennt. Obwohl damit auch Fördermittel gestrichen werden könnten, ergibt sich für den Etat eine deutliche Einsparung.	754100427002 Straßenraumgestaltung Poststr.(Bosch Campus)	Antrag: -500.000	2024	Fördermittel sind ebenfalls zu kürzen, Einsparung dadurch geringer	PA	Siehe auch Antrag Grüne 05 (Gegenfinanzierung), S:ALZ 06 und S:ALZ 01-04 (Gegenfinanzierung) Für das Projekt Poststraße wurde in der Gemeinderatssitzung vom 07.03.2023 bereits der Baubeschluss getroffen. Derzeit wird die Ausschreibung der Bauleistungen vorbereitet. Bosch baut bereits seinen Teil - und darüber hinaus auch städtische Flächen mit - aus. Die Planung von Bosch und der Stadt sind direkt auf einander abgestimmt. Fördermittel mit einer Förderquote von ca. 60% wurden vom Land bewilligt. Sollte das Projekt jetzt noch gestoppt werden, ergeben sich folgende Auswirkungen <ul style="list-style-type: none"> Planungskosten von ca. 150.000 EUR wurden bereits ausgegeben und damit verschwendet. Hinzu kommen evtl. Schadensersatzforderungen aufgrund der bereits bestehenden Aufträge der Planer. Die Planungsphase von über 2 Jahren aller internen, sowie externen Beteiligten wird nichtig Die Kooperationsvereinbarung sowie der städtebauliche Vertrag mit der Firma Bosch wäre nichtig. Fördermittel von vrstl. 1,3 Mio. EUR verfallen. Es entsteht ein starker Höhenversatz zwischen der Straße und dem Bosch Gelände. Ein städtebaulich hochwertiger öffentlicher Raum (Bosch Gelände) wird von städtischer Seite nicht aufgegriffen, sondern endet in einem klassischen Asphalt-Straßenquerschnitt. Die Stadtverwaltung empfiehlt nachdrücklich, von diesem Antrag abzusehen. (Referat für innovative Mobilität)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
Grüne 03	<p>"Mit dem Ziel landesweite Standards sowie einen verlässlichen Nah- und Regionalverkehr zu schaffen, unterstützt das Zukunftsnetzwerk ÖPNV des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg mit Beratungs- und Informationsangeboten, beim Wissenstransfer, der Fördermittelsuche sowie der Erarbeitung einheitlicher Standards."</p> <p>"Nachdem dieses Jahr der erste VVS-Rider (Bus auf Abruf) in Leinfelden-Echterdingen an den Start gegangen ist, folgen zum Ende des Jahres 2023 zwei weitere: Einer im Mittelbereich Geislingen und einer in Rutesheim und Renningen. Ohne festen Fahrplan bringt er Fahrgäste auf Abruf an ihr Ziel. Als innovatives On-Demand-Angebot ergänzt der VVS-Rider den bestehenden klassischen ÖPNV im VVS. Der VVS-Rider ermöglicht es, ohne festgelegten Fahrplan und ohne lange Wege zur Haltestelle bequem und sicher von A nach B zu kommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der VVS-Rider wird über die kostenlose VVS-Rider-App oder alternativ telefonisch angefordert. • Der Kleinbus sammelt alle Fahrgäste ein, die eine ähnliche Fahrtroute haben. Das vermeidet Verkehr, spart Ressourcen und ist somit gut für das Klima. • In allen VVS-Rider gelten VVS-Tickets. Der Preis richtet sich nach den befahrenen Tarifzonen." <p>Beim sogenannten „VVS-Rider“ übernimmt der Landkreis Böblingen 50%, Rutesheim und Renningen je 25% der Kosten.</p> <p>Das Pilotprojekt ist zunächst bis Ende 2025 angelegt. In diesem Zeitraum sollen die Fahrgastzahlen regelmäßig evaluiert werden. Dieses Projekt läuft bisher ohne Leonberger Beteiligung, obwohl das IMAX in Leonberg als „Point of Interest“ in die Haltestellen aufgenommen wurde. Der VVS-Rider fährt ohne „Komfortzuschlag“, weil er nicht buchbar ist wenn es zeitnah ein anderes Angebot im ÖPNV gibt. Der SSB Flex fährt mit „Komfortzuschlag“, weil das Angebot zusätzlich zum</p> 	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	Antrag: +20.000	2024	--	VA	<p>Das Referat für innovative Mobilität und die Stadtwerke Leonberg sehen den Antrag als positiven Beitrag zur ÖPNV Förderung.</p> <p>Bei einem entsprechenden Beschluss des VA wird mit den Gemeinden Rutesheim und Renningen Kontakt aufgenommen. Eine Beteiligung bzw. ein eigenes Projekt ist im Wirtschaftsplan 2024 nicht enthalten und erhöht dann den Abmangel in der Sparte ÖPNV entsprechend.</p> <p>(Referat für innovative Mobilität, Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)</p>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	<p>ÖPNV existiert. Die Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen beantragt zu prüfen, ob eine Beteiligung am Pilotprojekt von Rutesheim/Renningen für 2024 und 2025 noch möglich ist.</p> <p>Hier wäre eine Erweiterung der virtuellen Haltepunkte für Gebersheim, Höfingen, das Haldengebiet und die Altstadt erstrebenswert. Falls eine Beteiligung nicht möglich ist, wird beantragt ein eigenes OnDemand-Pilotprojekt zu starten.</p> <p>Texte in"" aus: https://www.zukunftsnetzwerk-oepnv.de/kontakt, Zugriff am 05.11.2023 19:26 https://www.vvs.de/vvsrider Zugriff am 05.11.2023 19:28</p>							
Grüne 04	<p>Im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen wurde bereits beantragt, einen Hitzeaktionsplan zu erstellen. (Antrag Grüne 06, 2022/23)</p> <p>Hierzu gab es Stellungnahmen vom Referat für Klimaschutz und dem Referat Feuerwehr und Bevölkerungsschutz. Auf Nachfrage im Sommer wurde auf einzelne kleinteilige Aktionen verwiesen. Für einen übergreifenden Aktionsplan müsste aber bspw. die Stadtplanung mit einbezogen werden. Außerdem wäre kein Budget für einen Hitzeaktionsplan beantragt worden.</p> <p>Da sich der Klimawandel nicht mit Budgetfragen beschäftigt ist es von Jahr zu Jahr dringender, ein kommunales Konzept zur Prävention der Hitzefolgen in der Stadt zu haben. Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, dass mit externer Moderation die relevanten örtlichen Expert:innen im Bereich Gesundheit, Pflege und Versorgung an einem runden Tisch ein Konzept zum Schutz besonders der gegenüber Hitze besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen auf den Weg bringen. Mögliche Teilnehmer:innen an einem solchen runden Tisch könnten sein: Ortsärzteschaft, Krankenhaus Leonberg, Anbieter stat. Pflege (z.B. Samariterstiftung) und amb. Pflege (z.B.</p>	Produktgruppe 5610 Umweltschutzmaßnahmen	<p>Antrag: Finanzierung aus Budget</p> <p>Verwaltung: Gegenfinanzierung nicht wie beantragt</p>	2024	Finanzierung aus Budget Bevölkerungsschutz „Bedarfvorhaltung im Katastrophenfall, Seite 160.	VA	<p><u>Stellungnahme zur Gegenfinanzierung:</u></p> <p>Die Hitzeaktionsplanung erfolgt federführend durch das Referat für Klimaschutz. Selbstverständlich erfolgt ein ständiger Austausch zwischen den Referaten. Das Referat Feuerwehr und Bevölkerungsschutz ist bereits in diesem Sommer aktiv gewesen. So fand beispielsweise ein Austausch mit dem Stadtseniorenrat statt. Informationen wurden zudem auf der Homepage eingestellt. Reaktiv wurden mit dem Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und in Abstimmung mit dem Landkreis Warnhinweise gegeben. Diese Maßnahmen werden weiter fortgeführt und ausgebaut. Sie sind jedoch nur ein kleiner Baustein in der Hitzeaktionsplanung. Die Ärzteschaft wurde ebenfalls kontaktiert. Eine Sensibilisierung der Ärzteschaft erfolgte fachlich bereits durch die Gesundheitsämter und die Landesärztekammer.</p> <p>Eine Finanzierung über das Budget Bedarfvorhaltung ist nicht möglich, da die Mittel für die Beschaffung von Ausstattung für eine mögliche Evakuierung und der damit erforderlichen Ausstattung benötigt werden.</p> <p>(Referat für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz)</p>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	Sozialstation), Apotheker:innen, geschäftsführende Schulleitung, Stadt-seniorenrat, zuständige städt. Refe-rate (s.o.) ... Alternativen: Keine, wenn man den gesundheitlichen Schutz der Bevölke-rung ernst nimmt.							
Grüne 05	Planung „ Geesgarten “ an der Bru-ckenbachstraße wird in Abstimmung mit dem BV Eltingen und den Vor-schlägen des Büros Gänßle+Hehr konkretisiert und weitergeführt. Bereits seit Jahrzehnten ist die an-sprechende Gestaltung des Schotter-platzes westlich der Sporthalle eine Forderung aus der Bürgerschaft; die-ser zentrale Platz soll vielfältig nutz-bar sein und die Nähe zur Glems auf-werten. Diese Gestaltung muss so erfolgen, dass die Hochwassergefahr eher vermindert als erhöht wird. Elemente sind: • Neugestaltung des Parkplatzes, Uferausweitung der Glems • mit Sitzmöglichkeiten und Spielplatz zum Thema Auenwald • die Altglascontainer sind an den(künftig nahen) Wertstoffhof zu verlegen	754100567001 Aufwertung Platz an der Bru-ckenbachstraße	Antrag: +50.000	2024	Reduzierung der Kosten für den „shared space“/Bosch Campus, evtl. Zuschüsse durch Bi-otop-Verbund-Konzept (-500.000 EUR)	PA	Zur Freifläche an der Bruckenbachstraße liegt ein Vorentwurf von Gänßle und Hehr vor. Dieser wurde dem Gemeinderat vorgestellt und als Grundlage für die weitere Planung beschlossen. Es sind Gesprä-che mit dem Bürgerverein Eltingen und weiteren lo-kalen Akteuren geführt worden, um diese frühzeitig einzubeziehen. Die Sitzungsvorlage dazu wurde im Dezember 2021 beraten. (Dez. III) Die Planungsüberlegungen müssen hinsichtlich des Klimawandels und seiner Auswirkungen ggf. opti-miert werden. Für den Ausbau der Poststraße im Bereich des Neu-baus der Firma Bosch besteht ein Baubeschluss. (Stadtplanungsamt) Altglascontainer und Wertstoffhof liegen in der Zu-ständigkeit beim Landkreis (Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen). Eine Abstimmung mit dem Landkreis Böblingen erfolgt. (Tiefbauamt)	
Grüne 06	<i>Mit der Erstellung eines Klima-schutzkonzeptes begibt sich die Stadt nun auf den Weg, der schon lange mit der „Anerkennung einer weltweiten Klimanotlage“, dem Be-kenntnis zu einem Klimavorbehalt in städtischen Drucksachen und der Schaffung der Position eines städti-schen Klimaschutzmanagers vorbe-reitet wurde. Um für ein externes Fachbüro eine qualitativ gute, örtlich erarbeitete Grundlage zu erstellen ist ein Bürger-rat Klimaschutz ein geeignetes Gre-mium, wie sich aus vergleichbaren Projekten in anderen Kommunen aber auch Ländern in der Vergangen-heit gezeigt hat.</i>	--	--	--	Finanzierung aus Budget Klimaschutzmanager „Beauftragung eines In-genieurbüros zur Erstel-lung eines Klimaschutz-konzeptes.	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haus-haltsberatungen.</i>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	<i>Zufällig ausgewählte Teilnehmende bilden das Spektrum der Bevölkerung ab. Durch die Einbeziehung der Bevölkerung ist zu erwarten, dass resultierende Maßnahmen auf eine größere Akzeptanz der Einwohner:innen treffen. Alternativen: Ein externes Ingenieurbüro muss sich zu Beginn seiner Arbeit mit großem Aufwand in die örtlichen Gegebenheiten einarbeiten. Hierdurch entsteht ein Zeitverlust und höherer Kostenaufwand.</i>							
FW 01	Keine zusätzliche Stelle im Kulturamt	Produktgruppe 2810 Sonstige Kulturpflege Stellenplan	-48.000	2024 ff	--	VA	<p>Das Amt für Kultur und Sport bedient ein umfassendes und vielfältiges Veranstaltungsportfolio und agiert im direkten Kontakt mit verschiedenen gesellschaftlichen Zielgruppen und Interessen. Hiermit gehen zahlreiche Anforderungen einher, oftmals mit öffentlichkeitswirksamer Relevanz. Mit Blick auf den gesellschaftlichen Wandel und die Ansprache und das Gewinnen junger Menschen für die Bereiche Kultur und Sport sind zunehmend geeignete Kommunikationsformen erforderlich, wie z.B. social Media. Dieser Notwendigkeit trägt die Stellenschaffung Rechnung. In der täglichen Arbeit müssen z.B. für die städtischen Veranstaltungen in hoher Frequenz Flyer, Plakate und ähnliche Produkte erstellt werden. Die Stellenschaffung verringert die umfassenden Kosten für die hierfür erforderlichen externen Grafikdienstleistungen. Darüber hinaus ist zu beachten, dass bei der bisherigen externen Auftragsvergabe Zeit für Vergabe, Erläuterungen, Angleichungen (z.B. Einhaltung Corporate Design) wiederholt zu leisten ist. Eine konzentrierte Ausführung dieser Tätigkeiten durch eine zentral zuständige Person steigert die Effizienz.</p> <p>Die zusätzliche Stelle trägt einer zweiten Notwendigkeit Rechnung: Um bei städtischen Veranstaltungen, welche von Mitarbeitern des Amtes für Kultur und Sport in rechtlich-verantwortlicher Rolle als Veranstaltungsleiter ausgeführt werden, das erforderliche Maß an Personalressourcen gewährleisten zu können, wird ein zweiter Anteil der Stelle dem Veranstaltungsmanagement zugeordnet. Aufgrund des öffentlich-repräsentativen Charakters der Leonberger Veranstaltungen wie dem Pferdemarkt können durch die beschriebene Stellenaufteilung sinnvolle Synergie-Effekte zwischen Veranstaltungsmanage-</p>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							ment und Veranstaltungskommunikation erzielt werden. Siehe hierzu auch die ausführliche Stellungnahme im Beschlussvorschlag - 2023/208. (Amt für Kultur und Sport, Hauptamt)	
FW 02	Keine zusätzliche Stelle an der Volkshochschule	Produktgruppe 2710 Volkshochschulen Stellenplan	-15.546	2024 ff	--	VA	<p>Für die Verwaltungsleitung der Volkshochschule gibt es keine Vertretung. Zugleich ist in den vergangenen Jahren der Umfang der Tätigkeiten auf dieser Stelle äußerst stark gewachsen (durch zusätzliche, äußerst umfangreiche bürokratische Anforderungen u.a. im Bereich der Integrationskurse, aber auch im Bereich der Finanzen und Buchhaltung). Als Folge musste der Stelleninhaber auf seiner Vollzeitstelle zuletzt dauerhaft einen Arbeitsumfang bewältigen, der tatsächlich etwa anderthalb Stellen entspricht.</p> <p>Um diese schwierige Situation aufzufangen, sind die beantragten zusätzlichen 15 Stellenprocente lediglich eine absolute Minimallösung: Sie sollen bei der einzigen Mitarbeiterin, die noch aufstocken konnte und dazu bereit war, wenigstens einen Teil des Mehraufwandes abbilden, der schon seit Monaten auf dieser Stelle regelmäßig entsteht, um die Volkshochschule wenigstens im Notbetrieb weiterzuführen und eine drohende Schließung zu vermeiden.</p> <p>Eine nachhaltige Lösung, die auch der Fürsorgepflicht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und dem Erhalt ihrer Gesundheit gerecht würde, muss eigentlich die Neuschaffung einer 50%-Verwaltungsstelle anstreben, bei welcher die stark angewachsenen Aufgabenfelder von Buchhaltung und Finanzen sowie die Vertretung der Verwaltungsleitung angesiedelt werden müssten.</p> <p>(Amt für Kultur und Sport, Hauptamt)</p>	
FW 03	Musikschule: Hier wurde innerhalb der letzten 2 Jahre eine zusätzliche Teilzeitstelle geschaffen; derzeit keine weitere Stellenmehrung.	Produktgruppe 2630 Musikschulen Stellenplan	-13.500	2024 ff	--	VA	<p>Um ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag zu erfüllen, muss die Jugendmusikschule kundenorientiert arbeiten. Das Sekretariat ist für die Bürger die erste Anlaufstelle. Wie in Vorlage 2023/209 dargelegt, hat sich das Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer stark verändert, was dauerhaft zu erheblichen Mehraufwänden führt. Auch wird die Stundenplanung/Einteilung der Schüler*innen durch vermehrten Ganztagesunterricht der allgemeinbildenden Schulen inzwischen noch aufwendiger.</p> <p>Bei der 2023 erfolgten Aufstockung der Stelle der stellvertretenden Schulleiterin um 20 % auf 40 % handelt es sich nicht um eine zusätzliche Stelle, sondern lediglich um eine Aufstockung um 20 %.</p>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							<p>Diese betrifft zudem einen anderen Aufgabenbereich als die nun beantragte Aufstockung für das Sekretariat.</p> <p>Die aktuell erneute Mangelsituation im Sekretariat verdeutlicht zudem, dass die Personaldecke hier in jedem Fall zu dünn ist.</p> <p>(Amt für Kultur und Sport, Hauptamt)</p>	
FW 04	Bürgeramt: erst die 3 offenen Stellen besetzen; in 2024 keine zusätzliche Stelle	Produktgruppe 1222 Einwohnerwesen Stellenplan	-123.865	2024 ff	--	VA	<p>Siehe auch Antrag SPD 10</p> <p>Die Erfahrungen der letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass die Arbeitsmenge im Bürgeramt auch dann nicht zu bewältigen ist, wenn alle vorhandenen 6 Vollzeitstellen besetzt sind. Die permanente Überlastung führt zu hohen Abwesenheitszeiten und damit verbunden zu einer noch größeren Belastung der verbleibenden Mitarbeitenden. Dies hat eine Fluktuationsbewegung in Gang gesetzt mit dem Ergebnis, dass Anfang 2023 alle damaligen Mitarbeitenden das Bürgeramt verlassen haben. Aufgrund der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt ist es sehr leicht für die Mitarbeitenden, eine neue Stelle zu finden.</p> <p>Wenn die Rahmenbedingungen u.a. durch eine Stellenmehrung nicht verbessert werden, wird auch das schwer zu gewinnende neue Personal diese im Augenblick wenig attraktiven Stellen schnell wieder verlassen.</p> <p>(Ordnungsamt)</p>	
FW 05	Stadtmuseum: keine zusätzliche Stelle, sondern Höhergruppierung eines Mitarbeiters von EG2 auf EG 4	Produktgruppe 2520 Kommunale Museen Stellenplan	-17.500	2024 ff	--	VA	<p>Es ist keine zusätzliche Stelle im Stadtmuseum vorgeschlagen, sondern die Höhergruppierung von einer 100%-Stelle von EG2 auf EG4. Siehe Wortlaut im Beschlussvorschlag - 2023/208: „Der unbefristeten Entgeltgruppen-Erhöhung von einer Stelle von Entgeltgruppe TVÖD 2 auf TVÖD 4 mit einem Beschäftigungsgrad von 100 Prozent wird zugestimmt.“</p> <p>(Amt für Kultur und Sport, Hauptamt)</p>	
FW 06	Grundsteuer: zeitliche Befristung einer zusätzlichen Stelle für 2 Jahre	Produktgruppe 1132 Abgabewesen Stellenplan: KW-Vermerk		2024 ff	--	VA	<p>Gemäß Vorlage 2023/207 Beschlussvorschlag Nr. 2 erfolgte der Antrag auf Stellenschaffung mit einer Befristung auf zwei Jahre (Stelle mit KW-Vermerk).</p> <p>Es wäre jedoch sinnvoll, im Rahmen der Stellenbesetzung eine Perspektive auf eine Weiterbeschäfti-</p>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							gung auf einer anderen Stelle und damit ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zu bieten, um so auch Bewerbungen zu erhalten. (Kämmereiamt)	
FW 07	IT: Die Entfristung der Stelle wird mitgetragen, eine zusätzliche Stelle (aber nicht 2!)	Produktgruppe 1120 Organisation und EDV Stellenplan	-79.500	2024 ff	--	VA	Der Vergleich mit Städten ähnlicher Größe (Böblingen, Sindelfingen) zeigt, dass zwei zusätzliche Stellen für das sich entwickelnde Gebiet Digitalisierung als Minimum anzusehen sind. Unzureichende personelle Ressourcen haben Verzögerungen und Qualitätseinbußen in der Umsetzung von neuen Projekten und erhöhte Bearbeitungszeiten in der laufenden Betreuung und Weiterentwicklung digitalisierter Prozesse zur Folge. Die durch Digitalisierung angestrebten Effizienzsteigerungen können nur mit ausreichender personeller Ausstattung erzielt werden. (Amt für ITD, Hauptamt)	
FW 08	Stadtbücherei: keine zusätzliche Stelle	Produktgruppe 2720 Bibliotheken Stellenplan	-18.200	2024 ff	--	VA	Die Verwaltung sieht die Stellenaufstockung für die Hauptstelle weiterhin als erforderlich an, um das von den Bürgern viel geschätzte Angebot im derzeitigen zeitlichen Umfang aufrechterhalten zu können. Auf die Vorlage 2023/214 wird verwiesen. (Amt für Kultur und Sport, Hauptamt)	
FW 09	Gebäudemanagement: Wenn die Kläranlagen vom Tiefbauamt wegkommen, dann muss der bisherige Stelleninhaber auch dorthin wechseln, jedoch keine Stellenmehrung	Produktgruppe 1124 Gebäudemanagement Stellenplan	-96.465	2024 ff	--	VA	Für die Gebäudeunterhaltung in der Kläranlage gab es bisher kein eigenes Personal. Das hat funktioniert, weil nicht viel gemacht werden musste. Kleinere Maßnahmen (z. B. Einbau einer Damenumkleide - ohne tragende Wände) wurde mit einem Jahresunternehmer für Regenüberlaufbecken umgesetzt. Für die Zukunft bedarf es aber einer sachgerechten Unterhaltung, weil sonst mittelfristig größere Schäden zu befürchten sind. Auch eine Erweiterung vom Betriebsgebäude steht mittelfristig an. (Gebäudemanagement, Tiefbauamt und Hauptamt)	
FW 10	<i>Erstellung einer tabellarischen Übersicht durch die Verwaltung, in der sämtliche seit Dienstantritt des jetzigen Oberbürgermeisters neu geschaffenen Stellen und Höhergruppierungen sowie das jeweilige Dezernat unter Benennung der für die jeweilige Stelle anfallenden aktuellen jährlichen Personalkosten ersichtlich ist, in Verbindung mit einer Auflistung</i>	--	--	--	--	VA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	<i>der Entwicklung der tatsächlich in jedem einzelnen Bereich in den Haushaltsjahren 2020 bis 2023 angefallenen externen Beratungskosten.</i>							
FW 11	<i>Priorisierung des künftigen Investitionsprogramms</i>	--	--	--	--	SKA PA VA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FW 12	<i>Zeitliche Streckung von Bauvorhaben</i>	--	--	--	--	SKA PA VA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FW 13	<i>Kurzfristiger Abschluss des städtebaulichen Vertrages betreffend Stadtbaugebiet; falls nicht möglich: Aufnahme von Verhandlungen mit dem Land betreffend Förderunschädlichkeit für künftige Abbruchkosten bei zwischenzeitlicher Nutzung zur Unterbringung von Migranten.</i>	--	--	--	--	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FW 14	<i>Umfassendes Gesamtkonzept zur Straßenplanung</i>	--	--	--	--	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FW 15	<i>Herstellung Radweg nach Ditzingen/Gerlingen</i>	--	--	--	--	PA	<i>Siehe auch Antrag FDP 05 Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FW 16	<i>Kontaktaufnahme mit dem Land zur Wiederherstellung des Radwegs in Richtung Glemseck</i>	--	--	--	--	PA	<i>Siehe auch Antrag FDP 06 Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FW 17	<i>Fortschreibung des Flächennutzungsplans</i>	--	--	--	--	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FW 18	<i>Planungsrechtliche Entwicklung der städtischen Bauplätze am Heckenweg mit dem Ziel der Veräußerung zur Wohnbebauung</i>	--	--	--	--	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
FW 19	Einstellung der Nutzung der alten Schuhfabrik – Entscheidung über Zukunft durch nächsten Gemeinderat	Produktgruppe 1124 Gebäudemanagement	?	2024 ff	--	SKA	Siehe auch Antrag SPD 07 Im Ergebnishaushalt wurden 100.000 EUR für ein VgV Verfahren in der Mittelanmeldung im Mai 2023 angesetzt. (Gebäudemanagement) Die großen Raumbedarfe kommen aus dem Amt für Kultur und Sport selbst: Das Museumsdepot und die Kunstsammlung befinden sich im oberen Teil des mittleren Gebäudes (ca. 300 qm), ebenso z.B. die Kunstschule/VHS. Bei einer Schließung des Gebäudes wären übergangslos adäquate Flächen für die o.g. Bedarfe erforderlich. (Amt für Kultur und Sport)	
FW 20	<i>Offenlegung der Verrechnungssätze einer Bauhofstunde zur Prüfung, ob Fremdvergabe oder Eigenleistung wirtschaftlicher</i>	--	--	--	--	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FW 21	Anregung: Edith-Stein-Haus : prüfen, ob der Erwerb für die Stadt sinnvoll (Kosten-Nutzenrelation, eventuell zur Unterbringung?)	731400056022 Erwerb Edith-Stein-Haus Neuer Investitionsauftrag	?	2024	--	VA	Die Immobilie ist im aktuellen Zustand nicht für die Unterbringung von Flüchtlingen geeignet. Die Kosten für einen Umbau stehen in keinem Verhältnis zur späteren Nutzung. Allerdings ist eine kulturelle Nutzung, auch während der Sanierung der Stadthalle denkbar. (Gebäudemanagement)	
FW 22	<i>Information des Gremiums betreffend der Abrechnung von Strom und Wasser für das Strohländle 2022 und 2023</i>	--	--	--	--	SKA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FW 23	<i>Spielplatzneubau: Genaue Budgetvorgaben an Fachplaner; künftig keine Überschreitung des gesetzten Kostenrahmens mehr</i>	--	--	--	--	SKA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FW 24	Keine Veranstaltungen/Messen mehr in der Stadthalle , solange das Dach undicht ist	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadthalle Leonberg	?	--	--	VA	Die Reparatur des Daches ist bereits beauftragt und wird 2023 noch ausgeführt. Kosten laut Angebot 2.550 EUR. Daher auf 2024 keine finanziellen Auswirkungen. (Eigenbetrieb Stadthalle Leonberg)	
FW 25	Planansätze Ersatzbeschaffungen Bauhof (Seite 52), Fahrzeug im Bereich der Abwasserbeseitigung (Seite 53) und Beschaffung Müllpressenaufbau/Waldfriedhof (Seite 53) mit Sperrvermerk		SPERRVERMERK	2024	--	PA	Die Sperrvermerke wurden durch den Gemeinderat am 17.10.2023 bereits aufgehoben s. BV 2023/231 bzw. 2023/231-01 für:	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
		711250046005 Baubetriebshof Service Fahrzeuge 711250046005 Baubetriebshof Service Fahrzeuge 711250056005 Baubetriebshof Landschaftspflege Fahrzeuge 753800026004 Abwasserbeseitigung Fahrzeuge 755300016003 Waldfriedhof Leonberg Ausstattung					711250046005 Baubetriebshof Service Fahrzeuge 711250056005 Baubetriebshof Landschaftspflege Fahrzeuge 755300016005 Waldfriedhof Leonberg Ausstattung Der Sperrvermerk wurde 26.09.2023 durch den Gemeinderat bereits aufgehoben s. 2023/194 für: 753800026004 Abwasserbeseitigung Fahrzeuge (Tiefbauamt)	
FW 26	Welche Konsequenzen ziehen wir aus den bisherigen Fehlplanungen zur Grundschule Warmbronn?	--	--	--	--	SKA PA VA	Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.	
FW 27	Änderung des Planansatzes in Höhe von EUR 300.000 für städtische PV-Anlagen : Hierdurch wird die Gefahr der Netzüberlastung verstärkt; daher stattdessen über diesen Betrag für ein Jahr an Bürger und Firmen eine Akkuförderung in Höhe von EUR 300,- pro Kilowattstunde, max. 5000 EUR pro Antrag (beispielsweise nach dem Vorbild Stuttgart).	711240017001 Ausbau städtische Dachflächen mit PV-Anlagen Produktgruppe 5610 Umweltschutzmaßnahmen	Antrag: Jährlich -300.000 +??	2024 - 2027	--	PA	Eine Netzüberlastung ist bei diesem Projektumfang nicht gegeben. Hierzu gibt es einen Gemeinderatsbeschluss, welcher die Mittelverwendung im Zeitraum 2024-2030 klar regelt. (Gebäudemanagement)	
FW 28	Zu Seite 114: Abfrage der Gemeinderäte, wer ein neues iPad braucht, alternativ gehen die Gebrauchten an Schulen oder an Kinder, die auf Bürgergeld angewiesen sind.	Produktgruppe 1110 Steuerung	?	2024	--	VA	Eine Bedarfsabfrage zu iPads ist im Rahmen der Abfrage der Daten neuer Gremienmitglieder via Formularserver bereits vorgesehen. Die iPads 5. Generation für Gemeinderäte wurden in 2017, die iPads 6. Generation für Ortschaftsräte in 2018 beschafft. Erfahrungsgemäß stellt der Hersteller nach etwa 6 Jahren den Support für die Geräte ein. Nach Supportende werden Sicherheitslücken nicht mehr behoben, zudem ist nach dieser Nutzungsdauer mit erhöhtem Verschleiß (z.B. Akku, Display) zu rechnen. Die Verwaltung rät daher von einer Weitergabe der Geräte ab. (Amt für ITD, Referat des Oberbürgermeisters)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
FW 29	Zu Seite 131: Wenn der Wasseran-satz für städtische Gebäude um 23 % gekürzt wird, müsste insoweit ebenso das Abwasser entsprechend gekürzt werden.	Produktgruppe 1124 Gebäudemanagement	?	2024 ff	--	SKA PA VA	Das Abwasser wurde im Ansatz auch gekürzt und gerundet angemeldet. (Gebäudemanagement)	
FW 30	Seite 137/138 Presse-und Öffentlichkeitsarbeit : Streichen des Plansatzes für den Unterhaltungsaufwand Webauftritt, Zukauf von Dienstleistungen in Höhe von EUR 36.000,-	Produktgruppe 1130 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	jährlich -36.000	2024 ff	--	VA	Diese Mittel wurden vom Amt für ITD für den Relaunch des Webauftritts Leonberg.de geplant. Websites müssen von Zeit zu Zeit - etwa alle 5 Jahre - grundlegend überarbeitet werden, um dem technischen Fortschritt hinsichtlich Cybersicherheit, Design und Nutzerführung gerecht zu werden. Der letzte Relaunch von Leonberg.de fand 2017 statt. Mit diesem Teilprojekt der Verwaltungsdigitalisierung werden die digitalen Services der Stadt Leonberg künftig für Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Unternehmen besser erreichbar und nutzbar gemacht. Jede online genutzte Leistung trägt zu einer zeitgemäßen und effizienten Verwaltung bei. (Amt für ITD)	
FW 31	Seite 156: Entgelte für Zentrale Werkstätten wurden um 20.000 EUR vermindert: Überprüfung/ Anpassung der Gebühren für Schlauchwartung und ähnliches von fremden Wehren; Abgleich mit den Kosten anderer Anbieter	Produktgruppe 1260 Brandschutz	jährlich +?	2024 ff	--	VA	Die Entgelte für die zentralen Werkstätten wurden durch den Gemeinderat in diesem Jahr beschlossen und datieren vom 3. Mai 2023. Im Rahmen der Neufassung wurden Vergleiche mit den umliegenden Werkstätten vorgenommen. Dabei war festzustellen, dass diese oftmals geringere Entgelte verlangen. Zudem ist die Inanspruchnahme der Werkstätten durch die Kunden auch vom Einsatzgeschehen abhängig. Bei einer Vielzahl an Einsätzen erhöhen sich die Arbeiten und somit steigen auch die Entgelte. Umgekehrt kann es ein, dass bei geringerem Einsatzaufkommen auch die Einnahmen geringer ausfallen. Dieses lässt sich nicht planen und steuern. (Referat für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz)	
FW 32	Seite 182: Festival Kulturregion Stuttgart : in 2024 ersatzlos streichen; grundsätzliche Überlegung, was man insoweit künftig macht.	Produktgruppe 2520 Kommunale Museen	im Wechsel -18.000 -4.000	2024 2025	--	SKA	Möglichkeit zur Streichung besteht. Festival sollte aber im Sinne des Verbunds (Region Stuttgart) künftig wieder aufgegriffen werden, d.h. in 2026 wieder voraussichtlich 20.000 EUR. Hintergrund zur Kultur-Region Stuttgart, siehe Quelle www.kulturregion-stuttgart.de. Als Zusammenschluss von 43 Städten und Gemeinden, dem Verband Region Stuttgart und drei Mitgliedsvereinen (veranstaltet die KulturRegion) seit 1991 groß angelegte interkommunale Kulturprojekte und prägt damit das kulturelle Erscheinungsbild der	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							<p>Region. Die Projekte befassen sich mit verschiedenen Aspekten regionaler Identität.</p> <p>Die KulturRegion Stuttgart macht das große kulturelle Potenzial der Region sichtbar und ist Katalysator für neue Entwicklungen. Sie schafft Freiräume für die Künste und ermöglicht Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Ziel ist (dabei sowohl) die Beförderung der kulturellen Identifikation der Bewohner mit »ihrer« Region (Innenorientierung) als auch die Schaffung von Anreizen für die Bevölkerung, andere Kommunen in der Region zu entdecken (Binnentourismus). Gleichzeitig finden durch die Kulturprojekte auch Interessierte von außerhalb den Weg in die Region und erleben ein regionalspezifisches Kulturangebot (Außenorientierung).</p> <p>Allgemeiner Hinweis: Herr Oberbürgermeister Cohn ist Vorstandsmitglied.</p> <p>(Amt für Kultur und Sport)</p>	
FW 33	Seite 191/451 welcher Kostenansatz ist korrekt: EUR 12.600,-- oder 5200,--?	Produktgruppe 2630 Musikschulen JMS Ausstattung	?	2024	--	SKA	<p>Im konsumtiven Haushalt sind für die Beschaffungen diverser erforderlicher Instrumente, welche jeweils weniger als 1.000,- EUR kosten und entsprechend hier veranschlagt werden müssen, 12.600 EUR eingestellt. Im investiven Haushalt sind für Instrumentenbeschaffungen, die jeweils mehr als 1.000,- EUR kosten und entsprechend dort verbucht werden müssen, insg. 5.200 EUR eingestellt.</p> <p>(Amt für Kultur und Sport)</p>	
FW 34	Seite 222, Schulsozialarbeit : Eine 0,75-Stelle kostet EUR 134.000,00; eine ganze Stelle also über EUR 175.000,00. Das kann nicht sein!	Produktgruppe 3620 Allgemeine Förderung junger Menschen	-20.000	2024 ff	--	SKA	<p>Der Anstieg des Zuschusses um 134.000 EUR ist ein Fehler der Verwaltung, da 0,5 VZÄ versehentlich dem Jugendhaus Leonberg e. V. zuviel zugerechnet wurden. Ein VZÄ wird mit rund 75.000 EUR Arbeitsplatzkosten kalkuliert plus Personalnebenkosten, pauschale Sachkosten und pädagogische Mittel (3.000 EUR pro VZÄ).</p> <p>(Amt für Jugend, Familie und Schule)</p>	
FW 35	Seite 257: Reinigungskosten Dritte nicht auf EUR 72.000,-- kürzen, sondern nur auf EUR 90.000,--	Produktgruppe 5450 Straßenreinigung und Winterdienst	+18.000	2024	--	PA	<p>Reinigungskosten durch Dritte (Fremdfirmen) fallen bei den folgenden Leistungen an:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Winterdienst - Leerung der Hundekotstationen im städtischen Innenbereich - Leerung der Mülleimer und Hundekotstationen im Stadtpark <p>Der Wegfall der Kürzung wird begrüßt.</p>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							(Tiefbauamt)	
FW 36	Seite 273: Austritt aus EURpean Energy Award	Produktgruppe 5610 Umweltschutzmaßnahmen	jährlich -9.000	2024 ff	--	PA	Es liegt keine Stellungnahme vor, Beantwortung erfolgt mündlich im Ausschuss.	
FW 37	Seite 320: Vorziehen Planungsrate Altes Rathaus auf 2024	711200047001 Altes Rathaus Leonberg Umbau + Sanierung	Antrag: +100.000 -100.000 Verwaltung: keine Änderung	2024 2025	Seite 368: ein MTW zur Beschaffung erst in 2025 vorsehen: -100.000 in 2024 +100.000 in 2025	VA	Im Haushaltsansatz wurde das Projekt auf das Jahr 2025 avisiert. Ein Vorziehen ist aufgrund der aktuellen Personal- und Haushaltssituation nicht machbar. (Gebäudemanagement) Stellungnahme zum Deckungsvorschlag: Die öffentliche Ausschreibung des MTW ist nach Beschlussfassung im VA am 21.09. (Drucksache 2023/190) erfolgt. Damit bestehen eine Verpflichtung und rechtliche Bindungswirkung. Eine Verschiebung der Beschaffung in 2025 ist somit nicht möglich. (Referat für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz)	
FW 38	Seite 390 Sophie-Scholl-Schule: Festes Dach oder Folie auf Fenster, anstatt anfälligem Sonnensegel	721100127005 Sophie-Scholl GS Sonnenschutz	Antrag: -30.000 Verwaltung: Keine Änderung	2024	--	SKA	Die Sonnensegel sind für den Außenbereich gedacht. Es sind neue zusätzliche Sonnensegel. Daher ist eine Folienlösung nicht möglich. (Gebäudemanagement)	
FW 39	Seite 527/540: Kostenansatz pro Multifunktionsdrucker auf maximal EUR 600,00 begrenzen	736500606022 Kita West Ausstattung (ITD)	-600	2024	--	SKA	Der Preis für ein Multifunktionsgerät A4 / Farbe aus dem Warenkorb des Lieferanten liegt aktuell bei knapp 600 EUR; aufgrund der in 2024 zu erwartenden Preissteigerungen kann bei einer Deckelung auf diesen Betrag voraussichtlich keine Beschaffung erfolgen. (Amt für ITD)	
FW 40	Seite 602: Stadtgarten: Begrenzung Kostenrahmen von EUR 3,36 Millionen auf EUR 3 Millionen	751100017013 Leonberg Mitte Ordnungsmaßnahmen Grünanlage	Bereits auf Änderungsliste gesetzt.	2024	--	PA	Anlässlich des Gremienbeschlusses zu Sitzungsvorlage 2023/113 wurde der Kostenrahmen für den Stadtgarten inzwischen auf 2.8 Mio. EUR gedeckelt. (Stadtplanungsamt)	
FW 41	Seite 692: Umgestaltung der Poststraße nur im Bereich zwischen Römerstraße und Benzstraße	754100427002 Straßenraumgestaltung Poststraße (Bosch Campus)	-?	2024 ff	--	PA	Siehe auch Anträge Grüne 02 und 05, FW 42 und S:ALZ 06, S:ALZ 01-04 (Gegenfinanzierung)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							<p>Für das Projekt Poststraße wurde in der Gemeinderatssitzung vom 07.03.2023 bereits der Baubeschluss getroffen. Derzeit wird die Ausschreibung der Bauleistungen vorbereitet. In die Ausschreibung werden zunächst nur die Bauleistungen bis zur Höhe Benzstraße aufgenommen. Diese stehen im direkten Zusammenhang des neuen Bosch Gebäudes, das bereits steht und vor dem die Außenanlagen derzeit bereits umgebaut werden.</p> <p>Wie mit den Abschnitten in Richtung Süden (zweites Bosch-Gebäude bzw. derzeitige Baugrube) verfahren wird, kann im weiteren Planungsprozess geklärt werden.</p> <p>(Referat für innovative Mobilität)</p>	
FW 42	Seite 710: Stadt für Morgen: Kürzung des Planansatzes in 2024 von EUR 300.000 auf EUR 150.000, da Anderes wichtiger ist.	754100807001 Straßenbaumaßnahmen Kernstadt	-150.000	2024	--	PA	<p>Siehe auch Anträge Grüne 02 und 05, FW 41 und S:ALZ 06, FW 44 (Gegenfinanzierung)</p> <p>Das Projekt Stadt für Morgen wurde im Grundsatzbeschluss im Jahr 2021 und mit dem Vergabeabschluss der Planungsleistungen im Jahr 2022 bereits bis Leistungsphase 3 beschlossen. Die damals veranschlagten Planungsmittel werden weiterhin benötigt und eine Kürzung würde sowohl das Projekt torpedieren als auch dazu führen, dass laufende Verträge und Gemeinderatsbeschlüsse nicht umgesetzt werden können.</p> <p>Die im Grundsatzbeschluss festgehaltenen finanziellen Auswirkungen von insg. 15 Mio. EUR Investitionskosten bei Förderquoten von mindestens 50 % haben weiterhin Bestand. Für die ersten Abschnitte wurden sogar höhere Förderquoten von 60-65 % erzielt, so dass die Belastung der Stadt Leonberg im Vergleich zum Grundsatzbeschluss bereits weiter gesenkt werden konnte, als die vorgeschlagene Kürzung der Planungsmittel.</p> <p>Die Stadtverwaltung empfiehlt nachdrücklich, von diesem Antrag abzusehen.</p> <p>(Referat für innovative Mobilität)</p>	
FW 43	Seite 749: Wehr an der Clausenmühle: nach 2027 ff zurückstellen	755200037001 Herstellung ökologische Durchgängigkeit Wehr Clausenmühl	-250.000 VE -800.000 -800.000 +250.000	2024 2024 2025 2027	--	PA	<p>Für die Maßnahme soll 2024 ein Ingenieurbüro beauftragt werden, um mit den Planungen nach HOAI zu beginnen. Das Ziel der ökologischen Durchgängigkeit der Glems wird weiterhin, auch von Seiten der Unteren Wasserbehörde, verfolgt.</p>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							(Tiefbauamt)	
FW 44	Zusatzantrag: Sanierung See im Stadtpark und Sprudler : hier EUR 250.000 einstellen; Finanzierungsvorschlag	Produktgruppe 5510 Öffentliche Grün, Landschaftsbau und Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	+250.000		Einsparung EUR 150.000 Stadt für Morgen und Kosteneinsparung Kürzung Stadtgärten	PA VA	Das Problem ist bekannt. Die Stadtwerke Leonberg waren schon im Bereich oberhalb des Sprudlerbergs aktiv. Im 2. und 3. See ist die Betonsohle defekt. Wasser versickert somit unkontrolliert. Die Sohle muss repariert werden. Ebenso sind die Natursteine zu ersetzen bzw. auszubessern. (Tiefbauamt) Dies wurde nicht im Wirtschaftsplan per 13.11.2023 berücksichtigt. Kosten werden erst nach Konkretisierung ermittelt. Zusätzliche Investitionen können nur über Kredite finanziert werden. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
FW 45	Gebersheim: Regen- Fahrgastunterstand im Bereich des Rathauses; Fahrradständer vor der Ortschaftsverwaltung	Investitionsauftrag kommt auf Standort an 754100167006 Fahrradabstellanlagen	Verwaltung: Im Budget enthalten.	2024	--	ORG PA	Ein Fahrradständer vor der Ortschaftsverwaltung wurde in der Vergangenheit bereits geprüft. Es fallen Kosten von ca. 1.000 EUR an. Diese können aus dem Budget Fahrradabstellanlagen finanziert werden. Eine Umsetzung ist allerdings nur möglich, unter der Voraussetzung, dass 1 Pkw-Stellplatz entfällt. Ansonsten stehen in direkter Nähe keine nutzbaren städtischen Flächen zur Verfügung. Der Fahrgastunterstand für die Bushaltestelle wurde von den Stadtwerken Leonberg bereits beauftragt. (Referat für innovative Mobilität)	
CDU 01	Bau einer Mehrzweckhalle Bildungscampus Ezach mittelfristig in Haushalt einstellen:	742410177001 Mehrzweckhalle Bildungscampus Ezach Neubau Neuer Investitionsauftrag	Antrag S:ALZ: +2.500.000	2024 ff	--	SKA	Siehe auch Antrag S:ALZ 02, da keine Kosten angegeben wurden: Änderungsbetrag von Antrag S:ALZ 01 übernommen. Aktuell ist vom GR nur ein Beschluss für eine Wohnbebauung genehmigt. Deshalb sind für das kommende Haushaltsjahr keine Mittel angemeldet. Des Weiteren ist eine Bebauung des Grundstücks, aufgrund des Bauablaufs Neubau Kita Süd, erst nach Fertigstellung möglich. (Gebäudemanagement) Die Sophie-Scholl-Schule nutzt aktuell neben dem Bewegungsraum der Schule für den regulären Sportunterricht die Sporthalle an der Mörikeschule.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							<p>Aufgrund steigender Schülerzahlen an allen Kernstadt-Grundschulen und dem Ganzttag an der Mörikeschule, werden die Kapazitäten der Sporthalle in den kommenden Jahren nicht mehr für beide Schulen ausreichen.</p> <p>Im Hinblick auf den Ausbau der Sophie-Scholl-Schule zur offenen Ganztagschule wird neben der Sicherstellung des Schulsports auch für Aktivitäten am Nachmittag eine weitere Sport- und Bewegungsfläche am Schulstandort benötigt.</p> <p>(Amt für Jugend, Familie und Schule)</p>	
CDU 02	Pausenhofgestaltung Schellingschule: es macht wenig Sinn Planungskosten einzustellen und die Umsetzung nicht zu terminieren.	721100207002 Schellingschule Neugestaltung Pausenhof	VE +250.000 +250.000	2024 2025	--	SKA	<p>Siehe auch Anträge FDP 12, S:ALZ 03</p> <p>Das Projekt wurde im Zuge der Haushaltsklausur verschoben. Siehe Änderung Finanzplanung gem. Klausurtagung v. 14.07.23.</p> <p>(Gebäudemanagement)</p> <p>Aufgrund stark steigender Schülerzahlen an der Schellingschule ist die aktuell vorhandene Schulhofffläche nicht ausreichend. Neben der Lärmentwicklung stehen den Schülerinnen und Schülern nicht ausreichend Spielmöglichkeiten und Bewegungsflächen zur Verfügung. Die gemeinsame Nutzung des Eisplatzes durch die GHR und die Schellingschule sind möglich und pädagogisch gewünscht.</p> <p>Die bestehenden Schulhöfe müssen jedoch gemäß eines gemeinsam mit den Schulleitungen entwickelten Gesamtkonzeptes modernisiert werden, um neben beispielbarer Fläche auch Spielmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.</p> <p>(Amt für Jugend, Familie und Schule)</p>	
CDU 03	Planungsrate Bau KiTa Unterer Schützenrain . Umsetzung Berliner Str./Unterer Schützenrain sollte parallel laufen. Letzteres nun zweitverzögert, aber keine Mittel von Seiten Stadt eingestellt. Erforderlich für weitere Planung.	736502207001 KiTA Unterer Schützenrain Neuer Investitionsauftrag	VE +80.000 +80.000	2024 2025	--	SKA	<p>Projekt Kita Unterer Schützenrain wurde im Zuge der Klausurtagung verschoben.</p> <p>Siehe Änderung Finanzplanung gem. Klausurtagung v. 14.07.23</p> <p>(Gebäudemanagement)</p> <p>Der Bedarf an beiden Neubauten wurde bereits 2020 vom Amt für Jugend, Familie und Schule aufgrund steigender Kinderzahlen erhoben. Eine zeitgleiche Eröffnung der Kindertageseinrichtungen mit der Aufsiedelung der Wohngebiete ist erforderlich, um die Wege so kurz wie möglich zu halten.</p> <p>Siehe Vorlage 2020/244</p>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							(Amt für Jugend, Familie und Schule) Die Kita im Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans „Unterer Schützenrain“ ist, insbesondere hinsichtlich der damit einhergehenden Verkehrserzeugung, derzeit Gegenstand eines kontroversen Abwägungsprozesses dessen Ergebnisse aktuell nicht vorhersehbar sind und auch zu einem Verzicht auf die Kita an diesem Standort führen können. Gegenwärtig wäre eine Mittelbereitstellung daher verfrüht. (Stadtplanungsamt)	
CDU 04	<i>Bebauung Unterer Schützenrain: Informationen, die vor weiterer Beschlussfassung erforderlich sind:</i> <i>- Erstellung Drucksache zur frühzeitigen Beteiligung mit Hinweisen, Kritikpunkten, Anregungen aus der Bürgerschaft und Stellungnahme der Stadtverwaltung mit Vermerk Kenntnisnahme, Berücksichtigung / Ablehnung</i> <i>- Verkehrsgutachten 2021: Berücksichtigt bei Wettbewerbsausschreibung? Info war dem Sieger bekannt?</i>	--	--	--	--	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
CDU 05	<i>Eventuell Bebauung Lehmgrube, da im FNP 2020 als mittelfristig geplant. Eigentümer waren bereits diesbezüglich vorstellig. Relativ schnelle Umsetzung wäre wohl machbar.</i>	--	--	--	--	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
CDU 06	Eine Stelle Personalabteilung . Es ist DRINGEND erforderlich, dass Bewerbungen schnell bearbeitet und damit hoffentlich zu einem positiven Abschluss führen. Dies ist nur machbar, wenn ausschließlich für diese Aufgabe eine Mitarbeiterin/ ein Mitarbeiter eingestellt wird. Nur so können auch evtl. schon vakante/offene Stellen schnell wiederbesetzt werden und damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlastet werden.	Produktgruppe 1121 Stellenplan	jährlich + 77.500	2024 ff	Reduzierung der Personalaufwendungen lt. Anträgen der Verwaltung zum Bereich Stellenbeschaffung/Stellenmehrung Ausschüsse + GR 09/2023	VA	Eine zusätzliche Personalsachbearbeitung könnte in der aktuellen Belastungssituation gut gebraucht werden. Weil für eine/n zusätzlichen Beschäftigte/n kein Zimmer mehr zur Verfügung steht müssten einzelne Sachbearbeiter/innen ins mobile Arbeiten gehen. Die Voraussetzungen dafür, die e-Personalakte, wird derzeit geschaffen. (Hauptamt)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
CDU 07	<i>Bericht Fa. Ispa Consult: Die Firma ISPA Consult beschäftigt sich mit der Optimierung der Arbeitsabläufe etc.. Ergebnisse aus der Mitarbeiterbefragung sollten priorisiert und umgesetzt werden. Im Frühjahr 2023 erfolgte hierzu ein Bericht. Was hat sich seither getan? Konnte durch Maßnahmen die Mitarbeiterzufriedenheit erhöht und die Fluktuation abgebaut werden? Welche Schritte sind aktuell in der Umsetzung?</i>	--	--	--	--	VA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
CDU 08	Geschäftsführer Stadtwerke: Auf Grund der Komplexität und auch um die Stadtwerke für die Zukunft fit zu machen ist eine Geschäftsführerstelle dringend erforderlich. Hier ist dann auch eine der Aufgaben, den Blick verstärkt auf evtl. Zuschüsse / Fördertöpfe zu richten.	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg Stellenplan	jährlich +100.000 Verwaltung: Jährlich +110.000	2024 ff	--	VA	Siehe auch Antrag SPD 02, da kein Betrag genannt von Antrag SPD 02 übernommen. Es wurde im Stellenplan 2024 und in den Personalkosten 2024 per 13.11.2023 nicht berücksichtigt. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg) Die Verwaltung unterstützt diesen Antrag. Eine (kaufmännische) Geschäftsführung für die Stadtwerke könnte mit Sachverstand und Kontinuität sich um den Verwaltungsbetrieb kümmern. Auch der Wissenstransfer an neues Personal könnte besser umgesetzt werden. Diese Stelle würde den Beschäftigten als ständige/r Ansprechpartner/in für operativer Fragen zur Verfügung stehen. Schließlich könnte diese Stelle die Stadtwerke weiterentwickeln und Projekte leiten. Die strategische und politische Führung der Stadtwerke müsste in den Händen der Dezernenten und des Gemeinderates bleiben. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg, Hauptamt)	
CDU 09	Zuschuss Kreiskrankenhaus Leonberg Gynäkologie: auch eine Offenlegung des angeblichen Defizits von Seiten des Landkreises erforderlich unter Berücksichtigung der direkten Zahlungen der Pflegekassen an die Hebammen ab 2025.	Produktgruppe 4110 Krankenhäuser Produktgruppe muss in den Haushalt neu aufgenommen werden	+200.000	2024	--	VA	Eine Beteiligung der Stadt Leonberg an der Krankenhausfinanzierung muss nach kommunalrechtlichen Grundsätzen geprüft werden und darüber hinaus mit den zuständigen Trägern in Abstimmung gebracht werden. Nichtsdestotrotz kann dieser Antrag im Vorgriff dessen zur Abstimmung gestellt werden. Eine Empfehlung der Verwaltung wird aufgrund der ungeklärten rechtlichen Situation nicht erfolgen. (Referat des Oberbürgermeisters)	
CDU 10	Rücknahme Reduzierung Schulbudget (Ifd. Nr. 14): Der Materialeinkauf wird teurer, die Schülerzahlen steigen, daher die Lehr-, Lernmittel und die Position Monetarisierung auf	Teilergebnishaushalt 03 Schulträgeraufgaben	Antrag: + ca. 60.000 Verwaltung: +233.771	2024 ff	Personalkosten neu beantragte Stellen	SKA	Siehe auch Antrag S:ALZ 03 und FDP 13 (Nur Schulleiterbudget)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	den Planungsstand 2023 erhöhen und nicht reduzieren.		gesamtes Budget Schulen				<p>In den kommenden Jahren werden ca. 25% mehr Schülerinnen und Schüler Schulen in städtischer Trägerschaft besuchen. Hier ist ein Ausbau der Schulen im Lehr- und Betreuungsbereich zwingend notwendig. Neben Baumaßnahmen müssen Beschaffungen zeitnah durchgeführt werden, um den aktuellen Standard zu halten und bestehende Defizite abzubauen (Bereich IT, Mobiliar, Lehrmittel).</p> <p>Die Gesamtsumme des Schulleiterbudgets ist seit dem Jahr 2006 konstant und wird auf die 13 Schulen verteilt. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ist aktuell stark ansteigend. Somit stehen zukünftig jedem Schüler und jeder Schülerin verhältnismäßig weniger Geld zur Verfügung. Auch Kostensteigerungen für Lehr- und Lernmaterialien sowie veränderte Anforderungen an Unterricht (Digitalisierung) wurden seit Festsetzung der Gesamtsumme nicht berücksichtigt.</p> <p>(Amt für Jugend, Familie und Schule)</p>	
CDU 11	Unterhaltung Feldwege: Bei der Felderrundfahrt kamen Hinweise auch im Hinblick zum Thema Verkehrssicherheit, u.a. zur Kreuzung an der ehemaligen Baustelle der DB, aber auch Gebersheim Gewann „Pfennigäcker“ und Eichenstraße Richtung Rutesheim. Die Aufzählung ist nur exemplarisch, daher kann die Position gegenüber 2023 nicht noch reduziert werden.	Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen	+35.000	2024		PA	<p>Siehe auch Antrag ORG 04</p> <p>Eine Veranschlagung der Mehrkosten für den Unterhalt der Feldwege wird begrüßt.</p> <p>(Tiefbauamt)</p>	
CDU 12	PKW-Anhänger Forst: Ersatz PKW-Anhänger mit Abdeckung, da alter Anhänger Baujahr 2001. Total abgewirtschaftet durch den Einsatz im Wald.	755500016025 Forstwirtschaft Fahrzeuge	+20.000	2024	Reduzierung Anschaffung Spielgeräte: -70.000 EUR	SKA VA	<p>Der Anhänger wird vermutlich keine neue TÜV-Abnahme bekommen.</p> <p>(Kämmereiamt)</p>	
CDU 13	Prüfung Erhöhung Hundesteuer , Vergleichsdaten aus Nachbarkommunen einholen.	Produktgruppe 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen	Verwaltung: jährlich +37.000 bzw. +5.000	2024	--	VA	<p>Der aktuelle Hundesteuersatz in Leonberg beträgt für einen Hund 132 EUR.</p> <p>Bei den umliegenden Kommunen beträgt der Satz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Böblingen 120 EUR • Ditzingen 96 EUR • Gerlingen 120 EUR • Renningen 144 EUR • Rutesheim 144 EUR • Sindelfingen 120 EUR • Stuttgart 108 EUR 	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							Bei einer Änderung der Hundesteuersatzung und Erhöhung auf einen Satz von 156 EUR/Hund, erhöhen sich die Erträge um ca. 37 TEUR/Jahr, bei einer Erhöhung auf 168 EUR/Hund ca. 59 TEUR/Jahr. Die Änderung der Satzung sollte grundsätzlich so erfolgen, dass diese zum 01.01. eines Jahres wirksam wird, spätestens jedoch zum 31.01. eines Jahres. Erfolgt die Satzung später, z.B. nach Versand der Bescheide, werden Änderungsbescheide nach Erlass der neuen Satzung erlassen. (Kämmereiamt)	
CDU 14	Zuschuss Hospiz: einmaliger Zuschuss an das Hospiz, das sein Gebäude mit hohem finanziellen Einsatz aufgestockt hat und damit nicht nur die Betreuung ausbaut sondern auch die Gesprächskreise erweitert hat. Hier gilt es, mit einem einmaligen Zuschuss die aufopfernde Arbeit auch der vielen Ehrenamtlichen zu würdigen, deren Aufgabe immens wichtig ist aber auch sehr belastend sein kann.	Produktgruppe 3140 Soziale Einrichtungen	+10.000	2024	--	SKA	Im Mai 2023 wurde ein Baukostenzuschuss für den Erweiterungsanbau abgelehnt, da die Stadt Leonberg im Jahr 2011 bereits den Bau in großem Umfang finanziell unterstützt hat. Eine Förderung des Vereins ist gemäß der Vereinsförderrichtlinie ab dem 1. Januar 2024 durch das Amt für Jugend, Familie und Schule denkbar. Ein einmaliger Zuschuss außerhalb der Förderrichtlinie kann gemäß dem Antrag in einer gesonderten Vorlage behandelt werden. (Amt für Jugend, Familie und Schule)	
CDU 15	<i>Bürgerplatz: Umbenennung der Bürgerplatzes in Dr.-Ortlieb-Platz. OB Dr. Ortlieb a.D. hat die Stadt 24 Jahre positiv gestaltet und weiterentwickelt. Auch nach seiner Tätigkeit blieb er der Stadt treu und war hoch angesehen bei der Bevölkerung.</i>	--	--	--	--	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
CDU 16	<i>Prüfung Ergänzung Ortsschilder: Prüfung, ob die Ortsschilder um den Zusatz "Stadt der Leonberger Hunde" ergänzt werden könnte</i>	Produktgruppe 5750 Tourismus	--	2024	--	VA	<i>Die Möglichkeit einer Umsetzung wird geprüft. (Ordnungsamt, Referat für Wirtschaftsförderung und Citymanagement)</i>	
CDU 17	Skulpturen im öffentlichen Raum: Die Skulpturen im öffentlichen Raum sind oft nicht mit Informationen versehen. Wer hat das Kunstwerk gestaltet? Wann wurde es angefertigt? Hat es einen Titel? Dies ist nicht nur für Besucher ein wertvoller Hinweis sondern auch für die Leonberger Bevölkerung.	Produktgruppe 2520 Kommunale Museen	Verwaltung: im Budget	2024	--	SKA	Die Beschilderung an den Skulpturen wird sukzessive ergänzt. Im Herbst 2023 wurden 6 fehlende Schilder neu beschafft und zwei erneuert. Die Kosten sind bei der städtischen Kunstsammlung, Kostenstelle 25200004, bereits kalkuliert. (Amt für Kultur und Sport)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
CDU 18	Bushaltestelle Waldfriedhof: Die Überdachung der Bushaltestelle Waldfriedhof sollte dringend erneuert werden. Nicht nur Graffiti sondern auch das "Plastikmaterial" fällt negativ auf. Hinterlässt dort auf Besucher und Trauernde einen unschönen Eindruck.	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	Verwaltung: im Budget	2024	--	VA	Die Instandsetzungsmaßnahmen werden 2024 umgesetzt. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
CDU 19	VHS, Reduzierung laufender EDV-Aufwand zurücknehmen, unvermeidliche Anschaffung einer Anmelde-Software hinweisen, um die Prozesse zu vereinfachen und dann ausgerechnet diese Position im laufenden Haushalt (Seite 194) kürzen	Produktgruppe 2710 VHS	+2.000	2024	--	SKA	Die Mittelmeldungen für die Einführung der neuen Verwaltungssoftware der Volkshochschule sind äußerst knapp veranschlagt. So tauchten bei der Einführung der Software bereits mehrfach Probleme auf, die zuvor nicht vorherzusehen waren (beispielsweise bei der Schnittstelle zur städtischen Homepage, deren Funktionieren für die Arbeit der VHS absolut unerlässlich ist). Daher ist das beantragte Budget an dieser Stelle schon kaum ausreichend, wenn es in voller Höhe zur Verfügung steht. Eine Kürzung an dieser Stelle kann die Arbeitsfähigkeit der Volkshochschule gefährden. (Amt für Kultur und Sport)	
SPD 01	Gesundheitsversorgung: Etablierung eines kinderärztlichen medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in enger Zusammenarbeit/Arbeitsteilung mit dem Landkreis am oder im Umfeld des KKH Leonberg. Die Stadt gewährt eine Impulsfinanzierung für die Bereitstellung der baulichen und logistischen Infrastruktur und übernimmt die Akquisition von interessierten Kinderärzten/innen. Hierfür soll ein Betrag von 50TEUR in den Haushalt eingestellt werden. In weiteren Schritten ist die Ausweitung auf zusätzliche medizinische Fachrichtungen denkbar, in denen es zu wenige niedergelassene Ärzte/innen in Leonberg gibt.	Produktgruppe 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung	+50.000	2024	--	VA	Die Stadt Leonberg sollte die städtebaulichen Voraussetzungen für ein kinderärztliches medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) schaffen, wofür Mittel in Höhe von 50.000 EUR bereitzustellen sind. Darüber hinaus wird eine entsprechende Konzeption zu einem MVZ erarbeitet. Der Vorschlag der Zusammenarbeit wird aufgegriffen. (Referat des Oberbürgermeisters)	
SPD 02	Stadtwerke (SWL): Umgehende Aufarbeitung vorhandener organisatorischer und inhaltlicher Defizite der SWL. In diesem Zuge Schaffung und Ausschreibung der Position eines (kaufmännischen) Ge-	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg Stellenplan	Jährlich +100.000 Verwaltung: jährlich +110.000	2024 ff	--	VA	Siehe auch Antrag CDU 08 Die Verwaltung unterstützt diesen Antrag. Eine (kaufmännische) Geschäftsführung für die Stadtwerke könnte mit Sachverstand und Kontinuität sich um den Verwaltungsbetrieb kümmern. Auch der Wissenstransfer an neues Personal könnte besser	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	schäftsführers mit Branchenerfahrung. Hierfür Einstellung vom 100TEUR in den Haushalt.						umgesetzt werden. Diese Stelle würde den Beschäftigten als ständige/r Ansprechpartner/in für operativer Fragen zur Verfügung stehen. Schließlich könnte diese Stelle die Stadtwerke weiterentwickeln und Projekte leiten. Die strategische und politische Führung der Stadtwerke müsste in den Händen der Dezernenten und des Gemeinderates bleiben. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg, Hauptamt)	
SPD 03	Bäder: Prüfung (gemeinsam mit LeoEnergie), ob eine Photovoltaik-/Solaranlage auf dem Dach des Hallenbades wirtschaftlich sinnvoll genutzt werden kann. Falls dies zutrifft: zeitnahe Umsetzung. Einstellung von 100TEUR in den Haushalt.	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	+110.000	2024	--	VA	Die Prüfung zur Montage einer PV-Anlage auf dem Dach des Hallenbades läuft bereits durch die LeoEnergie. Der SV wurde nicht in WP 2024 der SWL berücksichtigt. Dieser Punkt ist Teil des Beschlussvorschlages in der AR-Sitzung am 23.11.2023 in der EnBW City (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
SPD 04	Bäder: Nach Optimierung der Parkflächen soll geprüft werden, ob eine teilweise Überdachung des Leobad-Parkplatzes zum Betrieb einer Photovoltaik-/Solaranlage sinnvoll für das Leobad genutzt werden kann. Für die Untersuchung ist eine erste Rate von 25TEUR in den Haushalt einzustellen.	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	+25.000	2024	--	VA	Sobald eine Festlegung zum weiteren Vorgehen in Bezug auf die Bewirtschaftung der Parkflächen erfolgt ist, kann die Prüfung in Auftrag gegeben werden. Derzeit werden die Parkflächen nicht durch die SWL bewirtschaftet. Der SV ist nicht im WP 2024 per 13.11.2023 enthalten. Invest-Planung ist mit ca. 3,4 Mio EUR ausgeschöpft. Finanzierung nur über Kassenkredit möglich. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
SPD 05	Parkplatz Berliner Straße: Der Parkplatz ist bisher nicht Teil einer gesamtstädtischen Konzeption. Wir beantragen, auch diesen Parkplatz zu bewirtschaften (Parkscheinautomat). Dabei ist sicherzustellen, dass dieser (entsprechend der Beschilderung) in den Sommermonaten als Ausweichparkplatz für das Leobad bereitsteht (beginnend mit der Sommersaison 2024). Hierfür ist ein Betrag von 30TEUR in den Haushalt einzustellen, der sich im Laufe der	754600016020 Parkplätze	Aufwendungen jährlich +30.000 Erträge jährlich + ?	2024 ff	--	VA	Die Stadtverwaltung kann diesen Antrag gerne prüfen und in die Maßnahmenplanung bzgl. Parkraummanagement mit aufnehmen. (Referat für innovative Mobilität)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	Jahre durch eingenommene Parkgebühren (annähernd) refinanzieren sollte.							
SPD 06	Stadthalle: Bauliche und inhaltliche Neuausrichtung der Stadthalle. In diesem Zuge soll schnellstmöglich ein kompetenter Geschäftsführer eingestellt werden. Die Position ist im Wirtschaftsplan der Stadthalle bereits vorgesehen, aber derzeit vakant.	--	--	--	--	VA	Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.	
SPD 07	Alte Schuhfabrik: Kulturelles Zentrum ist und bleibt für uns die Stadthalle. Mehrheitlich hat der Gemeinderat jüngst ebenfalls entschieden, das Theater im Spitalhof weiter zu betreiben. Damit scheiden aus unserer Sicht schon aus finanziellen Erwägungen jegliche weiteren städtischen Investitionen in die Alte Schuhfabrik aus. Auch um die unverhältnismäßig hohen laufenden Kosten einzusparen, soll das Objekt schnellstmöglich veräußert und dem Wohnungsbau zugeführt werden. Ein entsprechender Verkaufserlös kann in den Haushalt eingestellt werden.	752200021003 Eltinger Str. 11 Veräußerung Neuer Investitionsauftrag	Einzahlung aus Verkauf +? Einsparungen Bewirtschaftung jährlich -?	2024 ff	--	SKA	Siehe auch Antrag FW 19 Anzumerken ist, dass das Museumsdepot und die Kunstsammlung sich im oberen Teil des mittleren Gebäudes (ca. 300 qm) befinden, ebenso die Kunstschule/VHS. Bei einer Schließung des Gebäudes würden im direkten Übergang adäquate Alternativflächen für die o.g. Bedarfe benötigt. Das müsste bei der Planung unbedingt berücksichtigt werden. Ein Budget für dieses Szenario, also z.B. für Mietkosten für Alternativ-Flächen, ist im Haushalt 2024 des Amts für Kultur und Sport nicht einkalkuliert. (Amt für Kultur und Sport) Im Ergebnishaushalt wurden 100.000 EUR für ein VgV-Verfahren angesetzt. (Gebäudemanagement)	
SPD 08	Stadtsauberkeit: Die Vermüllung an mehreren neuralgischen Orten (Container Straße, Bruckenbachstraße, Parkplatz am Wirtschaftsweg vom Gewerbegebiet Hertich zum Längenbühl) in der Stadt ist ein ständiges Ärgernis. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei teilweise nicht nur um Ordnungswidrigkeiten, sondern auch um Straftaten („Überreste“ aus Diebstählen). Insofern müsste eine Kameraüberwachung zulässig sein. Hierfür sind 20TEUR in den Haushalt einzustellen.	712200026001 Kameraüberwachung Stadtgebiet Neuer Investitionsauftrag	+20.000	2024	--	PA	Eine Rückfrage beim Polizeirevier Leonberg hat ergeben, dass Straftaten, die ggf. eine Videoüberwachung in den genannten Bereichen rechtfertigen würden, nicht bekannt oder registriert sind. Damit bleibt es bei der Stellungnahme aus dem Vorjahr: Das Thema wurde in der Vorlage 2021/451 ausführlich behandelt. Videoüberwachungen sind datenschutzrechtlich Einzelfallentscheidungen. Die Dienststelle des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI) unterstützt für die Beurteilung solcher Einzelfälle beratend. Zunächst müssen alle anderen milderer Maßnahmen im Sinne der Verhältnismäßig-	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							keit geprüft bzw. umgesetzt werden. Also beispielsweise längere und stärkere Beleuchtung, um Täter vor einer Sachbeschädigung abzuschrecken oder bei Müllverschmutzungen eine verstärkte Reinigung. Die Installation von Überwachungskameras, etwa um ordnungswidrige Verschmutzungen und Müllentsorgungen zu verhindern bzw. ahnden zu können, kommt nur unter besonderen Voraussetzungen und als letztes Mittel in Betracht. (Ordnungsamt) Für die Containerplätze ist der Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen beim Landkreis zuständig. (Tiefbauamt)	
SPD 09	Stadtsauberkeit: Der Freizeitpark auf der Alten Autobahntrasse nimmt Gestalt an. U. a. gibt es eine Vielzahl von Bänken, aber deutlich zu wenige Mülleimer, insbesondere im Bereich oberhalb der Breslauer Straße. Hierfür sollen 10TEUR in den Haushalt eingestellt werden.	Produktgruppe 5510 Öffentliches Grün / Landschaftsbau	+10.000	2024	--	PA	Auf dem Gelände sind aus unserer Sicht genügend Mülleimer vorhanden. 3 weitere Mülleimer wurden in 2023 angebracht. Die Mülleimer sind mit den Fahrzeugen schlecht zu leeren. Hinzukommt dass die Mülleimer meist für die Entsorgung von Hausmüll zweckentfremdet werden. (Tiefbauamt)	
SPD 10	Bürgeramt: Prüfung, ob und mit welchen Maßnahmen die Arbeitsbedingungen (räumlich, technisch, finanziell) im Bürgeramt der Stadt (auch die Kooperation mit den Ortsverwaltungen) so verbessert werden können, dass die Fluktuation nennenswert reduziert wird und die offenen Stellen schnellstmöglich und nachhaltig besetzt werden. Ein dafür ggf. notwendiger Betrag soll in den Haushalt eingestellt werden.	Produktgruppe 1222 Einwohnerwesen	jährlich + ?	2024 ff	--	VA	Siehe auch Antrag FW In Absprache mit der Fa. ISPA wurde die Fa. IMAKA beauftragt, Gespräche mit den Beschäftigten des Bürgeramtes zu führen. Ziel war evtl. Gründe für die Fluktuation zu eruieren, aber auch das Team zu stabilisieren und zu stärken um künftige Fluktuation zu vermeiden. Die Ergebnisse werden noch diesen Monat der Verwaltung präsentiert. Zudem wurde die Vorlage 2023/269 auf den Weg gebracht, mit der eine spürbare monetäre Verbesserung für diese Arbeit erreicht werden soll. Damit wird einem oft angesprochenen Umstand, dass andere Kommunen mehr bezahlen, begegnet. Insgesamt ist die Situation des Bürgeramtes auch eng mit dem Thema Mitarbeiterzufriedenheit verknüpft. D. h. über die monetären Verbesserungen hinaus sind mit der Fa. ISPA weitere Maßnahmen zu ergreifen, um den Personalbestand nachhaltig zu stabilisieren. (Ordnungsamt, Hauptamt) Am 27.11.2023 findet eine Untersuchung der technischen Umgebung mit einem externen Dienstleister statt. Ziel ist, mit dessen Unterstützung die Feh-	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							leranfälligkeit der Hard- und Softwaresysteme zu reduzieren und so einen möglichst reibungslosen Betrieb zu erzielen. (Amt für ITD)	
SPD 11	Trimm Dich Pfad Leonberg: Analog zu der Maßnahme in Höfingen soll – wie von der Verwaltung bereits 2022 zugesagt - nun auch der Trimm Pfad am Waldfriedhof vornehmlich als Laufstrecke wieder instandgesetzt, ausgeschildert und in der Folge auch gepflegt werden. In den Haushalt müssen hierfür Mittel in Höhe von 25TEUR (sowie ein angemessener Betrag für die jährliche Unterhaltung) eingestellt werden.	755100117001 Trimm Dich Pfad Leonberg	Antrag: +25.000 Verwaltung: Je nach Lösung	2024	--	SKA PA	Die Laufstrecke soll wiederhergestellt werden, eine Beschilderung der Strecke (Eingangsschild und Richtungspfeile auf der Strecke) sowie optional einzelne Stationen mit Bewegungsflächen für Übungen ohne Geräte sollen errichtet werden soll. Durch das Landschaftsarchitekturbüro Setup wurden im Jahr 2021 im Rahmen eines Vorkonzept-Kostenschätzungen zu verschiedenen Varianten durchgeführt. Dabei wurden die einfache Lösung, die mittlere Lösung und eine höhere Lösung zur Umsetzung untersucht. Die Variante I (einfache Variante) liegt bei Kosten i. H. v. 35.000 EUR brutto. Hinzu kommen Verkehrssicherungskosten i. H. v. 20.000 EUR brutto. Eine Entscheidung zu den Varianten ist von Seiten der Gremien noch nicht gefallen. (Tiefbauamt, Amt für Kultur und Sport)	
FDP 01	<i>Unerledigt vom Vorjahr: Effizienzsteigerung von Geschäftsprozessen durch Digitalisierung</i>	--	--	--	--	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FDP 02	<i>Unerledigt vom Vorjahr: Entwicklung eines Gesundheitscampus am Krankenhaus</i>	--	--	--	--	PA VA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FDP 03	Unerledigt vom Vorjahr: Projekt 1000 Zebrastreifen umsetzen	754100827201: Sichere Straßenquerungen Höfingen 754300017001: Stuttgarter Straße Querungshilfe	+100.000 +150.000	2024 2024	--	PA	Die Planungen zu den Projekten „Querungshilfen Höfingen“ und „Querungshilfen Stuttgarter Straße“ sind mittlerweile weit fortgeschritten. Im zweiten Halbjahr 2023 mussten noch einige bauliche und genehmigungsrechtliche Hürden geklärt werden. Daher konnte die Umsetzung im Jahr 2023 nicht mehr erfolgen. Zum 31. Oktober 2023 konnte für beide Projekte die Förderanträge nach LGVFG beim Land gestellt werden. Die Zusage der Fördermittel wird für das Frühjahr 2024 erwartet. Es wird derzeit sogar mit mehr als der üblichen Förderquote von 50% gerechnet.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							Bauliche Maßnahmen können dann im Jahr 2024 begonnen werden. Für die Finanzierung sind Finanzmittel für das kommende Haushaltsjahr neu zu veranschlagen. (Referat für innovative Mobilität)	
FDP 04	<i>Unerledigt vom Vorjahr: Fußgängerverkehre an Kreisverkehren anlegen</i>	--	--	--	--	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FDP 05	<i>Unerledigt vom Vorjahr: Radweg entlang L1137 fertigstellen</i>	--	--	--	--	PA	<i>Siehe auch Antrag FW 15 Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FDP 06	<i>Unerledigt vom Vorjahr: Radweg im Zuge der L1187 über Philadelphiahof prüfen</i>	--	--	--	--	PA	<i>Siehe auch Antrag FW 16 Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FDP 07	<i>Unerledigt vom Vorjahr: Fortentwicklung baurechtlicher Vorschriften zur Schaffung innerörtlichen Wohnraums</i>	--	--	--	--	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FDP 08	<i>Geeignete Standorte für elektrische Ladesäulen identifizieren</i>	--	--	--	--	PA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt grundsätzlich außerhalb der Haushaltsberatungen. Siehe jedoch auch Antrag Grüne 01 (Antrag mit finanziellen Auswirkungen), Beratung deshalb mit Grüne 01.</i>	
FDP 09	<i>Schaffung eines digitalen Beirats</i>	--	--	--	--	VA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FDP 10	<i>Konzept für Schülerbetreuung an Ganztagschulen</i>	--	--	--	--	SKA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	
FDP 11	<i>Planung des Ausbaus der weiterführenden Schulen</i>	--	--	--	--	SKA	<i>Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.</i>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
FDP 12	Schulhof von Schellingschule und Gerhart-Hauptmann-Realschule sanieren	721100207002 Schellingschule Neugestaltung Pausenhof	VE +250.000 +250.000	2024 2025	--	SKA	<p>Siehe auch Anträge CDU 02 und S:ALZ 03, da keine Kosten angegeben wurden: Änderungsbetrag von Antrag CDU 02 übernommen.</p> <p>Das Projekt wurde im Zuge der Haushaltsklausur verschoben. Siehe auch 19.07.23 Änderung Finanzplanung gem. Klausurtagung v. 14.07.23.</p> <p>(Gebäudemanagement)</p> <p>Aufgrund stark steigender Schülerzahlen an der Schellingschule ist die aktuell vorhandene Schulhoffläche nicht ausreichend. Neben der Lärmentwicklung stehen den Schülerinnen und Schülern nicht ausreichend Spielmöglichkeiten und Bewegungsflächen zur Verfügung. Die gemeinsame Nutzung des Eisplatzes durch die GHR und die Schellingschule sind möglich und pädagogisch gewünscht.</p> <p>Die bestehenden Schulhöfe müssen jedoch gemäß eines gemeinsam mit den Schulleitungen entwickelten Gesamtkonzeptes modernisiert werden, um neben beispielbarer Fläche auch Spielmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.</p> <p>(Amt für Jugend, Familie und Schule)</p>	
FDP 13	Schulleiterbudget an gestiegene Schülerzahlen und Kostensteigerungen anpassen	Produktgruppen 2110 Allgemeinbildende Schule und 2120 Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren und Schulkindergärten	Verwaltung: +233.771 Gesamtes Budget Schulen	2024	--	SKA	<p>Siehe auch Anträge CDU 10 und S:ALZ 04 (weitergehend)</p> <p>In den kommenden Jahren werden ca. 25 % mehr Schülerinnen und Schüler Schulen in städtischer Trägerschaft besuchen. Hier ist ein Ausbau der Schulen im Lehr- und Betreuungsbereich zwingend notwendig. Neben Baumaßnahmen müssen Beschaffungen zeitnah durchgeführt werden, um den aktuellen Standard zu halten und bestehende Defizite abzubauen (Bereich IT, Mobiliar, Lehrmittel).</p> <p>Die Gesamtsumme des Schulleiterbudgets ist seit dem Jahr 2006 konstant und wird auf die 13 Schulen verteilt. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ist aktuell stark ansteigend. Somit stehen zukünftig jedem Schüler und jeder Schülerin verhältnismäßig weniger Geld zur Verfügung. Auch Kostensteigerungen für Lehr- und Lernmaterialien sowie veränderte Anforderungen an Unterricht (Digitalisierung) wurden seit Festsetzung der Gesamtsumme nicht berücksichtigt.</p> <p>(Amt für Jugend, Familie und Schule)</p>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
FDP 14	Standort für Skaterplatz suchen	755100057001 Stadtpark Erweiterung Skateranlage	+300.000	2024	--	PA	Siehe auch Antrag S:ALZ 01, da keine Kosten angegeben wurden: Änderungsbetrag von Antrag S:ALZ 01 übernommen. Standortalternativen wurden im Rahmen des Jugendforums von den Jugendlichen diskutiert. Diese werden nun vertieft untersucht. (Stadtplanungsamt)	
FDP 15	Sanierungspläne Stadthalle erarbeiten	--	--	--	--	VA	Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.	
FDP 16	Wohngebiete im Flächennutzungsplan ausweisen	--	--	--	--	PA	Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.	
FDP 17	Planung eines Wärmenetzes zumindest in Neubaugebieten	--	--	--	--	PA	Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.	
FDP 18	Windkraft und Fotovoltaik	--	--	--	--	PA	Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.	
FDP 19	Berechnung des künftigen Grundsteuer-Hebesatzes bei Einkommensneutralität	Produktgruppe 6110 Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen	--	2025 ff	--	VA	Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen. Eine Prognose über den zukünftigen Hebesatz ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Ziel ist es jedoch, dass die Einkommensneutralität gewahrt wird. (Kämmereiamt)	
FDP 20	Maßnahmen zur Effizienzsteigerung in der Stadtbücherei, im Amt für Kultur und Sport sowie in der Kämmerei	Stellenplan	-??	2024 ff	--	VA	Durch die bevorstehende Änderung der Öffnungszeiten der Bücherei in Warmbronn von Freitag auf den Donnerstag wird das Personal komprimiert an den drei Öffnungstagen Montag, Dienstag und Donnerstag arbeiten. Dies erhöht insgesamt die Leistungsfähigkeit, und im Falle einer Vertretung, kann diese nun durch die erfolgte Änderung relativ sicher gewährleistet werden. Die schon lange angestrebte bargeldlose Bezahlung, die bisher leider nicht umgesetzt wurde, wird zu einer deutlichen Erleichterung der Kassenarbeit führen.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							<p>(Amt für Kultur und Sport)</p> <p>Durch Steigerung der Effizienz wird die Notwendigkeit von nicht obsolet (z.B. Grundsteuerreform). Mit der Vorlage 2023/207 wurde die Notwendigkeit der Stellenschaffung und-mehrung aufgezeigt, seit 2018 wurden keine Anträge für das Kämmereiamt gestellt und geschaffen, es wurde innerhalb des Amts mehrfach neu organisiert, um Aufgabenzuwachs zu kompensieren und das Amt zu optimieren. Auch Zeiten von Unterbesetzung wurden innerhalb des Amts aufgefangen. Die Entscheidung bei Umstellung auf die Kommunale Doppik bei einer Stadt mit einer Größe wie Leonberg ohne zusätzliches Personal und ohne Beauftragung Externer für die Vermögensbewertung diese Umstellung durchzuführen, hat zu erheblichen Nacharbeiten geführt. Zu denken, dass man nun die Grundsteuerreform ebenso mit dem Bestandspersonal durchführen kann, wäre einmalig unter sämtlichen Kommunen im Land. Da die Stadtkasse erst zum Ende des Rechnungslaufs innerhalb der Stadtverwaltung tätig wird, kann dort nicht aufgeholt werden, was an anderer Stelle versäumt wurde, hier noch weiter zu optimieren wird schwierig. Den Elektronischen Rechnungseingangsworkflow einzuführen ist vorgesehen und an der in über zwei Jahren fast durchgängig unbesetzten Leitungsstellen in der Stadtkasse gescheitert.</p> <p>(Kämmereiamt)</p>	
S:ALZ 01	<p>Jugendplatz: Skateranlage. Die Platzfrage zur Verortung der Skateranlage muss im ersten Halbjahr 2024 beantwortet werden. Die im Jugendforum als Fläche 3 beim Freibad benannte Fläche könnte funktionieren. Allerdings sind hier Fahrradständer und die Fläche ist außerhalb der Freibadsaison nicht ins Stadtgeschehen eingebunden. Als Alternative bitten wir eine südöstliche Fläche des Stadthallenparkplatzes zu prüfen. Die ist als Parkfläche entbehrlich, da der Stadthallenparkplatz bei üblichem Betrieb zu groß, bei großen Veranstaltungen sowieso viel zu klein ist, dann ein ausweichen an den Festplatz unvermeidlich ist. Zudem ist die Fläche im förderfähigen Gebiet des Stadtumbaus.</p>	755100057001 Stadtpark Erweiterung Skateranlage	+300.000	2024	Stadtumbau Bereich Poststraße. Wegen Baugrube keine umfängliche Aktion mehr möglich.	PA	<p>Siehe auch Antrag FDP 14</p> <p>Standortalternativen wurden im Rahmen des Jugendforums von den Jugendlichen diskutiert. Diese werden nun vertieft untersucht.</p> <p>(Stadtplanungsamt)</p>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
S:ALZ 02	<p>Die Entwicklung des Kindercampus Ezach läuft und soll nicht gebremst werden. Wir fordern für den zweiten Planungsabschnitt eine Sporthallenplanung voranzuteiben. Die gemeinschaftliche Nutzung mit der Halle der Mörikeschule wird wegen des Schuldkindzuwachses und ausgeweitetem Ganztagsbetrieb nicht mehr möglich sein. Die neue Halle sollte multifunktional etwa für Bürgerverein oder auch Quartiersarbeit nutzbar sein.</p>	<p>742410177001 Mehrzweckhalle Bildungscampus Ezach Neubau</p> <p>Neuer Investitionsauftrag</p>	+2.500.000	2024 ff	Stadtumbau Bereich Poststraße. Wegen Baugrube keine umfängliche Aktion mehr möglich.	SKA	<p>Siehe auch Antrag CDU 01</p> <p>Aktuell ist vom GR nur ein Beschluss für eine Wohnbebauung genehmigt. Deshalb sind für das kommende Haushaltsjahr keine Mittel angemeldet. Des Weiteren ist eine Bebauung des Grundstücks, aufgrund des Bauablaufs Neubau Kita Süd, erst nach Fertigstellung möglich.</p> <p>(Gebäudemanagement)</p> <p>Die Sophie-Scholl-Schule nutzt aktuell neben dem Bewegungsraum der Schule für den regulären Sportunterricht die Sporthalle an der Mörikeschule. Aufgrund steigender Schülerzahlen an allen Kernstadt-Grundschulen und dem Ganztags an der Mörikeschule, werden die Kapazitäten der Sporthalle in den kommenden Jahren nicht mehr für beide Schulen ausreichen.</p> <p>Im Hinblick auf den Ausbau der Sophie-Scholl-Schule zur offenen Ganztagschule wird neben der Sicherstellung des Schulsports auch für Aktivitäten am Nachmittag eine weitere Sport- und Bewegungsfläche am Schulstandort benötigt.</p> <p>(Amt für Jugend, Familie und Schule)</p>	
S:ALZ 03	<p>Schulcampus Mitte: Entwicklung zu einer flexibleren Einheit. Kurzfristig soll mit vorhandenen Pausenflächen und Schulräumen flexibler umgegangen werden. So können Klassenräume in Randlagen der Schulen flexibel in der einen oder anderen Schulform genutzt werden. Noch dringender ist die Neuordnung und Aufwertung der Pausenflächen Schellingschule/ GHR. Die reine Neuordnung kann durch bloßes Nachdenken und Striche aufmalen erledigt werden. Zeitgleich mit der Behelfslösung soll eine grundsätzliche Überplanung eingeleitet werden.</p>	<p>721100207002 Schellingschule Neugestaltung Pausenhof</p>	2.000-1.500.000	2024 ff	Stadtumbau Bereich Poststraße. Wegen Baugrube keine umfängliche Aktion mehr möglich.	SKA	<p>Siehe auch Anträge CDU 02 und FDP 12</p> <p>Das Projekt wurde im Zuge der Haushaltsklausur verschoben. Siehe auch 19.07.23 Änderung Finanzplanung gem. Klausurtagung v. 14.07.23</p> <p>(Gebäudemanagement)</p> <p>Aufgrund stark steigender Schülerzahlen an der Schellingschule ist die aktuell vorhandene Schulhoffläche nicht ausreichend. Neben der Lärmentwicklung stehen den Schülerinnen und Schülern nicht ausreichend Spielmöglichkeiten und Bewegungsflächen zur Verfügung. Die gemeinsame Nutzung des Eisplatzes durch die GHR und die Schellingschule sind möglich und pädagogisch gewünscht.</p> <p>Die bestehenden Schulhöfe müssen jedoch gemäß eines gemeinsam mit den Schulleitungen entwickelten Gesamtkonzeptes modernisiert werden, um neben bespielbarer Fläche auch Spielmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.</p> <p>(Amt für Jugend, Familie und Schule)</p>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
S:ALZ 04	10% Pauschalkürzung im Schulbereich: soll zurückgenommen werden. Die Schulen haben seit Jahren relativ konstante Mittelanmeldungen. Die Preissteigerungen über die Jahre wurden nicht berücksichtigt. Eine 10% Kürzung ist daher nicht zumutbar.	Teilergebnishaushalt 03 Schulträgeraufgaben	Verwaltung: +233.771 Gesamtes Budget Schulen	2024	Stadtumbau Bereich Poststraße. Wegen Baugrube keine umfängliche Aktion mehr möglich.	SKA	Siehe auch Antrag CDU 10 und FDP 13 (Nur Schulleiterbudget) In den kommenden Jahren werden ca. 25 % mehr Schülerinnen und Schüler Schulen in städtischer Trägerschaft besuchen. Hier ist ein Ausbau der Schulen im Lehr- und Betreuungsbereich zwingend notwendig. Neben Baumaßnahmen müssen Beschaffungen zeitnah durchgeführt werden, um den aktuellen Standard zu halten und bestehende Defizite abzubauen (Bereich IT, Mobiliar, Lehrmittel). Die Gesamtsumme des Schulleiterbudgets ist seit dem Jahr 2006 konstant und wird auf die 13 Schulen verteilt. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ist aktuell stark ansteigend. Somit stehen zukünftig jedem Schüler und jeder Schülerin verhältnismäßig weniger Geld zur Verfügung. Auch Kostensteigerungen für Lehr- und Lernmaterialien sowie veränderte Anforderungen an Unterricht (Digitalisierung) wurden seit Festsetzung der Gesamtsumme nicht berücksichtigt. (Amt für Jugend, Familie und Schule)	
S:ALZ 05	Eisbahn als Winterattraktion: ähnlich wie erfolgreich in Gerlingen praktiziert soll für einige Tage im Winter eine mobile Eisbahn eingerichtet werden. Selbst am schrägen Marktplatz ist eine Einrichtung möglich, da die Grundplatten gut 1m Höhenunterschied ausgleichen können. Das Adventsdörfle mit weniger Ständen als der klassische Weihnachtsmarkt lässt genug Raum um eine Bahn beispielsweise zwischen Altem Rathaus und Trölsch entstehen zu lassen. Der Betrieb kann ehrenamtlich organisiert werden, Schlittschuhverleih und Zutritt genügen zur Finanzierung. S:ALZ geht aktiv voran und stellt zugesichert für zwei Tage Betriebspersonal	Produktbereich 5730 Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen	+0-15.000	2024	10 % Kürzung des Budget des Oberbürgermeisters	PA	Eine Umsetzung dieses Vorhabens wird geprüft. Auch im Hinblick auf den gewünschten Standort, die personellen Ressourcen und die ökologische Nachhaltigkeit. (Referat für Wirtschaftsförderung und Citymanagement)	
S:ALZ 06	Stadt für Morgen: die Planungen sollen zunächst auf die Eltinger Straße konzentriert werden. Da Bosch nun nicht beiderseits der Straße baut, ist die Umplanung des Bereichs nicht mehr von höchster Priorität. Eine kosmetische Anpassung des Straßenraums kann zunächst genügen, bis klar ist, was mit der Baugrube passiert. Im Bereich Eltinger	754100807001 Straßenbaumaßnahmen Kernstadt	-1.000.000	2024ff	--	PA	Siehe auch Anträge Grüne 02 und FW 44 (Gegenfinanzierung) Für das Projekt Poststraße wurde in der Gemeinderatssitzung vom 07.03.2023 bereits der Baubeschluss getroffen. Derzeit wird die Ausschreibung der Bauleistungen vorbereitet.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	<p>Straße soll ergänzend der Kleine Einbahnstraßenring „um Post-/Layher-Areal“ geprüft werden. Ziel ist zum Einen Straßenraum-Gewinn an der Engstelle vor der alten Schuhfabrik, zum Anderen eine direkte Ableitung des Autobahnumgehungsverkehrs in Richtung Westanschluss und Zufahrt in Richtung Ezach ohne die Hauptkreuzung Mitte zu belasten, die ja durch Umbau auf lediglich eine Richtungsfahrbahn etwas anfälliger wird.</p>						<p>In die Ausschreibung werden zunächst nur die Bauleistungen bis zur Höhe Benzstraße aufgenommen. Diese stehen im direkten Zusammenhang des neuen Bosch Gebäudes, das bereits steht und vor dem die Außenanlagen derzeit umgebaut werden.</p> <p>Wie mit den Abschnitten in Richtung Süden (Baugrube) verfahren wird, kann im weiteren Planungsprozess geklärt werden.</p> <p>Die Planung zur Eltinger Straße wird weiterhin wie geplant fortgeführt. Die ersten Planentwürfe wurden in der Vergangenheit bereits bei Bürgerveranstaltungen und im Gemeinderat vorgestellt. Für diesen Abschnitt konnten zudem bereits Fördermittel von 65 % akquiriert werden.</p> <p>Es gibt auch eine Variante mit Einbahnstraße, die allerdings aus planerischen Gründen bisher nicht zur Vorzugsvariante erklärt wurde. Dies wird im weiteren Planungsverfahren weiter zu vertiefen sein, um alle Vor- und Nachteile gegenüberzustellen.</p> <p>(Referat für innovative Mobilität)</p> <p>Grundsätzliche Überlegungen zum Ausbau des Straßen- und Verkehrsnetzes fallen in das Ressort des Referates innovative Mobilität</p>	
S:ALZ 07	<p>Wochenmarkt-Verlegung: Standortwechsel von Steinstraße zu Rathausparkplatz. Der Wochenmarkt in der Steinstraße verkümmert. Immer weniger Stände in noch immer coronalen Abständen wirken wenig einladend. Dazu rückt das Thema Stadt-Überhitzung in den Vordergrund und wird gerade hier erlebbar. Eine Verlegung an den historischen Marktplatz mag zwar Urlaubserinnerungen wecken, ist aber von der erwarteten Umsatzmenge auch wegen der Parksituation nicht darstellbar. Am Rathausparkplatz dagegen ist Parken leicht möglich, die Bäume bieten Verschattung und die Stromversorgung wurde bereits beim Rathausumbau mit erledigt. Sollte in Zukunft der Brückenschlag zur Altstadt vollzogen sein, ist es von hier aus leichter etwa die Gastronomie dort fußläufig zu erreichen.</p>	Produktgruppe 5730 Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen	+?	2024	--	VA	<p>Eine dauerhafte Marktverlegung ist nicht kostenneutral. Derzeit gibt es zwei Stromquellen auf dem Gelände, von denen die weitere Stromversorgung provisorisch verlegt werden muss. Hierzu werden Stromkästen aufgestellt und es müssen Kabel unter Kabelbrücken gequert werden. Diese Installationsarbeiten sind in wöchentlichem Turnus nicht leistbar und praktikabel.</p> <p>Für eine dauerhafte Marktverlegung muss die Stromzufuhr dauerhaft gelöst werden. Hierzu sind Investitionen in Stromkästen und Tiefbauarbeiten zur Kabelverlegung notwendig. Die Kosten hierfür können bei Bedarf und nach einem entsprechenden Grundsatzbeschluss ermittelt werden.</p> <p>(Ordnungsamt, Referat für Wirtschaftsförderung und Citymanagement)</p>	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
S:ALZ 08	Biergarten Stadtpark: die Forderung wird wie im letzten Jahr aufrechterhalten. Wir bitten die Planung mit der Entwicklung der Stadthalle zu kombinieren. Als Vorstufe ist die Stellfläche an der Lagerhütte am See für einzelne Foodtrucks, Eiswagen etc. testweise freizugeben und bekanntzumachen. So kann ohne direkte Toilette eine Versorgung erfolgen, Gäste könnten die Sitzstufen am See nutzen.	Produktgruppe 5110 Stadtentwicklung	+?	2024	--	PA	Dem BVOA liegt weder ein Antrag noch eine Voranfrage zu diesem Vorhaben vor, das im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens vor allem mit dem Landesamt für Denkmalpflege abgestimmt werden müsste. Ohne eine konkrete Planung lässt sich mit dem LAD keine verbindliche Klärung herbeiführen. (Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt) Je nach Ausgestaltung ist eine gaststättenrechtliche Erlaubnis notwendig. (Ordnungsamt) Die Einrichtung eines Biergartens im Stadtpark ist im Rahmen der Planungen zum Sanierungsgebiet „Stadtpark/ Reiterstadion“ weiter zu untersuchen; hierbei ist auch mit einem wesentlichen Einfluss denkmalschutzrechtlicher Belange zu rechnen. (Stadtplanungsamt)	
S:ALZ 09	Toilette Stadtpark: im Rahmen der Umplanung Stadthalle soll eine Außentoilette zum Stadtpark hin geplant werden, die leicht durch Ordnungsbehörden einsehbar ist.	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadthalle Leonberg	+10.000	2024	--	VA	Diese Planung kann als zusätzliche Aufgabenstellung im Rahmen der Machbarkeitsstudie Sanierung in Auftrag gegeben werden. (Eigenbetrieb Stadthalle Leonberg)	
S:ALZ 10	Zufahrt unterer Schützenrain: Kreisverkehr und ggf. Verlegung Ortsschild. Die Zufahrt zum Neubaugebiet kann keinesfalls über die kleinen Sträßchen von oben erfolgen, zumal hier durch Grundstücke auch keine Aufweitung möglich ist. Eine Zufahrt von einem Kreisverkehr an der Feuerbacher Straße bedarf womöglich einer Verschiebung des Ortsschildes. Das Argument des Schleichweges in die Stadt ist gegenstandslos, wenn hier lediglich eine Sackgasse die Tiefgarage anbindet. Die Tiefgarage kann mit einer zweiten Zufahrt von oben ergänzt werden. Nur über den Kreisverkehr wird die Stadt entlastet, etwa durch dann direkten Abfluss zur Autobahnanchlussstelle Ditzingen.	754100717001 Unterer Schützenrain Erschließungsmaßnahmen	+250.000	2024	Zielgerichteteres Arbeiten GS Warmbronn	PA	Die zukünftige Zufahrt in das geplante „Unterer Schützenrain“ ist, insbesondere hinsichtlich der damit einhergehenden Verkehrserzeugung, derzeit Gegenstand eines kontroversen Abwägungsprozesses dessen Ergebnisse aktuell nicht vorhersehbar sind. Im Zuge des Weiteren Planungsverlaufes wird über mögliche Alternativen zu befinden sein. Eine finale Entscheidung ist erst auf Grundlage des vollständigen Abwägungsmaterials möglich, dieses wird im Zuge des Bebauungsplanaufstellungsverfahrens erst noch weiter vervollständigt werden. (Stadtplanungsamt, Referat für innovative Mobilität)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
S:ALZ 11	Ehemaliges Seniorenwohnen am Park: die Stadt soll in Besitz des Objekts gelangen, um die Entwicklung hier positiv zu beeinflussen.	752200026024 Erwerb Ehemaliges Seniorenwohnen am Park Neuer Investitionsauftrag	+ ? EUR	2024	--	VA	Hierzu kann das Gebäudemanagement über den Gutachterausschuss ein Kaufpreisgutachten erstellen lassen (Gebäudemanagement)	
S:ALZ 12	<i>Ortschaftsräte haben zu Recht ihren Ortsteil im Blick. Das führt allerdings oft zu starken Projektverzögerungen durch unzählige Zurückverweisungen in den Ortsteil nach anders lautenden Gemeinderatsbeschlüssen. Die unechte Teilortswahl repräsentiert dagegen ebenfalls die Ortschaften. Zu Großprojekten wie Schul-Bauten könnten im lokale, zeitlich begrenzte Projektgruppen für die Vorplanung eingesetzt werden, die einen Sprecher mit Rederecht in die relevanten Ausschüsse und GR-Sitzung entsenden, um die GR mit den Wünschen der Ortschaft vertraut zu machen. Solche Projektgruppen wären dann auch in der Kernstadt denkbar, wenn lokal begrenzt wirksame Projekte geplant werden, also auch beispielsweise im Ezach, Ramtel oder Eltingen...</i>	Produktbereich 1110 Steuerung	--	2024	--	VA	Ohne finanzielle Auswirkungen im Haushaltsplan 2024, Stellungnahme erfolgt außerhalb der Haushaltsberatungen.	
VOLT	Es liegen keine Anträge vor.							
ORG 01	Friedhof Gebersheim – Alternative Bestattungsformen im Rahmen der Friedhofskonzeption. 75.000 EUR werden für die Umsetzung beantragt.	755300047101 Friedhof Gebersheim Einrichtung Grabfelder	+75.000	2024	--	ORG PA	Entwurfsplanung ist vorhanden und wird derzeit vom Planungsamt bearbeitet. (Tiefbauamt)	
ORG 02	Calisthenics-Park am Gebersheimer Wald. Errichtung eines Calisthenicsparks, alternativ zum im Jahre 2022 beantragten Trimm-Dich-Pfad. 30.000 EUR werden hierfür beantragt.	755100127101 Calisthenics Park Gebersheim	+30.000	2024	--	ORG SKA	Momentan ist kein Standort vorhanden. Eine Aussage ist von Seiten des Tiefbauamts nicht möglich. (Tiefbauamt)	
ORG 03	Installation einer mobilen Fahrradstation . Standort: Calisthenics-Park.	754100167101 Mobile Radstation Gebersheim	+5.000	2024	--	ORG PA	Das Referat für innovative Mobilität geht davon aus, dass eine Rad-Service-Station zur Reparatur und Wartung gemeint ist. Die Umsetzung kann gerne	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							geprüft werden. Es sind Kosten von ca. 4-5.000 EUR anzusetzen. (Referat für innovative Mobilität)	
ORG 04	Sanierung des Feldweges , Flst. 630 im Katzental. Die Notwendigen Finanzmittel sind im Haushaltsplan 2024 bereitzustellen	Produktbereich 5410 Gemeindestraßen	--	2024	--	ORG PA	Siehe auch Antrag CDU 11 Aus Sicht des Tiefbauamts ist eine komplette Sanierung nicht notwendig. An vereinzelt Stellen erfolgt die Sanierung im Zuge des Budgets aus der Unterhaltung. Die Schlaglöcher werden abgeflacht/entfernt. (Tiefbauamt)	
ORG 05	Ersatz-Sitzgelegenheit im Gewinn Kaufmann, Flst. 1060/1. Installation einer Seniorenbank, anstelle der gegenwärtigen Sitzbank.	755100066003 Naheholungsrichtungen Ausstattung	+3.500	2024	--	ORG PA	Für die Seniorenbank sind mit Abbau und Aufbau 3.500 EUR brutto zu rechnen. (Tiefbauamt)	
ORG 06	Zweigstellenbücherei Gebersheim , Alte Dorfstr. 11. Die Renovierung des Raumes der Zweigstellenbücherei für künftige alternative Nutzungsmöglichkeiten wird beantragt.	Produktbereich 1124 Gebäudemanagement	Verwaltung: im Budget	2024	--	ORG SKA	Kleinere Renovierungsarbeiten sind über die Gebäudeunterhaltung möglich. (Gebäudemanagement)	
ORG 07	Fortbildungskosten der Mitarbeiter der Ortschaftsverwaltung Gebersheim. Die Fortbildungskosten sollen bei 1.000 EUR belassen bleiben.	Produktbereich 1110 Steuerung	+550	2024	--	ORG VA	Die Einstellung eines höheren Betrages hat nur symbolischen Charakter. Sollten höhere Ausgaben anfallen, dann sind sie über das Gesamtbudget des Hauptamtes gedeckt. (Hauptamt)	
ORG 08	Installation eines Fahrradständers zwischen dem Bauernhausmuseum und der Ev. Kirche, vor der Grünanlage des Gebäudes Alte Dorfstr. 36.	754100167006 Fahrradabstellanlagen?	Verwaltung: im Budget	2024	--	ORG PA	Das Referat für innovative Mobilität kann dies gerne prüfen. Es wird von einem Finanzbedarf von ca. 1.000-1.500 EUR ausgegangen. Diese können aus dem Budget Fahrradabstellanlagen finanziert werden. (Referat für innovative Mobilität)	
ORH 01	Aufstockung einer Teilzeitstelle auf 100% bei der Ortschaftsverwaltung Höfingen	Produktbereich 1110 Steuerung Stellenplan	+38.700??	2024	--	ORH VA	Die Aufstockung einer Teilzeitstelle auf eine Vollzeitstelle für die Ortschaftsverwaltung Höfingen wäre aus Gründen der gegenseitigen Vertretung und der Arbeitsmenge sinnvoll. (Hauptamt)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
ORH 02	Errichtung weiterer Fahrradständer im Umfeld des Alten Rathauses	754100167006 Fahrradabstellanlagen	Verwaltung: im Budget	2024	--	ORH PA	Das Referat für innovative Mobilität kann dies gerne prüfen. Es wird von einem Finanzbedarf von ca. 1.000-1.500 EUR ausgegangen. Diese können aus dem Budget Fahrradabstellanlagen finanziert werden. (Referat für innovative Mobilität)	
ORH 03	Die finanziellen Mittel für Fortbildungsmöglichkeiten der Ortschaftsverwaltung Höfingen, sollen wieder auf 1.000 EUR angehoben werden	Produktbereich 1110 Steuerung	+370	2024	--	ORH VA	Die Einstellung eines höheren Betrages hat nur symbolischen Charakter. Sollten höhere Ausgaben anfallen, dann sind sie über das Gesamtbudget des Hauptamtes gedeckt. (Hauptamt)	
ORH 04	Für die Potenzialanalyse Höfinger Bahnhof sollen die gestrichenen 15.000 EUR wieder eingestellt werden. Außerdem beantragt der Ortschaftsrat Höfingen, dass der Bahnhof barrierefrei ausgebaut wird	Produktbereich 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung	+15.000	2024	--	ORH PA	Die Ausschreibung einer Potentialanalyse an externe Büros war in der Vergangenheit erfolglos – hierfür waren die 15.000 EUR eingeplant. Aufgrund der Projektgröße und der sehr eingeschränkten Handlungsspielräume konnten keine sinnvollen Aufträge vergeben werden. Daraufhin und mit Hinblick auf derzeit geforderte Haushaltseinsparungen, hat das Referat für innovative Mobilität selbst Maßnahmen auf Machbarkeit geprüft. Im Herbst diesen Jahres wurde im Ortschaftsrat Höfingen die Optimierung und der Ausbau von Radabstellanlagen am Bahnhof vorgestellt. Dies ist ein erster konkreter Schritt zur Förderung der Attraktivität und der nachhaltigen Mobilität am S-Bahnhof, der in Zusammenarbeit mit der DB und zudem durch Fördermittel vom Land unterstützt werden. Die Umsetzung wird für Herbst 2024 avisiert. Die erneute Veranschlagung von Mitteln im Ergebnishaushalt sieht die Stadtverwaltung derzeit nicht zielführend. Zunächst sollte diese investive Maßnahme umgesetzt werden. Für den Ausbau eines barrierefreien Bahnhofs ist die Deutsche Bahn zuständig. Die Flächen sind nicht in Besitz der Stadt Leonberg. Derzeit laufen bereits Planungen zum barrierefreien Umbau des Bahnhof Leonberg, seitens der DB. Die Stadt Leonberg wird sich bei der DB für den Umbau des Bhfs einsetzen. Ob bzw. bis wann dies realistisch umgesetzt werden kann, ist derzeit nicht abschätzbar. (Referat für innovative Mobilität)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
ORW 01	Für die Sanierung des Zu- und Ablaufs vom Warmbronner See (Mönch-Bauwerk) sind die notwendigen Finanzmittel im Haushaltsplan 2024 bereitzustellen.	Produktbereich 5520 Gewässerschutz/Öffentliche Gewässer	+80.000 +50.000	2024 2025	--	ORW PA	<p>Der Zulauf (Betonrohr) wurde inspiziert. Aufgrund von starken Schäden/Deformationen/Viergelenksbruch ist eine Sanierung schwer möglich bzw. lt. Einschätzung des Tiefbauamts nicht mehr zielführend. Der Schadensbereich erstreckt sich auf ca. 40 m. Der restliche Bereich ist nicht einsehbar, weil sich dieser Bereich unter der Seewasserspiegellage befindet und nicht befahrbar und nicht inspizierbar ist. Die Kostenermittlung soll durch ein Ingenieurbüro ermittelt werden.</p> <p>Aufgrund der sehr fortgeschrittenen Schadensbildung ist ein Neubau des Kanalabschnitts zu empfehlen.</p> <p>Der Ablauf (Stahlbeton) kann saniert werden (mittels Fräsen der Wurzeln) und mittels grabenloser Kanalsanierung (Liner/Manschetten).</p> <p>(Tiefbauamt)</p>	
ORW 02	Für die Erneuerung des Fahrbahnbelags der Talackerstraße sind die notwendigen Finanzmittel im Haushalt 2024 bereitzustellen.	Produktbereich 5410 Gemeindestraßen	+?	2024	--	ORW PA	<p>Andere Straßen werden derzeit vordringlicher eingestuft.</p> <p>(Tiefbauamt)</p>	
ORW 03	Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob am Alten Friedhof eine neue WC-Anlage installiert werden kann. Die notwendigen Finanzmittel sollen im Haushalt 2024 bereitgestellt werden.	755300077310 Friedhof Warmbronn Toilettenanlage	+80.000	2024	--	ORW PA	<p>Das Gebäudemanagement prüft aktuell die Umsetzung.</p> <p>(Gebäudemanagement)</p>	

2023/192-08

öffentlich



Dezernat I
Ortschaftsverwaltung Warmbronn

Bezugsvorlagen: 2023/192

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortschaftsrat Warmbronn (Vorberatung)	27.11.2023	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

Haushaltsplan 2024 - Ergänzungsanträge aus dem Ortschaftsrat Warmbronn

Beschlussvorschlag

1. Die für den Stadtteil Warmbronn relevanten Haushaltsplandaten 2024 werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Anträge des Ortschaftsrates werden unter 2023/192-08, Haushaltsplan 2024 – Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA NEIN

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich auf Grund der weiteren Beschlussfassung.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

In der Sitzung des Ortschaftsrates Warmbronn am 23.10.2023 beschlossen die Mitglieder des Ortschaftsrates folgende Anträge:

1. Für die Sanierung des Zu- und Ablaufs vom Warmbronner See (Mönch-Bauwerk) sind die notwendigen Finanzmittel im Haushaltsplan 2024 bereitzustellen.
2. Für die Erneuerung des Fahrbahnbelags der Talackerstraße sind die notwendigen Finanzmittel im Haushalt 2024 bereitzustellen.
3. Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob am Alten Friedhof eine neue WC-Anlage installiert werden kann. Die notwendigen Finanzmittel sollen im Haushalt 2024 bereitgestellt werden.

Begründung

Zu 1)

Die Sanierung ist auf Grund der bereits dokumentierten Schäden dringend notwendig, da sonst die Gefahr besteht, dass die Zuleitung komplett zusammenbrechen wird.

Zu 2)

Der Fahrbahnbelag der Talackerstraße ist in einem schlechten Zustand und sollte erneuert werden.

Zu 3)

Für Besucher des Alten Friedhofs gibt es keine Möglichkeit ein WC aufzusuchen. Das bisherige WC in der Aussegnungshalle ist nur während der Beisetzungen geöffnet und auf Grund der beengten Verhältnisse in der Halle schlecht erreichbar.

Anlage/n

Keine

2023/192-09

öffentlich



Dezernat I
Ortschaftsverwaltung Höfingen

Bezugsvorlagen:
2023/192

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Planungsausschuss (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	13.12.2023	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

Haushaltsplan 2024 - Zusammenstellung der für den Stadtteil Höfingen relevanten Haushaltsplandaten - Ergänzungsanträge aus dem Ortschaftsrat Höfingen vom 25.10.2023

Beschlussvorschlag

1. Die für den Stadtteil Höfingen relevanten Haushaltsplandaten 2024 werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Anträge des Ortschaftsrates werden unter 2023/192-09, Haushaltsplan 2024 – Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA NEIN

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich aufgrund der weiteren Beschlussfassung.

Für die Aufstockung einer Teilzeitstelle von 45% auf 100% beträgt der Personalaufwand rund 35.500 Euro.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

In der Sitzung des Ortschaftsrates Höfingen vom 25.10.2023, beschlossen die Mitglieder des Ortschaftsrates folgende Anträge:

1. Aufstockung einer Teilzeitstelle auf 100% bei der Ortschaftsverwaltung Höfingen.
2. Errichtung weiterer Fahrradständer im Umfeld des Alten Rathauses.
3. Die finanziellen Mittel für Fortbildungsmöglichkeiten der Ortschaftsverwaltung Höfingen, sollen wieder auf 1.000 € angehoben werden.
4. Für die Potenzialanalyse Höfinger Bahnhof sollen die gestrichenen 15.000 € wieder eingestellt werden. Außerdem beantragt der Ortschaftsrat Höfingen, dass der Bahnhof barrierefrei ausgebaut wird.

Begründung

Zu 1)

Aufgrund der begrenzten Kapazitäten im Bürgeramt in Leonberg wenden sich sehr viele Bürger an die Ortschaftsverwaltung in Höfingen. Das Besucheraufkommen erhöhte sich in den letzten Monaten massiv, da nicht nur Bürger mit Terminen die Ortschaftsverwaltung, sondern auch Bürger ohne vorherige Terminabsprache die Ortsverwaltung aufsuchen. Die Ortsverwaltung ist mit einer 100 % Stelle und drei Teilzeitstellen (zu 40 %, 45 % und 50 %) ausgestattet. Diese Kapazität ist unzureichend, deshalb beantragen wir die Aufstockung einer Teilzeitstelle auf 100 %.

Zu 2)

Die vor dem Eingang zur Gemeinschaftspraxis vorhandenen Fahrradständer werden tagsüber häufig durch Besucher / Patienten der Gemeinschaftspraxis genutzt und sind oftmals lange belegt. Es fehlen weitere Fahrradständer, weshalb wir die Anlage weiterer Fahrradständer mit einem Volumen von ca. 5.000,-- beantragen.

Anlage/n

Keine

2023/192-10

öffentlich



Dezernat I
Ortschaftsverwaltung Gebersheim

Bezugsvorlagen:
2023/192

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	06.12.2023	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	13.12.2023	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

Haushaltsplan 2024 - Zusammenstellung der für den Teilort Gebersheim relevanten Haushaltsplandaten - Ergänzungsanträge aus dem Ortschaftsrat Gebersheim vom 24.10.2023

Beschlussvorschlag

1. Die für den Teilort Gebersheim relevanten Haushaltsplandaten 2024 werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Anträge des Ortschaftsrates werden unter 2023/192-10, Haushaltsplan 2024 – Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA NEIN

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich auf Grund der weiteren Beschlussfassung.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

In der Sitzung des Ortschaftsrates Gebersheim vom 24.10.2023 beschlossen die Mitglieder des Ortschaftsrates folgende Anträge:

1. Friedhof Gebersheim – Alternative Bestattungsformen im Rahmen der Friedhofskonzeption
75.000 € werden für die Umsetzung beantragt.
2. Calisthenics-Park am Gebersheimer Wald
Errichtung eines Calisthenicsparks, alternativ zum im Jahre 2022 beantragten Trimm-Dich-Pfad. 30.000 € werden hierfür beantragt.
3. Mobile Fahrradstation
Installation einer mobilen Fahrradstation. Standort: Calisthenics-Park.
4. Sanierung des Feldweges Flst. 630 im Katzental
Die Notwendigen Finanzmittel sind im Haushaltsplan 2024 bereitzustellen
5. Ersatz-Sitzgelegenheit im Gewann Kaufmann, Flst. 1060/1
Aufstellung einer Seniorenbank anstelle der gegenwärtigen Sitzbank.
6. Zweigstellenbücherei Gebersheim, Alte Dorfstr. 11
Die Renovierung des Raumes der Zweigstellenbücherei für künftige alternative Nutzungsmöglichkeiten wird beantragt.
7. Fortbildungskosten der Mitarbeiter der Ortschaftsverwaltung Gebersheim

Die Fortbildungskosten sollen bei 1000 € belassen bleiben.

8. Fahrradständer

Aufstellung eines Fahrradständers zwischen dem Bauernhausmuseum und der Ev. Kirche, vor der Grünanlage des Gebäudes Alte Dorfstr. 36

Anlage/n

Keine

2023/296

öffentlich



Dezernat III
Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt

Bezugsvorlagen:

2019/015, 2019/015-001,
2019/174

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortschaftsrat Höfingen (Vorberatung)	29.11.2023	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

Straßenrechtliche Teileinziehung von Teilflächen der Mühlstraße (Höfinger Täle)

Beschlussvorschlag

- Die in der Anlage 1 dargestellten Flächen der Mühlstraße zwischen der Abzweigung Rutesheimer Straße und der Abzweigung Am Schlossberg werden für den Verkehr teileingezogen (Teilentwidmung).
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Absicht der Teileinziehung öffentlich bekannt zu machen und nach Ablauf der Einwendungsfrist den Feststellungsbeschluss vorzubereiten.

Finanzielle Auswirkungen:

JA NEIN

Die Zahlungen aus dem Finanzausgleich werden sich ab dem Jahr 2024/25 um 3.000 € reduzieren.

Sachverhalt

Bereits im Jahr 2019 wurde auf Wunsch von Teilen des Gemeinderats und des Ortschaftsrates Höfingen das Verfahren zur Teileinziehung der Mühlstraße zwischen der Abzweigung Rutesheimerstraße und der Abzweigung Am Schlossberg eingeleitet.

Der Einleitungsbeschluss wurde im Amtsblatt bekanntgegeben und ein Anhörungsverfahren durchgeführt.

Da keine Einigung über die Art und den Umfang der baulichen Einschränkungen zur Durchsetzung der Verkehrsberuhigung im Gremium erzielt werden konnte, wurde das Verfahren zurückgestellt und soll nun auf Wunsch des Ortschaftsrates Höfingen wiederaufgenommen werden.

Eine Straße kann nach § 7 Straßengesetz eingezogen werden, wenn sie für den Verkehr entbehrlich ist oder, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Einziehung erforderlich machen.

Die „Mühlstraße“ wurde zum 01.01.1987 als Gemeindeverbindungsstraße festgestellt und damit zum öffentlichen Verkehr bestimmt.

Nach § 13 Abs. 1 S. 1 Straßengesetz ist der Gebrauch öffentlicher Straßen jedermann im

Rahmen der Widmung und der Straßenverkehrsvorschriften innerhalb des verkehrlichen Umfangs gestattet.

Da diese Straße bei hohem Verkehrsaufkommen im Stadtgebiet als Schleichweg zwischen Leonberg und dem Stadtteil Höfingen genutzt wird und dies zu einer erheblichen Überbelastung der Anlieger führt, wurde durch die Straßenverkehrsbehörde der Stadt Leonberg die Benutzung dieser Straße durch Aufstellen des Zeichens 260 StVO (Verbot für Krafträder, auch mit Beiwagen, Kleinkrafträder und Mofas sowie für Kraftwagen und sonstige mehrspurige Kraftfahrzeuge) mit Zusatzzeichen „Anlieger frei“ beschränkt.

Eine dauerhafte Beschränkung der durch die Widmung eröffneten Benutzungsmöglichkeiten setzt jedoch eine straßenrechtliche Teileinziehung voraus.

Eine Teileinziehung (=Teilentwidmung) liegt vor, wenn die öffentliche Nutzung (nachträglich) auf bestimmte Verkehrsarten, -zeiten oder -zwecke beschränkt wird. Durch die Teileinziehung wird der Widmungsinhalt nur verändert. Der öffentliche Status und die Zulassung zum Gemeingebrauch bleiben erhalten. Die Stadt Leonberg bleibt weiterhin Träger der Straßenbaulast und für den Weg unterhaltungspflichtig.

Bei einer vollständigen Entwidmung verlöre die Straße den öffentlichen Status (privater Weg), und die Anlieger wären damit nicht mehr öffentlich erschlossen.

Die materiellen Voraussetzungen zur Teileinziehung liegen vor, da überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Einziehung erforderlich machen.

Im Zuge der Teileinziehung soll die Mühlstraße nur noch von Fußgängern und Radfahrern genutzt werden dürfen. Die Zufahrt für die Anlieger sowie Feuerwehr, Rettungsdienste, Polizei, Stadtwerke und Abfallbeseitigung soll gewährleistet bleiben.

Die bauliche Umsetzung der Beschränkung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens und bleibt einer gesonderten Entscheidung vorbehalten.

Hinweis:

Die Löschung der Mühlstraße als Gemeindeverbindungsstraße aus dem Straßenverzeichnis wird mit Feststellungsbescheid durch das Regierungspräsidium Stuttgart vorgenommen werden. Dadurch entfällt der FAG-Zuschuss i.H.v. 3.000,- EUR.

Die Mühlstraße bleibt weiterhin eine Gemeindestraße, allerdings wird sie nun nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 StrG als beschränkt öffentlicher Weg bzw. sonstige Gemeindestraße eingruppiert.

Weiteres Vorgehen

Nachdem das in 2019 eingeleitete Einziehungsverfahren mehr als 4 Jahre zurückliegt und in dieser Zeit möglicherweise neue Aspekte hinzugekommen sind, soll nicht nur ein Feststellungsbeschluss gefasst, sondern das komplette Verfahren mit der 3-monatigen Anhörungsfrist neu durchgeführt werden.

Nach der öffentlichen Bekanntmachung der Einziehungsabsicht können Einwendungen innerhalb von mindestens 3 Monaten, längstens jedoch bis zum Erlass der Einziehungsverfügung geltend gemacht werden.

Innerhalb der Anhörungsfrist werden erneut folgende Behörden und Rettungsdienste um eine Stellungnahme gebeten:

- Polizeirevier Leonberg
- Rettungswache Leonberg

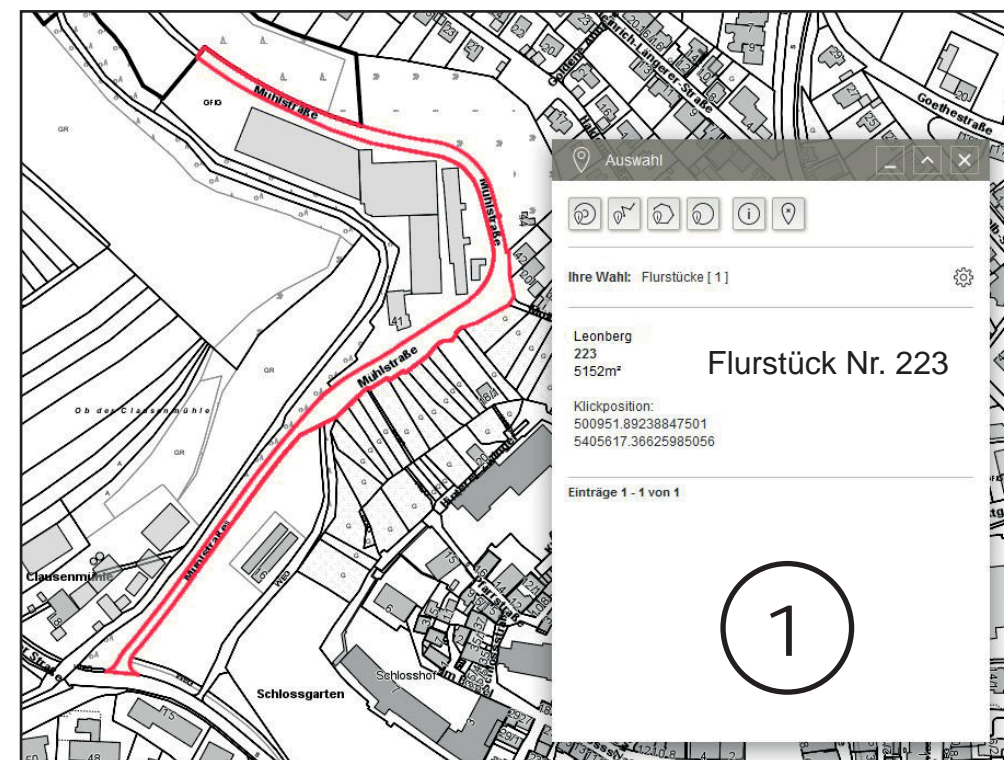
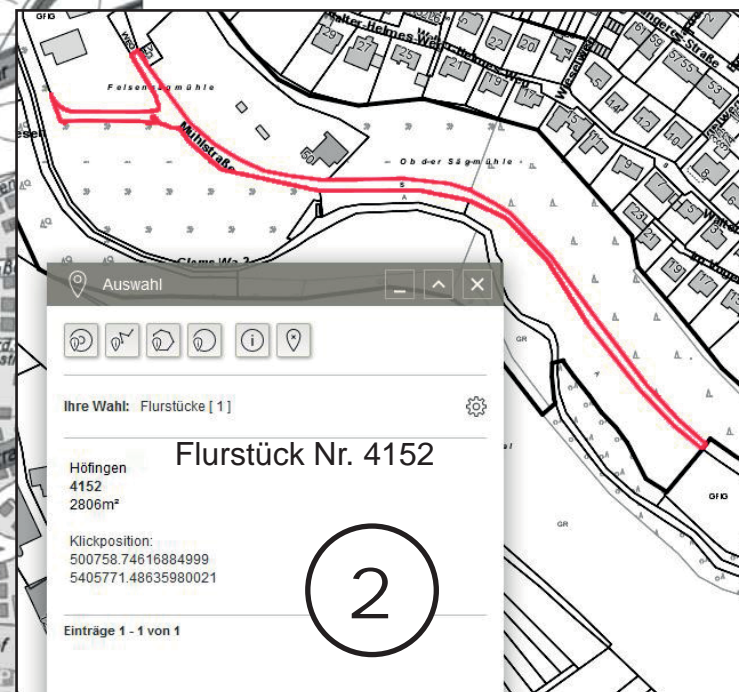
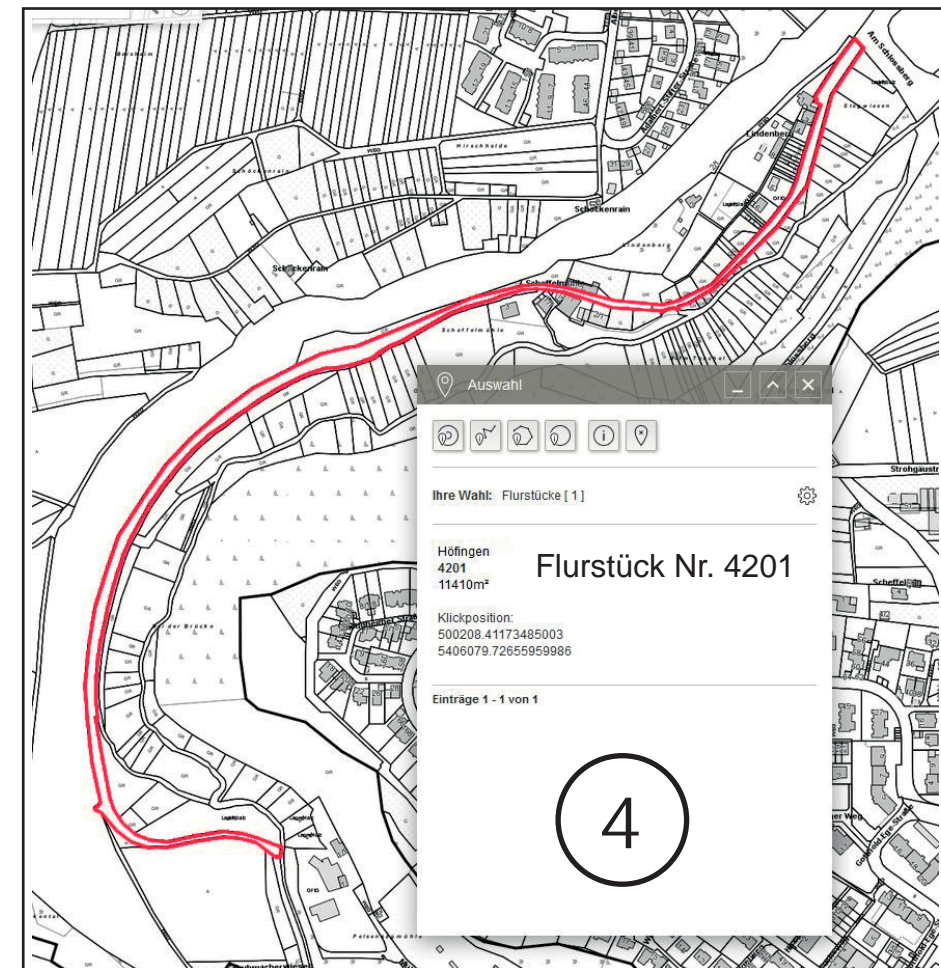
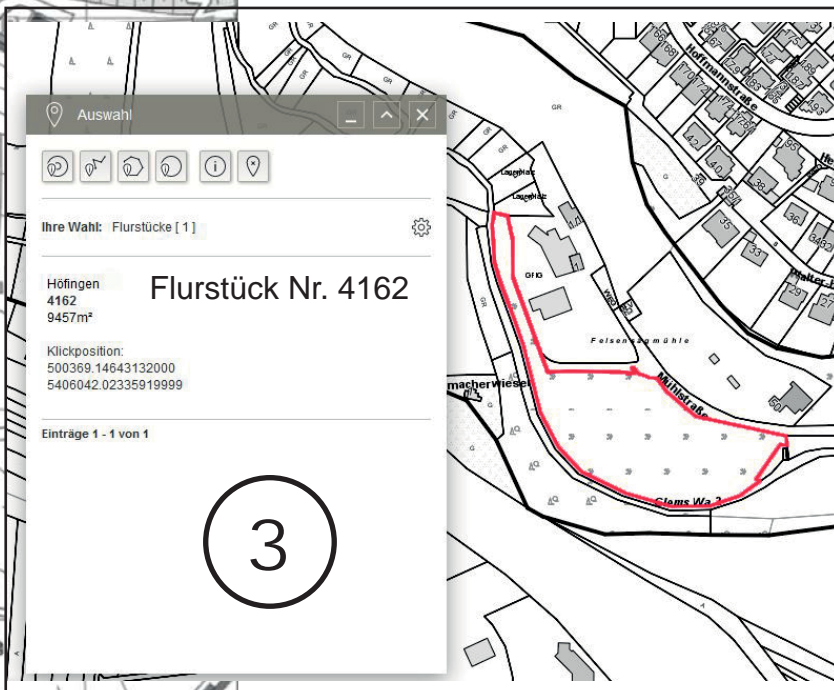
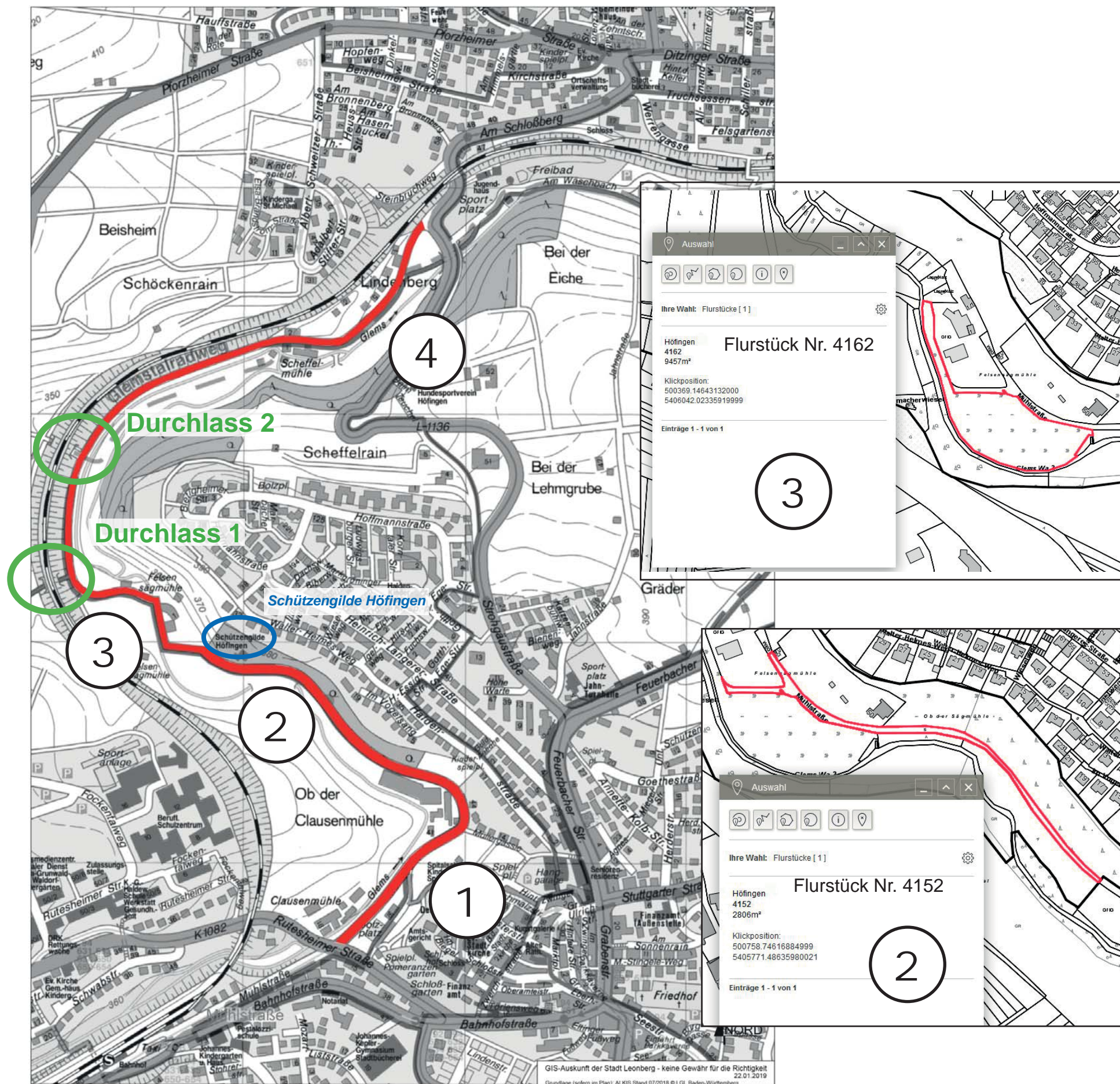
- Feuerwehr Leonberg
- Stadtwerke Leonberg
- Stadtentwässerung Leonberg
- Abfallbeseitigung LRA Böblingen

Anlage/n

- 1 Anlage 1 (öffentlich)

Straßenrechtliche Teileinziehung von Teilflächen der Mülhstraße (Höfinger Täle)

Übersichtsplan und Ausschnitte der Flurstücke (unmaßstäblich)
Stadtplanungsamt 10/2023



GIS-Auskunft der Stadt Leonberg - keine Gewähr für die Richtigkeit
22.01.2019
Grundlage (sofern im Plan): ALKIS Stand 07/2018 © LGL Baden-Württemberg

2023/299

öffentlich



Dezernat I
Referat für innovative Mobilität

Bezugsvorlagen:
2018/139, 2021/151, 2021/321,
2022/335

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Planungsausschuss (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

Regionale Mobilitätsplattform (RMP) - Sachstand der Umsetzungsphase

Beschlussvorschlag

1. Der aktuelle Sachstand des Projekts Regionale Mobilitätsplattform (RMP) wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Finanzbedarf für 2024 in Höhe von 111.000 EUR wird im Haushaltsplan 2024 auf den Investitionsauftrag „754100707001 Regionale Mobilitätsplattform“ veranschlagt.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die beschlossenen Maßnahmen wie geplant weiterzuführen und umzusetzen – unter der Maßgabe, dass das (in der SV 2018/139) Gesamtkostenbudget von 307.500 EUR nicht überschritten wird.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Frühjahr 2024 über die Ergebnisse der Untersuchungen zu Wechselverkehrszeichen im Planungsausschuss zu berichten.

Finanzielle Auswirkungen:

JA NEIN

Kontierung	Jahr	verfügbares Budget	Finanzbedarf	Bemerkung
754100707001 Regionale Mobilitätsplattform	2020	300.000	0	Kein Mittelabfluss
754100707001 Regionale Mobilitätsplattform	2021	300.000	153.000	Tatsächlicher Mittelabfluss
754100707001 Regionale Mobilitätsplattform	2022	190.000	107.000	Tatsächlicher Mittelabfluss
754100707001 Regionale Mobilitätsplattform	2023	120.000	107.000	Tatsächlicher Mittelabfluss
754100707001	2024	30.000	111.000	Prognostizierter

Regionale Mobilitätsplattform				Finanzbedarf nach jetzigem Kenntnisstand*
--	--	--	--	--

*Mit Abzug der Fördermittel in Höhe von 170.500 EUR, ergibt sich ein Gesamtkostenrahmen für die Stadt Leonberg von 307.500 EUR (gem. SV 2018/139)

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Grundlage

Mit dem Grundsatzbeschluss vom 24.07.2018 (SV 2018/139) sowie dem Umsetzungsbeschluss der Projektphase II vom 15.06.2021 (SV 2021/151) wurde dem Projekt Regionale Mobilitätsplattform und deren Umsetzung zugestimmt. Die Gesamtkostenschätzung wurde in der SV 2018/139 wie folgt angegeben und beschlossen:

- Investitionskosten 750.000 EUR
- Fördermittel 442.500 EUR
- **Kostenanteil Leonberg** **307.500 EUR**

Umsetzung abgeschlossen

In den folgenden Jahren wurde mit Hochdruck an der Umsetzung des Projekts gearbeitet und eine Vielzahl technischer und organisatorischer Hürden genommen. Mittlerweile wurden folgende Leistungen erbracht und umgesetzt:

- signaltechnische Planung der RMP-Strategien an 24 Lichtsignalanlagen
- Genehmigung und Umsetzung RMP-Strategien an allen 17 bereits bestehenden Lichtsignalanlagen
- Anbindung des städtischen Verkehrsrechners an die Ringzentrale der Region Stuttgart
- Neubau und Inbetriebnahme von zusätzlichen modernen Detektionseinrichtungen
- insgesamt 4 Verkehrsüberwachungskameras in der Innenstadt, Anbindung an die Ringzentrale und den städtischen Verkehrsrechner
- 4 autarken Detektoren in den Zuläufen von Leonberg und 2 weitere innerstädtische Sensoren
- Implementierung einer Funktechnik zur Busbeschleunigung an 17 Lichtsignalanlagen und punktuelle Aufnahme des Testbetriebes in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen
- Konfiguration und Erstversorgung der Steuerungsstrategien in der Ringzentrale, erste Testschaltungen wurden bereits erfolgreich absolviert, Weitere Tests und Feinjustierung in 12/2024 vorgesehen

Fördermittel abgerechnet

Das Förderprojekt war ursprünglich bis Ende 2022 angesetzt. Dies bedeutet, dass seitens des Fördergebers alle Leistungen bis Ende 2022 erbracht und abgerechnet werden sollten. Da für die Stadt Leonberg und die meisten anderen Projektteilnehmer diese Zeitschiene nicht ausreichend war, konnte nach umfangreichen Verhandlungen eine Verlängerung des Förderzeitraums erreicht werden. Die finale und nicht mehr verhandelbare Frist war Ende April 2023.

Die Stadt Leonberg hat mit Hochdruck so viele Maßnahmen wie möglich bis April 2023 abgeschlossen. Der zum Stichtag abgerechnete Kostenrahmen belief sich auf:

- Investitionskosten 292.000 EUR
- beantragte Fördermittel 170.500 EUR
- **Kostenanteil Leonberg** **122.500 EUR**

Aufgrund der vorhandenen Expertise konnte die Stadt zahlreiche der bereits erbrachten Maßnahmen mit eigenen Mitteln erarbeiten und umsetzen, sodass die Gesamtkosten des Projekts im Vergleich zum Grundsatzbeschluss deutlich gesenkt werden konnten.

Die noch offenen Maßnahmen liegen bei etwa 130.000 EUR. Fördermittel können für diese Maßnahmen nicht mehr akquiriert werden.

Umsetzung noch offen

Bei den neu geplanten Lichtsignalanlagen an den Ortseinfahrten von Höfingen und Gebersheim sowie der Stuttgarter Straße zur Zuflusssteuerung, sind im Zuge der Umsetzung zahlreiche bauliche und verkehrsrechtliche Hürden aufgetreten, die bisher noch nicht vollständig ausgeräumt werden konnten.

Die Signalstandorte in Höfingen konnten schon baulich vorbereitet werden, da die Genehmigung bereits fast abgeschlossen und absehbar ist.

Bei den Signalstandorten in Gebersheim und der Stuttgarter Straße sind noch offene Punkte zu klären. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sind seitens der Genehmigungsbehörden im Laufe der Umsetzung, verschiedene Forderungen gestellt worden, die baulich nicht ganz trivial sind und weitere Prüf- und Planungsmaßnahmen nach sich gezogen haben. Unter anderem mussten geplante Standorte der Signalanlagen nochmals angepasst sowie Beschilderungskonzepte überarbeitet und ausgeweitet werden.

Ganz aktuell wird derzeit die Forderung nach Wechselverkehrszeichen geprüft, die den Verkehrsteilnehmer im Bedarfsfall auf die vorausliegende Zuflusssteuerung hinweisen sollen.

Dies war bisher nicht eingeplant und zieht Maßnahmen nach sich, die in höherem Ressourcen-Verbrauch (Zeit und Geld) resultieren und auch neue planerische Herausforderungen mit sich bringen (passive Sicherheit der Standorte am Straßenrand, Datenanbindung). Eine genaue Kostenschätzung auf Grundlage der baulichen Machbarkeit wird derzeit erarbeitet. Es ist davon auszugehen, dass sich die Kosten dadurch erhöhen werden.

Weiteres Vorgehen

Die Kosten zur Umsetzung der noch offenen Maßnahmen hängt maßgeblich von der Prüfung der baulichen Machbarkeit der Wechselverkehrszeichen ab.

Die finale Kostenschätzung ist aufgrund der laufenden Prüfung der baulichen Möglichkeiten der geforderten Wechselverkehrszeichen derzeit nicht abschließend einschätzbar. Die offenen Fragen sollen bis spätestens März 2024 geklärt werden, so dass bis dahin das konkrete Vorgehen der offenen Punkte feststeht.

Mit dem Ziel, die bereits laufenden Maßnahmen abschließen zu können und den Gesamtkostenrahmen von 307.500 Euro aus dem Grundsatzbeschluss von 2018 nicht zu übersteigen, sind Haushaltsmittel zu veranschlagen.

Die Stadtverwaltung schlägt vor, für die laufenden Maßnahmen im Haushaltsplan 2024 Finanzmittel in Höhe von 111.000 Euro zu veranschlagen. Sobald die Prüfung der Wechselverkehrszeichen abgeschlossen wird und sich der Kostenrahmen erhöhen sollte, wird erneut im Gremium beraten.

Anlage/n

Keine

2023/301

öffentlich

Dezernat III
TiefbauamtBezugsvorlagen:
2022/025

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Planungsausschuss (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

Instandsetzung der Fahrbahn in der Bahnhofstraße im Jahresbau, Abrechnung der Baumaßnahme

Beschlussvorschlag

1. Von der Abrechnung der Gesamtkosten der Baumaßnahme, Instandsetzung der Fahrbahn in der Bahnhofstraße im Rahmen der Instandsetzungsarbeiten und des Unterhalts von Straßen 2022 – 2024 wird Kenntnis genommen.
2. Die Überschreitung des für kleinere Straßenbaumaßnahmen freigegebenen Kostenumfanges in Höhe von 39.847,31 EUR wird genehmigt.

Finanzielle Auswirkungen:

JA NEIN

Kontierung	Jahr	verfügbares Budget	Finanzbedarf	Bemerkung
54100000 – 42120110 Unterhalt Straßen inkl. Deckenerneuerung	2023	1.100.000	44.144	

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Im Dezember 2021 wurde die Ausschreibung der Straßeninstandsetzungs- und Unterhaltungsarbeiten für das Stadtgebiet einschließlich aller Teilorte für den Zeitraum von 05/2022 bis 04/2024 veröffentlicht. Die Vergabe der Instandsetzungsarbeiten und des Unterhalts von Straßen 2022 – 2024, erfolgte mit der Sitzungsvorlage 2022/025.

Die Sitzungsvorlage 2022/025 erlaubt anfallende kleinere Straßenbaumaßnahmen bis zu einem Kostenumfang von 60.000,- EUR/brutto entsprechend der Hauptsatzung verwaltungsintern zu vergeben.

Auf der Bahnhofstraße fahren täglich ca. 530 Busse des ÖPNV. Aufgrund dieser hohen Belastung mit Schwerverkehr weist die Bahnhofstraße einen entsprechend der Belastungen nur ungenügenden Aufbau auf. Zusätzlich zu dieser hohen planmäßigen Belastung gab es in den letzten Jahren immer wieder zeitweise einen Schienenersatzverkehr mit besonders schweren Bussen aufgrund

von Sperrungen der S-Bahnstrecke Leonberg – Stuttgart.

Die Folge dieser Belastung waren zahlreiche Netzzrisse und Asphaltausbrüche, welche zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit eine kurzfristige Instandsetzung erforderten. Diese konnte aufgrund der zahlreichen Linienbusse und des Schülerverkehrs nur während der Sommerferien stattfinden.

Eine grundlegende Erneuerung der Bahnhofstraße ist erst ab 2028 vorgesehen.

In der Bahnhofstraße war es erforderlich in weiten Teilflächen die Asphaltdecke und in den Bereichen vollständiger Durchbrüche sogar den kompletten Asphaltbelag auszutauschen. Hierbei wurde, aufgrund der zahlreichen Schäden, welche vorab in diesem Umfang nicht absehbar waren, und des dadurch entstandenen hohen Umfangs der Arbeiten die für die Instandsetzungsarbeiten und Unterhalt von Straßen 2022 – 2024 vorgesehene Grenze von 60.000,- EUR/brutto überschritten.

Im Rahmen der Instandsetzungsarbeiten und des Unterhalts von Straßen 2022 – 2024 entstandene Kosten:

Gesamtkosten Bahnhofstraße	99.847,31 EUR
<u>Freigegebener Kostenumfang Instandsetzungsarbeiten</u>	<u>60.000 EUR</u>
Überschreitung	39.847,31 EUR

Bei der Baumaßnahme Instandsetzung der Fahrbahn in der Bahnhofstraße entstanden insgesamt Kosten in Höhe von 99.847,31 EUR. Hiervon sind bisher 55.703,53 EUR ausbezahlt. Die offene Schlussrechnung beträgt daher noch 44.143,78 EUR.

Anlage/n

Keine

2023/305

öffentlich

Dezernat III
TiefbauamtStadtwerke Leonberg - technisch
Bauverwaltungs- und
Bauordnungsamt

Bezugsvorlagen:

2021/149, 2021/180, 2022/104,
2022/203, 2022/250

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Planungsausschuss (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

Umgestaltung Poststraße - Zustimmung der Ausführungsplanung, Veranschlagung der Finanzmittel

Beschlussvorschlag

1. Der Ausführungsplanung zur Umgestaltung der Poststraße, auf der Grundlage des beigelegten Lageplans des Büros Faktorgrün, Schockenriedstraße 5, 70565 Stuttgart vom 07.08.2023 wird zugestimmt.
2. Der erhöhte Finanzbedarf in Höhe von 2.452.192 EUR für die Umgestaltung der Poststraße ist im Haushaltsplan 2024 auf dem Investitionsauftrag 754100427002 Straßenraumgestaltung Poststraße / BOSCH Campus zu veranschlagen.
3. Die erhöhten Einnahmen in Höhe von 1.100.000 EUR für die Umgestaltung der Poststraße sind im Haushaltsplan 2024 auf dem Investitionsauftrag 754100423001 Straßenraumgestaltung Poststraße / BOSCH Campus Zuwendungen vom Land zu veranschlagen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA

NEIN

Kontierung	Jahr	verfügbares Budget	Finanzbedarf	Bemerkung
754100427002 Straßenraumgestaltung Poststraße / BOSCH Campus	2023 VE	1.900.000 511.000	0	Die VE wurde in der SV 2022/250-01 beschlossen.
754100427002 Straßenraumgestaltung Poststraße / BOSCH Campus	2024	0	2.452.192	Der erhöhte Finanzbedarf ist im Haushaltsentwurf 2024 nicht berücksichtigt und über die Änderungsliste des Gemeinderats im Haushaltsplan 2024 zu veranschlagen.
754100423001 Straßenraumgestaltung Poststraße / BOSCH Campus Zuwendung vom Land	2023	-800.000	0	

754100423001 Straßenraumgestaltung Poststraße / BOSCH Campus Zuwendung vom Land	2024	-300.000	-1.100.000	Die erhöhten Einnahmen sind im Haushaltsentwurf 2024 nicht berücksichtigt und über die Änderungsliste des Gemeinderats im Haushaltsplan 2024 zu veranschlagen.
--	------	----------	------------	--

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

In der Sitzung des Gemeinderats am 07.03.2023 wurde mit der Sitzungsvorlage 2022/250-01 der Entwurfsplanung zugestimmt, sowie eine Verpflichtungsermächtigung zur Ausschreibung der Baumaßnahme in 2023 beschlossen.

Aufgrund von Bauzeitverzögerungen bei Bosch, welche sich bis ins Frühjahr 2024 hinziehen, wird die Ausschreibung der Baumaßnahme Umgestaltung der Poststraße erst im Frühjahr 2024 platziert und umgesetzt.

Im Haushaltsplanentwurf 2024 wurden Ausgaben in Höhe 1.911.000 EUR, für das Haushaltsjahr 2024 veranschlagt. Da nicht, wie geplant, bereits in 2023 ein Teil der Baukosten abgerechnet werden kann, muss das in 2024 verfügbare Budget auf 2.452.192 EUR erhöht werden. Die erhöhte Summe wird über die Änderungsliste des Gemeinderats veranschlagt.

Im Haushaltsplanentwurf 2024 wurden Zuwendungen in Höhe von 850.000 EUR, für das Haushaltsjahr 2024 veranschlagt. Da nicht, wie geplant, bereits in 2023 ein Teil der Zuwendungen abgerechnet werden kann, müssen die in 2024 verfügbaren Einnahmen auf 1.100.000 EUR erhöht werden. Die erhöhte Summe wird über die Änderungsliste des Gemeinderats veranschlagt.

Da im Bereich Poststraße 59 zunächst kein Gebäude von Bosch errichtet wird und stattdessen dort derzeit die Baugrube bis auf weiteres wieder verfüllt wird erfolgt die Umgestaltung der Poststraße nicht bis zur Kreuzung Max-Eyth-Straße sondern nur von der Kreuzung Römerstraße bis zur Kreuzung Benzstraße.

In der Entwurfsplanung waren zwischen Maybachstraße und Obi-Kreisel Baumbeete vorgesehen. Ein Baumbeet benötigt nach DIN 18916 mindestens 12m³ Wurzelvolumen. Gemäß DVGW-Hinweis GW 125 Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle muss der lichte Abstand zwischen Stamm und Leitungssystem mindestens 2,5 m betragen. Da bei den vorgesehenen Standorten dieser Abstand unterschritten wird ist ein Umlegen der vorhandenen Wasserleitung erforderlich. Hierfür entstehen Kosten in Höhe von 71.400 EUR/brutto. Die Wasserleitung in diesem Bereich wurde vor 7 Jahren komplett erneuert. Daher lehnt der Leitungsbetreiber Stadtwerke Leonberg eine Übernahme dieser Kosten ab. Diese sind somit von der Stadt Leonberg zu tragen. Ebenso ist es aufgrund der Baumbeete erforderlich die ebenfalls erst vor 7 Jahren erneuerte Gasleitung umzulegen. Da der Leitungsbetreiber Netze BW eine Übernahme der Umlegungskosten in Höhe von 52.000 EUR/brutto ablehnt sind diese Kosten ebenfalls von der Stadt Leonberg zu tragen.

Zusammengefasst entstehen für die Umlegung der Versorgungsleitungen und den Bau der Baumbeete folgende Kosten:

Umlegung der Wasserleitung	71.400 EUR
Umlegung der Gasleitung	52.000 EUR
<u>Errichtung der Baumbeete</u>	<u>34.700 EUR</u>
Erforderliche Kosten	158.100 EUR

Die Kosten für die Umlegung der Versorgungsleitungen und den Bau der Baumbeete sind in den Baukosten von 2.310.788,71 EUR/brutto enthalten.

Da Stauden oder Sträucher nicht so tief auswurzeln und ein bedeutend geringeres Wurzelvolumen als Bäume benötigen wäre die Erstellung eines Pflanzbeetes kostengünstiger als die Erstellung eines Baumbeetes. Aufgrund der Verwurzelung in geringerer Tiefe wäre dann auch keine aufwendige Umlegung der Versorgungsleitungen erforderlich.

Bei Verzicht der Baumbeete und stattdessen dem Anlegen von Staudenbeeten würden sich die Baukosten um 158.100 EUR auf 2.152.688,71 EUR/brutto reduzieren.

Auf Basis der Kostenberechnung des Büros Faktorgrün, Schockenriedstraße 5, 70565 Stuttgart vom 15.02.2023 gliedern sich die Kosten wie folgt auf:

Baukosten einschl. Bäume	2.310.788,71 EUR
Honorarkosten HOAI	261.031,16 EUR
<u>Abzgl. in 2023 bereits bezahltes Honorar</u>	<u>-119.627,93 EUR</u>
Offene Summe in 2023	2.452.191,94 EUR

Anlage/n

- 1 Lageplan (öffentlich)
- 2 Regelquerschnitt (öffentlich)

Lageplan Poststraße



LEGENDE

- Rasenpflaster (sickerfähig)
- Asphaltbelag
- Rasen
- Betonpflasterbelag Stärke 14 cm, Aufbau nach ZTV 13, N3, F3, Zone 1
- Betonpflasterbelag Stärke 12 cm, Aufbau nach ZTV 13, N3, F3, Zone 1
- Betonpflasterplatten Stärke 12 cm, Aufbau nach ZTV 13, N3, F3, Zone 1
- Rasenpflaster Stärke 12 cm, Aufbau nach ZTV 13, N3, Zone 1

Pflanzen

- Baum Bestand langfristig erhalten
- Hecke geschnitten
- Fassadenbegrünung

Auftraggeber Ort: Leonberg, Untereichellach
Landschaftsarchitekt Ort: Leonberg, Untereichellach

faktorgrün
 79100 Freiburg | Merzhauserstr. 110 | Tel. 0761 - 707 647-0 | freiburg@faktorgruen.de
 78228 Rothenburg | Eisenbahnstr. 26 | Tel. 07141 - 157 05 | rothenburg@faktorgruen.de
 69115 Heidelberg | Franz-Kauff-Str. 2-4 | Tel. 06221 - 965 41 0 | heidelberg@faktorgruen.de
 70566 Stuttgart | Schoenenweberstr. 4 | Tel. 0711 - 49 999 49 0 | stuttgart@faktorgruen.de
 Besondere Ingenieure | www.faktorgruen.de

Auftraggeber Stadtverwaltung Leonberg
 Belforter Platz 1
 71229 Leonberg

Projekt "Stadt für Morgen" Neugestaltung der Poststraße

Maßnahme Poststraße, Leonberg

Planbezeichnung Lageplan Poststraße

Leistungsphase 4	Plan Nr. 4.2.1	Bereitgestellt NEJ/JP
Maßstab 1:200	Projekt: ggem504	Datum 07.08.2023
Dat: GGEM_504_004_vxx		Plangröße A0

Belastungsklasse 3,2 Poststraße
 Betonpflasterbelag, Gebundene Bauweise, Fischgrätverbund
 Aufbauten RStO2012, Tafel 3 Zeile 7

Plasterdeckschicht 14 cm, Formate, Fugenmaterial wie Bettung, Haftbrücke
 Bettungsdicke 4 cm, Bettungsmörtel C 20/25 oder N20 kf < 5 x 10-6 N/mm²
 Dränbetontragschicht 20 cm, C16/20 (Bohrkern im eingebauten Zustand > 14 MPa)
 Trag und Frostschuttschicht 25 cm, 0/45 als KFT, Ev > 150 MN/m²,
 Brechsand (2 mm) 23 bis 28 M-%, Großkorn>20M-%

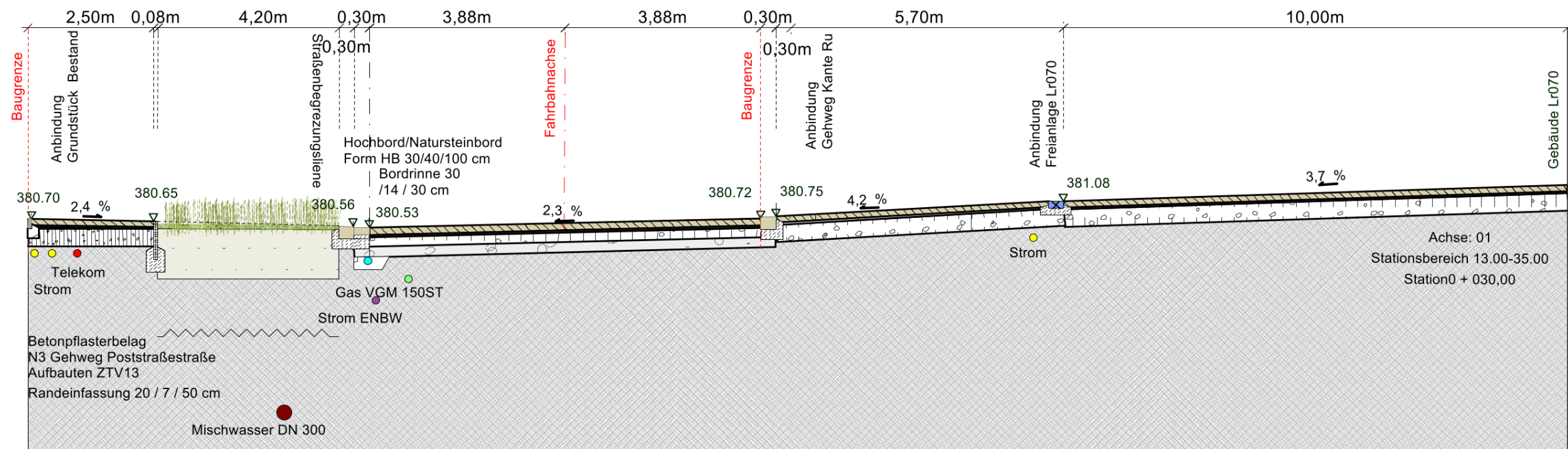
Insgesamt 63 cm

Belastungsklasse 3,2 Poststraße
 Betonpflasterbelag, Ungebundene Bauweise, Fischgrätverbund
 Aufbauten RStO2012, Tafel 3 Zeile 7

Plasterdeckschicht 14 cm, Formate, Fugenmaterial wie Bettung, Haftbrücke
 Bettungsdicke 4 cm, Korngruppe 0/5(gebrochen, Sandteil 30 M-%, Esc 35, SZ 16)
 Dränbetontragschicht 20 cm, C16/20 (Bohrkern im eingebauten Zustand > 14 MPa)
 Trag und Frostschuttschicht 25 cm, 0/45 als KFT, Ev > 180 MN/m²,
 Brechsand (2 mm) 23 bis 28 M-%, Großkorn>20M-%

Insgesamt 63 cm

Maßstab 1/100
 Straßenquerschnitt A-A



Änderungen			
Index	Datum	Kommentar	gez.
faktorgrün Partnerschaftsgesellschaft mbB Landschaftsarchitekten bdla Beratende Ingenieure		79100 Freiburg, Tel. 0761 - 707 647 0 78628 Rottweil, Tel. 0741 - 157 05 69115 Heidelberg, Tel. 06221 - 985 410 70565 Stuttgart, Tel. 0711 - 48 999 48 0 www.faktorgruen.de	
Auftraggeber	Stadtverwaltung Leonberg		
Projekt	Poststraße/Leonberg		
Planbezeichnung	Ausschnitt aus Plan 4.4.1 Schnitt A-A		
Leistungsphase 5	Plannr. 4.4.1 Aussch.	Bearbeiter NE	
Maßstab 1:100	Projektnr. GGEM504	Datum	15.05.2023
Datei	GGEM_504_004_GR.vwx		